

# EDITORIAL

## Stefan Liebich

2006 ist für Berlin nicht nur das Jahr der Fußball-WM. 2006 ist auch Wahljahr in der Stadt. Die Linkspartei.PDS-Fraktion geht mit einer bemerkenswerten Bilanz und mit vielen neuen Vorhaben für die nächste Legislaturperiode in den Wettstreit um die beste Politik. Und wenn die Wählerinnen und Wähler das wollen, werden wir in Berlin auch über 2006 hinaus weiter mitregieren.

Gute Gründe für ein »Fortsetzung folgt...« gibt es viele. Denn Rot-Rot ist keineswegs ein Ausrutscher der Geschichte. Die Berlinerinnen und Berliner haben sich 2001 dafür entschieden, weil sie genug hatten von Jahren einer Großen Koalition, in denen Streit und Blockaden den politischen Alltag dominierten, während das Land unter einem wachsenden Schuldenberg fast erstickte. Die Bürgerinnen und Bürger hatten genug vom System des alten Westberliner Filzes und der mangelnden Transparenz bei Entscheidungen, deren trauriger Höhepunkt die Krise der Berliner Bankgesellschaft war.

Es brauchte die Linkspartei.PDS, um diese Altlasten zu bewältigen. Mit uns in der Koalition wurde in öffentlichen Unternehmen umgesteuert und es wurden politische Gestaltungsspielräume zurückgewonnen. Durch unsere Politik wurde möglich, dass die Stadt ihre Zukunftspotenziale aus Bildung, Wissenschaft, Kultur und innovativer Wirtschaft endlich wieder entfalten kann.

Weit über Tausend große und kleinere Entscheidungen wurden vom Berliner Parlament seit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages am 16. Januar 2002 getroffen. An einige wichtige sei in dieser Broschüre erinnert. Manches ist in der Stadt selbst schon wieder in Ver-

gessenheit geraten, anderes wird im Gedächtnis bleiben. Die Linkspartei.PDS war der Garant dafür, dass die Entscheidungen auch sozial ausgewogen getroffen wurden.

In Berlin hatte die Bevölkerung in den vergangenen fünf Jahren nicht wenige Lasten zu schultern. Wir haben dafür gesorgt, dass schwache Schultern davon weitestgehend ausgenommen wurden und starke Schultern dafür mehr getragen haben.

Das gelang gemeinsam mit unserer Senatorin Heidi Knake-Werner sowie unseren Senatoren Harald Wolf und Thomas Flierl, die neben den 33 Abgeordneten der Linkspartei.PDS-Fraktion Gastautoren dieser Bilanz sind.

Wir haben für Berlin eine Bürgerrechts- und Bürgerbeteiligungspolitik durchgesetzt, die in anderen Bundesländern ihresgleichen sucht. Und wir haben dafür gesorgt, dass Landesunternehmen wie die BSR, die BVG, Vivantes und die Charité saniert, aber nicht privatisiert wurden.

Wir gehen fest davon aus, dass der Bund und die anderen Bundesländer Berlin beim Abbau seiner Schulden helfen werden. Die Stadt braucht diese Hilfe, und sie hat sie verdient, weil sie in den vergangenen fünf Jahren unter Rot-Rot bereits außerordentliche Sparanstrengungen vorzuweisen hat. Erstmals seit dem Fall der Mauer wird es 2007 kein Primärdefizit des Landeshaushalts mehr geben.

Noch ist längst nicht alles getan. Die Situation der kommunalen Wohnungsgesellschaften ist nach wie vor kompliziert.

Wir finden: Die Stadt braucht einen Bestand an städtischen und genossenschaftlichen Wohnungen, in all ihren Bezirken, deshalb ha-

ben wir ein Stoppschild vor weitere Privatisierungen gesetzt. Statt planloser Verkäufe bedarf es eines Gesamtkonzepts für die Stadt. An einem Vorschlag wird in der Linkspartei.PDS-Fraktion zurzeit gearbeitet.

Gute Projekte haben wir auch für den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor entwickelt, die wir über 2006 hinaus umsetzen wollen.

Und nicht zuletzt wollen wir, dass sich in den Berliner Schulen noch mehr zum Besseren wendet. Dazu haben wir ein Konzept für eine Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild vorgelegt. Dort bleiben Kinder viel länger als hierzulande in einem Klassenverbund, sie werden aber auch individueller gefördert, und an den Schulen sind die Lehrerinnen und Lehrer nicht allein mit der Lösung von Problemen, sondern es gibt überall auch Sonderpädagogen oder Schulpsychologen. Warum soll das nicht auch in Berlin möglich sein?

Ein soziales und solidarisches Berlin, eine Stadt, in der Bürgerrechte und Bürgerbeteiligung groß geschrieben werden, in der sich die Bedingungen für Integration weiter verbessern und in der bessere Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, eine Stadt, in der Ost und West nicht gegeneinander ausgespielt werden – das gibt es nur mit der Linkspartei.PDS-Fraktion.

Ich wünsche Ihnen mit dieser Broschüre interessante Einblicke in den Berliner Politikalltag.

Betrachten Sie unsere Beiträge gern als Anregung, sich in die Debatte um die Perspektiven für die Stadt mit einzubringen.

# AUF DEN ANFANG KOMMT ES AN

Margrit Barth



Mit dem Anspruch, Kitas zu Bildungseinrichtungen zu entwickeln und die Einheit von Bildung, Erziehung und Betreuung vom ersten Lebensjahr an zu befördern, hat die PDS 2002 in Berlin Regierungsverantwortung übernommen. Hier etwas durchzusetzen war uns auch unter den schwierigen Bedingungen einer Haushaltsnotlage und des jahrelangen Reformstaus in der Stadt wichtig.

## Kitaanspruch für alle erhalten

Berlin hat heute ein bundesweit vorbildliches Versorgungsniveau. So besuchen mehr als 90 Prozent aller Kinder einen Kindergarten, über 95 Prozent sind es im Jahr vor der Einschulung. Mehr als 48 Prozent der unter Dreijährigen nutzen einen Krippenplatz und fast zwei Drittel aller Grundschul Kinder gehen in den Schulhort. Dieses Niveau zu halten und dabei die Unterschiede zwischen Ost und West abzubauen, war nicht leicht, aber angesichts der schwierigen sozialen Lage vieler Familien politisch notwendig und richtig. Deshalb haben wir mit unserem Koalitionspartner vereinbart, dass neben Berufstätigkeit und Ausbildung auch soziale, familiäre und pädagogische Gründe einen Anspruch auf einen Kita-Platz begründen müssen. Kein Kind darf von einer Förderung ausgeschlossen werden, weil seine Eltern arbeitslos sind oder weil in der Familie das Geld knapp ist.

## Beiträge gerechter gestaltet

Unter diesem Aspekt haben wir auch die Frage der Höhe der Elternbeiträge betrachtet. Weil wir wollen,

dass Kitas Bildungseinrichtungen sind, muss nach Auffassung der Linkspartei.PDS-Fraktion der Kita-besuch perspektivisch beitragsfrei sein. Wir arbeiten daran, diese Beitragsfreiheit schrittweise zu verwirklichen. So haben die Koalitionsfraktionen entschieden, dass ab 1. Januar 2007 in Berlin alle Kinder im letzten Jahr vor Schuleintritt beitragsfrei in die Kita gehen können. Wir wollen damit vor allem die Familien erreichen, die dieses Angebot bisher zu meist aus Kostengründen nicht genutzt haben. Das ist von besonderer Bedeutung für Kinder aus sozial schwachen Familien und Familien mit Migrationshintergrund.

Diese politische Position steht in engem Zusammenhang mit den seit 2004 geltenden neuen Kitagebühren und der viel diskutierten Entscheidung, die Elternbeiträge für die Tagesbetreuung neu zu strukturieren. Dabei haben wir erstens eine Entlastung von Eltern mit niedrigem Einkommen, zweitens eine Staffelung der Elternbeiträge nach sozialen Gesichtspunkten und drittens die Beibehaltung des Beitrages für ein warmes Mittagessen in Höhe von unverändert 23 Euro für alle Kinder durchgesetzt.

## Kitas sind Bildungseinrichtungen

Kindergärten werden nicht durch ein aufgeklebtes Etikett zu Bildungseinrichtungen. In Berlin wurde von Experten aus Wissenschaft und Praxis ein Bildungsprogramm entwickelt, das nach breiter öffentlicher Diskussion in allen Berliner Kitas Grundlage pädagogischer Arbeit ist. Darauf haben wir als Linkspartei.PDS-Fraktion großen Wert gelegt. Eine mit allen Trägern von Kindertagesstät-

ten abgeschlossene Vereinbarung dient der gezielten Qualitätssicherung auf der Grundlage einheitlicher Standards.

Im Bildungsprogramm spielt die Sprachförderung, die uns als Linkspartei.PDS-Fraktion besonders am Herzen liegt, eine herausragende Rolle. Bei allen Vorschulkindern wird vor der Einschulung individuell festgestellt, wie sie die deutsche Sprache beherrschen. Kinder, bei denen die Sprachfähigkeiten unzureichend entwickelt sind, haben einen gesetzlichen Anspruch auf zusätzliche Förderung. Erzieherinnen und Erzieher werden gezielt fortgebildet, damit sie diese Aufgabe gemeinsam mit den Eltern meistern können. Bei der Sprachstandsfeststellung im Herbst 2005 hat sich herausgestellt, dass von den Kindern, die keine Kita besuchen, fast jedes zweite Kind einen Förderbedarf hat.

## Lebenswelt der Kinder

Jedes Kind ist etwas besonderes, einzigartiges. In der Kita seine starken Seiten, Talente, Bedürfnisse und Interessen individuell gefördert werden. Hier erhält es vielfältige Anregungen, um seine Neugier zu stillen, neue Erfahrungen zu machen und Fähigkeiten zu entwickeln. Hier findet es andere Kinder, um mit- und voneinander zu lernen – auch den sozialen Umgang untereinander. Daher finden wir es richtig und wichtig, in der ganzen Stadt und insbesondere bei Familien mit Migrationshintergrund für den Besuch des Kindergartens zu werben.

Die Realisierung der umfangreichen Reformen im Bereich der frühkindlichen Förderung wäre unmöglich ohne ausreichendes qua-



liziertes pädagogisches Personal. Erstrebenswert ist nach unserer Auffassung, eine Entlastung der Beschäftigten durch eine Verbesserung des Personalschlüssels zu erreichen. Unter den finanziellen Gegebenheiten Berlins ist das leider nur begrenzt möglich. Wir richten unsere Anstrengungen gegenwärtig darauf, Fortbildungsmaßnahmen zu intensivieren und die Ausbildung zu reformieren. Ein Bestandteil dieser Reformen ist, dass an der Fachhochschule »Alice Salomon« ein Modellstudiengang zur Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern auf Fachhochschulniveau durchgeführt wird.

### **Kommunale Kitas bleiben**

Die umfangreichen Reformen in der inhaltlichen Arbeit der Kitas gehen einher mit einem Umbau der Strukturen in der Tagesbetreuung.

Zu Beginn der Legislaturperiode hat die PDS-SPD-Koalition entschieden, dass ein Drittel aller Kita-Plätze, das sind knapp 30.000, in kommunaler Trägerschaft verbleiben und in neuer Rechtsform organisiert werden. Die anderen zwei Drittel der Plätze sollten an freie Träger übertragen werden. Zwischen 1. Januar 2005 und 1. Januar 2006 wurden mehr als 200 Kindertagesstätten mit mehr als 21.000 Plätzen an freie Träger übertragen.

Die Linkspartei.PDS-Fraktion tritt grundsätzlich dafür ein, dass in der Tagesbetreuung – sowohl im Interesse der Angebotsvielfalt als auch des Wunsch- und Wahlrechts der Kinder und Eltern – unbedingt ein kommunales Angebot erhalten bleiben muss.

Nach langen, komplizierten Beratungen konnte schließlich mit

Jahresbeginn 2006 der kommunale Anteil der Kitaplätze Berlins in fünf bezirklichen Eigenbetrieben organisiert werden. Der kommunale Anteil an Kitaplätzen ist damit langfristig gesichert und alle Plätze in den Berliner Kitas werden auf gleicher Grundlage finanziert. Mit der Einführung des Kita-Gutscheins haben nunmehr alle Eltern und Kinder auch das Recht, eine Einrichtung ihrer Wahl auszusuchen.

Mit der im Januar dieses Jahres abgeschlossenen Finanzierungsvereinbarung werden die Bedingungen für die Kindertagesstätten in Berlin weiter verbessert. Der Anteil des Landes an der Finanzierung der Plätze wurde erhöht. So erhalten die Kitas in den Jahren 2006 und 2007 für Bildung, Erziehung und Betreuung zusätzlich jeweils mehr als zehn Millionen Euro.

Die umfangreichen Reformvorhaben der rot-roten Koalition im Bereich der frühkindlichen Förderung fanden ihren Ausdruck im Beschluss über ein neues Kitareformgesetz. Nach breiter öffentlicher Diskussion wurden mit diesem Gesetz die Grundlagen für eine moderne und den aktuellen Erfordernissen entsprechende Kita-Politik im Land Berlin geschaffen. Wesentliche Bestandteile dieses Gesetzes sind neben der Verankerung des Bildungsauftrages der Kitas auch die Stärkung der Elternrechte, Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und des Kinderschutzes.

### **Kitas fördern Integration**

Kitas entwickeln sich in Berlin immer stärker zu wichtigen Bestandteilen sozialräumlicher Netzwerke zur Stärkung von Kindern und Fa-

milien. Die Linkspartei.PDS-Fraktion setzt sich dafür ein, die Kitas in ihrer Integrationsfunktion zu stärken. Kita-Erzieherinnen und Erzieher sind oftmals erste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Eltern bei der Früherkennung von Benachteiligungen, bei Entwicklungsstörungen sowie bei familiären Konflikt- und Problemfällen. Bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe brauchen sie vielfältige Unterstützung.

Was lässt sich bilanzierend festhalten?

In Berlin ist im Kitabereich die umfangreichste und grundlegendste Bildungs- und Strukturreform seit der Wende vollzogen worden. Insgesamt können wir auf das Erreichte mit Recht stolz, aber noch längst nicht zufrieden sein. Es gibt weiterhin sehr viel zu tun.

Unser politisches Ziel ist und bleibt, dass ausnahmslos jedes Kind einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Tageseinrichtung erhält – unabhängig von seinem Alter und vom Erwerbsstatus der Eltern.

Gut wäre, nachdem ab dem 1. Januar 2007 alle Kinder im letzten Jahr vor Schulbeginn beitragsfrei die Kita besuchen können, zu erreichen, dass Eltern für den Hortbesuch in der Schule in der Zeit von 13.30 bis 16 Uhr perspektivisch keine Beiträge mehr zahlen müssen.

Eine kinder- und familienfreundliche Politik, für die sich die Linkspartei.PDS-Fraktion stark macht, soll die Entscheidung für ein Leben mit Kindern leichter machen. ■

# TEUFELSKREIS DURCHBROCHEN

Carl Wechselberg



Zehn Jahre CDU-SPD-Koalition hatten das Land Berlin an den Rand des finanziellen Bankrotts geführt. Eine Verschuldung von rund 40 Milliarden Euro, ein Viertel des Haushalts auf Kredit finanziert, ständig steigende Zinslasten, Personalausgaben genauso hoch wie die Steuereinnahmen und das öffentliche Vermögen weitgehend privatisiert – das war die Lage Berlins im Jahr 2001 und ist bis heute die Erblast der Ära Diepgen und Landowsky. Selten waren Rahmenbedingungen für eine neue Landesregierung komplizierter und die Spielräume enger als in Berlin nach dem Zusammenbruch der Großen Koalition.

## Verantwortung übernommen

Allerdings hat sich die Linkspartei-PDS-Fraktion klar entschieden, auch in schwierigen Zeiten vor der gesellschaftlichen Verantwortung nicht davon zu laufen und die Lösung der Berliner Krise nicht anderen politischen Konstellationen zu überlassen. Dabei sind wir oft genug aufgefordert worden, uns an der schwierigen Lage der Stadt nicht die Finger schmutzig zu machen. Das hätte immerhin bedeutet, tatenlos zuzusehen, wie Entscheidungen zur Bewältigung der Krise ohne die politische Linke getroffen worden wären.

Hätte das den Erwartungen und Hoffnungen der Menschen entsprochen, die 2001 so zahlreich ihre Stimme für die PDS abgegeben haben, im Wissen um die schwierigen Bedingungen und darauf vertrauend, dass wir ihre konkreten Interessen verantwortungsvoll vertreten?

Berlin ist pleite, aber es gibt zu gleich mehr Geld für die Belange

seiner Bürgerinnen und Bürger aus als jedes andere Bundesland in Deutschland; egal, ob Flächenland oder Stadtstaat. Niemand verfügt über eine derartig gute Ausstattung in zentralen Politikfeldern zu derart niedrigen Kosten für die Bevölkerung wie Berlin. Ob Kitas, Schulen, Universitäten, Sozialleistungen – kein anderes Bundesland hat einen höheren Standard als Berlin. Das bedeutete 2001 insgesamt 50 Prozent mehr an Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung als in Flächenländern wie Thüringen, Brandenburg oder Niedersachsen bzw. rund 25 Prozent mehr Ausgaben als im Stadtstaat Hamburg.

Nun wäre es natürlich wunderbar gewesen, hätte Berlin diese höheren und politisch absolut wünschenswerten Leistungen aus eigener Kraft bezahlen können. Das war aber nicht der Fall.

Berlin finanzierte seinen Wohlstand jahrelang auf Pump und benötigte hierfür immer schneller und immer höhere Kredite. Jahr für Jahr hatte sich Berlin etwa ein Viertel seines Haushalts oder rund fünf Milliarden Euro von den internationalen Kapitalmärkten geliehen. Wann immer wir in dieser Legislaturperiode im Berliner Parlament über einen Haushalt für das Land zu entscheiden hatten, standen wir vor dem Problem, dass ein wesentlicher Teil unserer geplanten Ausgaben nicht durch Einnahmen des Landes abzudecken war. Die Lage war so ernst, dass Berlin neue Kredite aufnehmen musste, um die Zinsen für die alten Kredite bezahlen zu können. Ein Teufelskreis und eine dramatische Hypothek für die Zukunft Berlins – gegen die wir etwas tun wollten.

Dazu mussten wir eine Entschei-

dung treffen. Für uns kamen weder ein »Weiter so auf Pump ohne Sparanstrengungen« oder eine »Sanierung Berlins aus eigener Kraft mit schwierigen Einschnitten für die Berliner Bevölkerung« in Frage.

Rot-Rot hat sich für einen Weg entschieden, der mit dem offiziellen Eingeständnis im Jahr 2002 begann, dass sich Berlin in einer »Haushaltsnotlage« befindet, aus der sich das Land nicht mehr aus eigener Kraft befreien kann.

Berlin erklärte damit, dass es für die Bewältigung seiner Finanzkrise die solidarische Hilfe des Bundes und der anderen Länder braucht, weil der Bevölkerung Berlins derart drastische Einschnitte und Kürzungen nicht zuzumuten gewesen wären, die es gebraucht hätte, um diese Notlage in Gänze aus eigener Kraft zu bewältigen.

Die Reaktion des Bundes und aller anderen Länder fiel ebenso rasch wie eindeutig aus: Niemand war bereit, Berlin auf freiwilliger Basis zu helfen. Aus diesem Grund verklagte Berlin vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den Bund und die anderen Länder auf entsprechende Zahlungen. Voraussichtlich im Sommer 2006 soll es hierzu ein Urteil geben.

## Sparbeitrag geleistet

Die Feststellung, dass Berlin es aus eigener Kraft nicht schaffen wird, sich aus der entstandenen Zins-Schuldenfalle zu befreien, bedeutete allerdings nicht, dass Berlin die Hände in den Schoß legen konnte und nur zu warten brauchte, dass Bund und Länder endlich zahlten. Ohne eigene Anstrengungen war eine Klage in Karlsruhe völlig aus-



sichtslos. Niemandem in der Bundesrepublik kann zugemutet werden, viele Milliarden Euro nach Berlin für öffentliche Leistungen und Ausgaben zu überweisen, die es zwar in Berlin, aber leider in keinem anderen Bundesland gibt. »Sozialismus in einem Land« funktioniert ganz sicher nicht, zumindest nicht, wenn man wie Berlin darauf angewiesen ist, dass andere Bundesländer und deren Bürgerinnen und Bürger hierfür bezahlen sollen.

Aus diesem Grund hat Rot-Rot seit 2002 Schritt für Schritt ein Sanierungsprogramm umgesetzt, mit dem in Karlsruhe nachgewiesen werden kann, dass Berlin alles Notwendige tut, um einen eigenen Beitrag zur Bewältigung der finanzpolitischen Krise zu leisten.

Ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen fehlten Berlin jedes Jahr rund drei Milliarden Euro in der Kasse – laufende Ausgaben, die nur durch neue Kredite bezahlt werden konnten. Diese Größenordnung hat Rot-Rot in den zurückliegenden Jahren durch verschiedene Maßnahmen eingespart. Berlin wird deshalb im Jahr 2007 erstmals seit der Vereinigung einen Landeshaushalt vorlegen, der seine laufenden Ausgaben ohne zusätzliche Kredite bestreiten kann. Ein beispielloser, finanzpolitischer Kraftakt. Hilfe der Anderen benötigt Berlin nur noch, um die Lasten aus der entstandenen Verschuldung zu schultern, nicht um tatsächliche Leistungen für die Berliner Bevölkerung zu bezahlen. Diese begleicht Berlin nun erstmals seit 1991 aus eigener Kraft und nicht auf Kosten Anderer oder der Zukunft.

Dass ein solcher finanzieller Kraftakt nicht unbemerkt an einem Bundesland und seiner Bevölkerung

vorbeigeht, ist selbstverständlich. Keine Gruppe oder Institution verzichtet freiwillig und geräuschlos auf öffentliche Mittel – und dies wäre für eine Demokratie auch nicht gut.

### Soziale Balance gewahrt

Allerdings hat die Fraktion der Linkspartei.PDS bei der konkreten Verteilung der Kürzungen als einzige immer wieder darauf geachtet, dass der Grundsatz gilt, wonach Stärkere höhere Belastungen tragen können als Schwächere.

Aus diesem Grund wurde eine der größten Einsparungen mit dem Ausstieg aus der Wohnungsbauförderung vorgenommen. Und deshalb belastet beispielsweise unsere Kita-Gebührenreform mehr als 50 Prozent der Berliner Familien nicht mit zusätzlichen Kosten. Öffentliche Leistungen wurden nicht einfach gekürzt, sondern die begrenzten Ressourcen auf jene konzentriert, die sie am nötigsten haben.

So müssen beispielsweise jene, die Sozialleistungen beziehen, auch keinen Eigenbeitrag für Schul- und Lernmittel zahlen. Einsparungen im Öffentlichen Dienst wurden erreicht durch Arbeitszeitverkürzungen bei sozial gestaffeltem Lohnverzicht und verbunden mit einer Arbeitsplatzgarantie bis 2009.

Beim Weihnachtsgeld mussten vor allem die Besserverdiener im Öffentlichen Dienst deutliche Einbußen hinnehmen. Das heißt, ein Staatssekretär musste mehr verzichten als eine Sekretärin.

Das sind einige der Grundprinzipien, an denen sich linke Politik in meinen Augen orientieren muss, um auch dann politisch handlungsfähig zu bleiben, wenn die Situation in ei-

ner Kommune oder wie bei uns in einem Bundesland schwierig ist. Linke Politik kann nicht heißen, so lange zu warten, bis die äußeren Bedingungen einmal angenehmer werden, ehe man Regierungsverantwortung übernimmt. Denn dann würde man es anderen politischen Konstellationen überlassen, ihre Vorschläge durchzusetzen, um aus der Misere zu kommen.

Da lohnt zum Vergleich ein Blick auf das, was die FDP-Fraktion zur Haushaltskonsolidierung in Berlin vorschlägt: Massive Kürzungen im Öffentlichen Dienst oder auch die Privatisierung kommunaler Wohnungen, der BVG und der Krankenhäuser dieser Stadt.

Wir als Linkspartei.PDS-Fraktion sind die einzige Kraft in der Stadt, die dafür gesorgt hat, dass die soziale Balance Berlins nicht einer technokratischen Finanzpolitik zum Opfer gefallen ist. Wir haben die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt gesichert. ■

# JEDER MENSCH ZÄHLT

## Heidi Knake-Werner



Berlin ist Millionenmetropole und Hauptstadt. Wie unter einem Brennglas werden hier die Probleme neoliberaler Bundespolitik sichtbar. Es gibt einige Gewinner und sehr viel mehr Verlierer, die Spaltung in arm und reich vertieft sich. Der durch mich vorgestellte Sozialstrukturatlas belegt, dass sich immer mehr Berliner Kieze zu sozialen Brennpunkten entwickeln würden, ließe man dieser Entwicklung »ihren Lauf«. Die Stadt würde auseinander gerissen, reale Parallelwelten von Höchstverdienern einerseits und Menschen mit geringen Einkommen andererseits in jeweils voneinander abgeschotteten Stadtquartieren entstünden. Diesen Trend zu stoppen und ihm entgegen zu steuern, ist die zentrale Aufgabe einer Landesregierung, die den Anspruch auf mehr soziale Gerechtigkeit erhebt. Deshalb ist die Soziale Frage ständig auf unserer Tagesordnung. Und wir fordern und befördern ressortübergreifendes Handeln aller Politikbereiche.

### Starke tragen mehr als Schwache

Erfolgreiche Politik ist nur möglich, wenn sich die Akteure über Rahmenbedingungen und Kompetenzen im Klaren sind. Das gilt umso mehr, wenn im Sinne einer solidarischen Stadtgesellschaft starke Schultern mehr tragen sollen als schwache.

Berlin hat viele Potenziale, aber auch Grenzen für eine solche Entwicklung. Zunächst zu den Grenzen:

1. Berlin ist ein Notlagenland, schwer verschuldet, auf Bundesunterstützung angewiesen, alle erwarten von Berlin eigene Konsolidierungsanstrengungen.

2. Berlin kann an seiner Einnahmeseite kaum etwas ändern – Stell-

schrauben fehlen. Im Gegenteil: insbesondere die Steuerpolitik des Bundes trägt seit Jahren dazu bei, die öffentlichen Kassen zu schröpfen und die Kommunen arm zu machen.

3. Die enormen sozialen Einschnitte bei Sozialleistungen durch Bundesgesetze, wie die Gesundheitsreform mit Praxisgebühr und Zahlungen, die Rente oder die Hartz-Gesetze, tragen zur Polarisierung der Gesellschaft und zu wachsender Armut bei. Als Landesregierung können wir diese verfehlte Politik nicht ausgleichen und auch nicht da Löcher stopfen, wo der Bund sie reißt.

4. Der übergroße Teil der Finanzen des sozialen Ressorts ist durch gesetzliche Aufgaben gebunden. Die Spielräume für politische Gestaltung sind klein.

Aber auch unter diesen Bedingungen haben wir als Landesregierung unseren politischen Gestaltungsanspruch nicht aufgegeben.

Wir haben darauf geachtet, der neoliberalen Logik nicht zu folgen, sondern die uns zur Verfügung stehenden Mittel da einzusetzen, wo Innovation und zukunftsfähige Strukturen unseres Gemeinwesens gestärkt werden müssen. Wir wissen, es gibt Einsparungen, die auf Dauer teuer werden, weil Armut sich verfestigt, Betroffenen Entwicklungsmöglichkeiten geraubt werden und die sozialen Potenziale einer Gesellschaft austrocknen.

Deshalb bestimmten drei Grundlinien die inhaltlichen und finanziellen Schwerpunkte unserer Arbeit:

1. Galt es, die zivilgesellschaftlichen Strukturen, in den Kiezen zu erhalten und auszubauen, damit die Menschen nicht am Rande, sondern mittendrin sind.

2. Galt es, eine Integrationspolitik voranbringen, die die Vielfalt fördert und den Zusammenhalt stärkt.

3. Galt es, zentrale Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser dauerhaft zu sichern, damit nicht der Profit, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht.

### Mehr Leistung auch für weniger Geld möglich

Auf dieser Grundlage wollen wir zur Entwicklung der solidarischen Stadtgesellschaft beitragen und Ressourcen ressortübergreifend konzentrieren, da wo sie am nötigsten gebraucht werden. In den letzten Jahren habe ich ganz schnell gelernt, dass Sparen nicht automatisch mit Leistungsabbau über- oder gar gleichgesetzt werden muss. Wir haben sehr oft erreicht, dass trotz geringerer finanzieller Mittel das Leistungsangebot für die Hilfebedürftigen erhalten werden konnte. Das gelang uns, weil wir auf die Kreativität und Ideen der Beteiligten setzen konnten, sie als Partner im Veränderungsprozess ernst genommen haben. Denn die Hirne und Herzen der Menschen sind die eigentlichen Potenziale unserer Stadt. Diese Ressourcen sind in keinen Haushalt einstellbar, aber sie sind für ein im Sinne der Solidarität funktionierendes Gemeinwesen unverzichtbar.

Berlin ist auch die Hauptstadt der Selbsthilfe. Damit sie es bleibt, haben wir das landesweite Netz an Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäusern, Selbsthilfekontaktstellen langfristig finanziell abgesichert. Damit verfügen wir in Berlin über eine soziale Infrastruktur, durch die sich jenseits des Kommerzes soziales und kulturelles Leben entwickeln



kann. Hier treffen Menschen auf Gleichgesinnte und Andersdenkende, hier gibt es Rat und Unterstützung zur Bewältigung des Alltags und Angebote selbst aktiv oder ehrenamtlich tätig zu werden.

Wir stärken das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement nicht als Ersatz für staatliche Aufgaben, sondern als Kern sozialen Zusammenhalts. Wir haben mit der Einführung von Haftpflicht- und Unfallversicherung mehr Sicherheit für ehrenamtlich Tätige hergestellt und mit dem »Freiwilligenpass« die Anerkennung erworbener sozialer Kompetenzen geschaffen.

Mit der Finanzierung und langfristigen Planungssicherheit für die Wohlfahrtsverbände und Projektträger haben wir die soziale und gesundheitliche Infrastruktur für die Betroffenengruppen gesichert, die öffentlicher Hilfe in besonderer Weise bedürfen: Wohnungslose, Behinderte, ältere Menschen (Koordinierungsstellen rund ums Alter) aber auch für jene, die selbst organisierte Strukturen aufbauen und nutzen wollen, zum Beispiel im Bereich Gesundheit. Themen sind hier Rheuma, Brustkrebs etc., Aids-Hilfe, Prävention (Drogen und Sucht) Gesundheitsförderung und die insbesondere bei Kindern.

### Angebote für mehr Teilhabe

Arbeitslosigkeit, vor allem Langzeitarbeitslosigkeit ist eine zentrale Ursache für die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts, für wachsende Armut und soziale Ausgrenzung insbesondere unter den Bedingungen des Arbeitslosengeldes II.

In Berlin leben etwa 500.000 Menschen von diesen Grundsicherungsleistungen. Da sind Maßnah-

men für ein soziales Umfeld besonders wichtig. Wir haben eine bundesweit anerkannte Regelung für die Wohnkosten geschaffen, die die Sicherung der bisherigen Wohnung in den Mittelpunkt stellt, sowie die Bedingungen für eine psychosoziale Beratung verbessert. Zum Beispiel durch verstärkte Angebote der Schuldnerberatung und ein umfassendes Netz für Drogen- und Suchtberatung.

Und in Berlin fahren Arbeitslosengeld II-Bezieher mit dem Sozialticket zum halben Preis mit Bus und Bahn, bezahlen in Opern und Theatern nur drei Euro Eintritt und können Bibliotheken kostenlos nutzen.

Ein wichtiges Handlungsfeld für eine solidarische Stadt ist eine Integrationspolitik, die Vielfalt fördert und Zusammenhalt stärkt. Entscheidend kann eine Interkulturelle Jugendarbeit, interkulturelle Familienaktivitäten sowie eine integrative Gesundheits- und Sozialarbeit sein.

Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen wollen wir auf dem Arbeitsmarkt vor allem die Einstiegsschwellen für jugendliche Migrantinnen und Migranten senken: zusätzliche Ausbildungsprojekte finanzieren und die berufliche Qualifikation mit der Sprachförderung verbinden.

Schließlich muss auch noch erwähnt werden, dass es häufig Migrantinnen und Migranten sind, die unter der Zwei-Klassen-Medizin zu leiden haben oder bei deren Kindern verstärkt gesundheitliche Risiken auftreten.

Und genau an dieser Stelle greift der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), wie wir ihn wollen und auch gegen alle Angriffe verteidigen konn-

ten. Er bietet die Chance, gezielt dort einzugreifen, wo Gefährdungen und Gesundheitsdefizite am größten sind. Dabei soll er nicht bevormundend wirken – die Menschen sollen in ihren Lebensräumen mit Unterstützung des ÖGD stark gemacht werden.

Nichts geht in Berlin bekanntermaßen ohne die Bezirke. Sie haben eine große Autonomie – freilich unter grundsätzlich gleichen Rahmenbedingungen. Wer daher etwas für die Menschen in der Stadt erreichen will, ist gut beraten, dies möglichst im Konsens mit den Bezirken anzupacken. Bei der Reform des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und dem bürgerfreundlicheren Umbau der bezirklichen Sozialämter haben wir uns von Anfang an an dieses Prinzip gehalten. Der Prozess mit gemeinsamen Arbeitsgruppen, Lenkungsgruppen und Anhörungen war mühsam und leider nicht immer frei von parteitaktischen Motiven. Auf die Kompetenzen und Ideen, die dabei entstanden sind, möchte aber keiner mehr verzichten.

Berlin entwickelt sich mit der Linkspartei.PDS in der Regierung zu einer sozialen und solidarischen Stadtgesellschaft, die für ihre so verschiedenartige Bevölkerung Angebote zum Miteinander bereithält. Für die, die Hilfe brauchen, wie auch für die, die helfen wollen. Meine Politik hat dafür neue Möglichkeiten geschaffen. Darauf können wir angesichts der Rahmenbedingungen in diesem Lande durchaus stolz sein. ■

# ES BRAUCHT ZIVILCOURAGE

Udo Wolf



Die Innenpolitik Berlins war über ein Jahrzehnt geprägt von Scharfmachelei und Repression.

Unter CDU-Innensensatoren standen sich Polizei und Demonstranten oft als unversöhnliche Gegner gegenüber. Vor fast jeder Demonstration wurde in der Stadt aufgemuskelt. Die Berliner Polizei hatte über die Landesgrenzen hinaus den Ruf einer »Prügeltruppe«.

Nach dem 11. September 2001 verschärfte sich zudem das innenpolitische Klima. Mit den frei nach Bundesinnenminister Schily benannten »Otto-Paketen« wurden Polizei und Justiz neue massive Eingriffsrechte gewährt, die aus der Sicht der Linkspartei/PDS-Fraktion bürgerrechtlich hochproblematisch sind.

Wir setzen dagegen auf eine andere Richtung in der Innenpolitik. Dies zeigt sich exemplarisch im Umgang mit dem Demonstrationsrecht.

## Erfolge durch Deeskalation

Für uns als sozialistische Bürgerrechtspartei sind das Demonstrationsrecht und die Organisationsfreiheit hohe Güter. Sie sind ein wesentlicher Garant für Demokratie und freie Meinungsäußerung. Davon wollten wir zusammen mit dem Koalitionspartner die Berliner Polizei überzeugen. Nicht mit Verbotsdrohungen, wie früher unter CDU-Innensensatoren, sondern mit einer vernünftigen Deeskalationsstrategie sollten künftig Demonstrationen in Berlin vorbereitet werden. An die Stelle martialischen Auftretens sollten Gespräch und Verhandlungen treten.

Solche Veränderungen im Auftreten der Polizei konnten Demonstranten bereits bei den vielfältigen De-

monstrationen anlässlich des Bush-Besuchs im Mai 2002 feststellen.

Am deutlichsten ist die Veränderung aber am 1. Mai zu spüren. Jahrelang hielt sich die Mär, die Randalie in Kreuzberg sei eine Veranstaltung der Linken, die Gewalt ginge von den so genannten Revolutionären Demos aus. Gleichzeitig hielt die linksradikale Szene den Spruch »Ohne Bullen kein Krawall« für die Wahrheit. Die Jahre 2002 und 2003 haben nachgewiesen, dass beides Unsinn ist. Durch die maximale Zurückhaltung der Polizei blieben die Demonstrationen friedlich, die Randalie gab es dennoch. Danach hatten außer der CDU alle begriffen, dass dieses Problem vorwiegend unpolitischer Jugendgewalt nicht durch massives Polizeiaufgebot zu lösen ist.

So gibt es jetzt ein breites zivilgesellschaftliches Engagement, um den 1. Mai auch in Kreuzberg einerseits wieder zu politisieren und Jugendgewalt andererseits zurückzudrängen. Die beharrliche Arbeit unserer Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer sowie der vielen Initiativen und Verbände haben dann in den Jahren 2004 einen weiteren Rückgang von Gewalt bewirkt und 2005 erstmals seit 1987 einen friedlichen 1. Mai in Kreuzberg gebracht. Die Berliner Polizei konnte spüren, dass ihr der Imagewechsel zu einer deeskalierenden, bürgeroffenen Polizei in der Öffentlichkeit nur nutzen kann, und es besteht gute Hoffnung, dass sie auch in diesem Jahr daran anknüpft.

## Keine Chance für Nazis

Ein besonderes Problem im Umgang mit Demonstrationsrecht und Organisationsfreiheit stellen Aufmärsche

und Gewalttaten von Neonazis und Rechtsextremen dar. Schon seit längerem treten Neonazis nur noch selten mit strafrechtlich relevanten Parolen oder mit offenen Aufrufen zur Gewalt auf. Ihre menschenverachtende, rassistische und antisemitische Propaganda knüpft am Stammesniveau der Gesellschaftsmite an. Ihre Demonstrationen finden beispielsweise unter dem Motto »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche« oder »Für ein nationales Jugendzentrum« statt. Selbstverständlich wissen wir – es sind Neonazis. Wir wissen auch, welches Gewaltpotential und welche Gesinnungen dahinter stecken. Sie sind eine ernste Bedrohung für all das, was wir uns unter einer offenen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft vorstellen. Warum nicht alles verbieten?

## Verbot ist keine Lösung

Die Antwort ist relativ einfach. Der Grundsatz, »vor dem Gesetz sind alle gleich« gilt auch für Leute, deren Ansichten und Parolen uns verhasst sind. Angenommen, ein Verbot würde vor den Gerichten Bestand haben, was selten der Fall war: Eine Verbotstrategie würde sich potenziell auch immer gegen die Linke richten können. Nicht nur die Union predigt immer wieder die unsägliche Gleichsetzung von Rechts und Links. Würden wir eine Demonstration von Neonazis unter einem der oben genannten Motti verbieten, würden wir einen Präzedenzfall schaffen, der das Verbot einer Demonstration zum Beispiel gegen die unsoziale EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) ermöglichen könnte. Eine Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte – auch in der guten

Absicht, Rechtsextremismus zu bekämpfen – hätte schwere Nebenwirkungen und Folgen für die Demokratie insgesamt. Die müssen bedacht werden. Zudem lassen sich gesellschaftliche Probleme selten durch Verbote lösen, allenfalls kurzfristig verdrängen. Gleichwohl haben wir den Verboten der rechtsextremen Kameradschaften BASO und Thor durch Berlins Innensenator Erhart Körting zugestimmt. Zum einen, weil es uns vereinsrechtlich möglich und unbedenklich erschien und zum anderen, weil es den Entscheidungsdruck auf jugendliche Mitläufer und Sympathisanten erhöhte. Grundsätzlich aber lässt sich der Kampf gegen den Rechtsextremismus nur politisch durch den Druck der Zivilgesellschaft gewinnen.

Am 8. Mai 2005 haben wir, die Bürgerinnen und Bürger Berlins, die

Polizei und die politischen Parteien, den Rechtsextremen eine Niederlage beigebracht, die diese Argumentation bestätigt.

NPD und JN hatten für den Tag der Befreiung vom Faschismus eine Demonstration unter dem Motto »Schluss mit dem Schuldskult« zum Brandenburger Tor angemeldet. Ein Demonstrationsverbot gab es nicht. Wohl aber starke Auflagen. Gleichzeitig mobilisierte ein großes demokratisches Bündnis gegen den Nazi-Aufmarsch und blockierte die Liebknecht-Brücke über die Spree. Die Nazi-Demonstration konnte nicht marschieren, die Polizei sah sich außerstande, die Blockade aufzulösen und schickte die Neonazis auf die Heimreise. Das zivilgesellschaftliche Engagement und eine besonnene Polizeitaktik haben im Zusammenspiel die rechtsextreme Provokation

gestoppt. In der Folge ließ die Mobilisierungskraft der Rechtsextremen in Berlin nach. Nun wird mancher einwenden: in der Mitte der Stadt, an international symbolträchtigen Orten, hat es einmal funktioniert. In den Bezirken aber können die Neonazis marschieren.

Wir finden, was in Mitte funktioniert, sollte auch in Lichtenberg, Pankow oder Treptow-Köpenick versucht werden. Uns ist die verfassungsrechtliche Gratwanderung einer solchen Verhinderungsstrategie durchaus bewusst.

Entscheidend aber für uns ist die Beförderung zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegen Rechtsextremismus. Der kann von Polizei wahlweise behindert oder unterstützt werden. Wir wollen Letzteres. Die Arbeit der Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, der vielen Gruppen und Initiativen und der Protest gegen Nazis in den Bezirken haben auch dort deren Mobilisierungsfähigkeit geschwächt.

Mehr als der halbe Weg ist begangen worden in den letzten fünf Jahren. Teilweise mit Unterstützung aus der Polizei, teilweise gegen Einwände aus dem Apparat und meistens konnten wir unseren Koalitionspartner in dieser Frage auch gewinnen. Gemessen an den Ausgangsbedingungen und den allgemeinen Trends im Bund und in anderen Ländern eine ordentliche Leistung.

Wer nach dem Anteil der Linkspartei.PDS-Fraktion an dieser politischen Linie der Wahrung von Bürgerrechten einerseits und dem Kampf gegen Rechtsextremismus andererseits fragt, möge den Vergleich suchen zu Landesregierungen, an denen wir nicht beteiligt sind. ■



# STARKE POLITIK FÜR SCHWACHE

Jutta Matuschek



Wir als Linkspartei.PDS-Fraktion stehen für eine zukunftsfähige und sozial gerechte Verkehrspolitik, die eine hohe Lebensqualität der Bürger und eine lebenswerte Stadt zum Ziel hat. Wir machen uns stark sowohl für die sozial als auch für die PS-Schwächeren. Für uns ist die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger keine Frage des Geldbeutels, sondern ein Grundrecht.

## Sozial gerecht und ökologisch

Verkehrspolitik ist immer auch Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Das beginnt für die Linkspartei.PDS-Fraktion mit einer deutlichen Verringerung der Schadstoffbelastung und konsequenten Maßnahmen zum Klimaschutz. Dem dient unter anderem der beschlossene Luftreinhalteplan des Senats, wonach ab 2008 in die Innenstadt nur noch Fahrzeuge fahren dürfen, die den strengen EU-Normen zum Ausstoß von Dieselruß und anderen Schadstoffen entsprechen. Bei der Ausrüstung der BVG-Busflotte mit Dieselfiltern ist Berlin beispielgebend.

Spürbare Fortschritte wurden in der zurückliegenden Legislaturperiode für den Fußgänger- und Fahrradverkehr erreicht. Nahezu die Hälfte aller Berliner Haushalte verfügt nicht über ein Auto. Gleichzeitig ist fast die Hälfte aller in Berlin zurückgelegten Wege kürzer als drei Kilometer. Durch die von uns vertretene Verkehrspolitik zählt Berlin zu den fahrradfreundlichsten Städten der Bundesrepublik. An U-, S- und Regionalbahnhöfen wurden Fahrradabstellplätze angelegt. Die großen Anlagen umfassen jetzt 16.500 Stellplätze. Das weit verzweigte Berliner Fahrradnetz wurde weiter entwickelt,

durchgängige schnelle Hauptrouten wurden geplant und ausgebaut. Auch durch das Regierungsviertel und am Kanzlergarten vorbei kann nun geradelt werden. Das Fahrradroutennetz wird eine Gesamtlänge von etwa 660 Kilometern erreichen.

Beachtlich sind gleichfalls die Verbesserungen im ÖPNV für eine barrierefreiere Fahrt. 94 Prozent der BVG-Busse und 82 Prozent der Straßenbahnen sind mittlerweile behindertengerecht bzw. -freundlich, 32 Prozent der U-Bahnhöfe mit Aufzügen ausgestattet. Dennoch sind weitere Anstrengungen nötig.

Früchte trägt nicht zuletzt das von der Linkspartei.PDS-Fraktion initiierte Verkehrssicherheitsprogramm. Dabei kommt es uns darauf an, nicht nur mit wohlmeinenden Appellen den Rasern Einhalt zu gebieten, sondern auch durch bauliche und ordnungspolitische Maßnahmen das Verkehrsgeschehen sicherer zu machen. Verkehrserziehung in den Kitas und Schulen, die durch Rot-Rot breite Unterstützung erfuhr, ist nur ein Glied einer langen Lernkette. Leider ist der Zustand vieler Verkehrsgärten und Verkehrsschulen unzureichend.

Jugendliche Fahranfänger können durch das »Begleitete Fahren mit 17« besser sicheres Fahrverhalten erlernen. In einer beispielhaften Aktion wurden in Berlin zusammen mit dem Fuhrgewerbe und den landeseigenen Unternehmen BVG und BSR Sicherheitsspiegel an LKW angebracht, um Unfälle beim Rechtsabbiegen zu vermeiden. Im Ergebnis dieser und weiterer Maßnahmen ist der Rückgang der Zahl der Verkehrsunfälle bemerkenswert. 2005 erreichte die Zahl der Verkehrstoten den zweitniedrigsten Stand seit 1991.

Verbesserung der vorhandenen statt neuer Verkehrsanlagen ist ein Schwerpunkt unserer Verkehrspolitik genauso wie die Verlagerung von mehr Kompetenzen in die Bezirke. So wurde den Bezirken mehr Zuständigkeiten für Parkraumanordnung und -bewirtschaftung, Radspuren, Zebrastreifen, Tempo-30-Zonen und Beschilderung übertragen. Statt teurer Radwege wurden sichere Radspuren eingerichtet, Zebrastreifen statt Ampeln.

Fazit nach fünf Jahren Regierungsbeteiligung in Berlin: Mit einer starken Linkspartei.PDS-Fraktion lassen sich die Belange der »schwachen« Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger, Radfahrer, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen besser vertreten.

## Gegen Privatisierung

In Zeiten des Neoliberalismus und knapper kommunaler Kassen herrscht auch im Verkehrswesen Goldgräberstimmung. Berlin hat sich der Privatisierungswut deutlich widersetzt.

Der Versuch, unter dem Tarnmantel des europäischen Wettbewerbs das kompakte S-Bahn-Netz aufzuspalten, wurde abgewehrt. Der Verkehrsvertrag zwischen dem Land Berlin und der Deutschen Bahn AG, für den sich die Linkspartei.PDS-Fraktion engagiert einsetzte, eröffnet mit seiner langen Laufzeit bis 2017 der S-Bahn Berlin GmbH und ihren Beschäftigten eine gesicherte Perspektive.

Vor wenigen Tagen hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig grünes Licht für den Bau des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) erteilt. Das schon eingeleitete Privatisierungsverfahren,



das alle Risiken bei der öffentlichen Hand abgeladen hätte, wurde auf unsere Initiative von der Koalition beendet. Damit wurde verhindert, dass privaten Investoren auf Kosten der Allgemeinheit eine Lizenz zum Gelddrucken erhalten.

Die alte Flughafen-Holding wurde aufgelöst, das landeseigene Unternehmen umstrukturiert und die Wirtschaftlichkeit der Flughafengesellschaft erhöht. Seit August 2004 existiert der Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau Schönefelds, der mit dem Urteil in Leipzig nun mit deutlichen Auflagen zum Lärmschutz und mit Nachtflugverboten ganz im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner bestätigt wurde.

### Sanierung auf dem Weg

Auch die BVG ist ein Objekt der Begierde. Bereits vor Rot-Rot gab es eine Option zur Privatisierung an die Deutsche Bahn AG. Solche Ambitionen bestehen bis heute. In einer seltsam anmutenden Einheitsfront radikaler Marktwirtschaftler von CDU über FDP bis Bündnis 90/Die Grünen wird an Konzepten gebastelt, die auf Aufspaltung und Zerschlagung des kommunalen Verkehrsunternehmens BVG zielen. Das Ergebnis wäre eine kraftlose öffentliche Hand, die nur noch den Vorgaben der privaten Betreiber des Nahverkehrs folgen könnte und deren Vertragsvorgaben erfüllen müsste, einschließlich steigender Fahrpreise und Kosten für den Steuerzahler.

Die politische Strategie der Linkspartei.PDS-Fraktion sah und sieht anders aus. Wir wollen die Erhaltung der BVG als kommunalen Betrieb, ihre Sanierung und ihren Ausbau als leistungsfähiges Verkehrsunterneh-

men. Deshalb kam das Land kam seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der BVG gemäß des aktuellen Unternehmensvertrages nach, wie auch der Berliner Nahverkehrsmarkt während der Vertragslaufzeit für andere Nahverkehrsanbieter geschlossen blieb. Den Erhalt des kommunalen, integrierten Verkehrsunternehmens durch Direktbeauftragung ohne Ausschreibung bis 2020 haben auch die 12.000 Beschäftigten der BVG durch Verzicht auf Einkommen ermöglicht.

Während jedoch die Masse der BVG-Beschäftigten mit ihrem Lohnverzicht Gemeinsinn demonstrierte und in der Linkspartei.PDS-Fraktion eine verlässliche Fürsprecherin hat, wurden in den Führungsetagen des Unternehmens Steuergelder lange leichtfertig ausgegeben.

In einer »Gehälteraffäre« im Jahr 2003 rügte der Landesrechnungshof die üppige Bezahlung in den höheren Managementetagen der BVG. Das wurde bereinigt. Auf Druck der Linkspartei.PDS-Fraktion und ver.di wurde schließlich auch auf der oberen Führungsebene ein Lohnverzicht von 12 Prozent im neuen Tarifvertrag durchgesetzt. Die Koalition beschloss inzwischen »Leitlinien für die Vergütungsstruktur von Führungskräften« in landeseigenen Unternehmen.

Natürlich wissen wir, dass auf der BVG ein enormer Kostendruck lastet, nicht nur durch den Wettbewerb, sondern auch durch die unter CDU-Regie in den 1990er Jahren entstandene Schuldenlast. Das Defizit – gegenwärtig rund eine Milliarde Euro – ist zwar nicht weiter angewachsen, aber von schwarzen Zahlen ist die BVG noch weit entfernt. Dafür braucht Verkehrspolitik einen

langen Atem. Exemplarisch für die ungeeignete Strategie des BVG-Vorstandes, kurzfristige Bilanzkosmetik auf Kosten eines guten öffentlichen Nahverkehrs zu betreiben, war 2004 der Versuch, nagelneue Niederflurstraßenbahnen wieder zu verkaufen. Er scheiterte am politischen Druck der PDS-Fraktion.

Wir setzten uns auch dafür ein, dass es in Berlin nicht in jedem Jahr zu Fahrpreiserhöhungen kam und dass Anhebungen 2003 und 2004 im Vergleich zu anderen Großstädten der Bundesrepublik relativ niedrig blieben. Angesichts üppiger Beraterverträge und fragwürdiger Investitionen des alten BVG-Managements galt es, nicht erneut die Fahrgäste alleine die Last unangemessener Ausgaben tragen zu lassen. Durch die Intervention der Linkspartei.PDS-Fraktion wurden zum Beispiel die Kleingruppenkarte wieder eingeführt, die Preise für Schüler- und Geschwister-tickets blieben weitestgehend stabil, auch die kostenlose Fahrradmitnahme für personengebundene Zeitkarteninhaber konnte durchgesetzt werden.

Leider gelang es uns nicht, einen sofortigen Ersatz der alten Sozialkarte durchzusetzen. Im Jahr 2005 konnte jedoch für alle Arbeitslosengeld II-Empfänger eine neue Regelung durchgesetzt werden, die beispielgebend für die gesamte Bundesrepublik ist, seitdem durch Hartz IV die Mobilitätssicherung auf der Strecke blieb. In Berlin fahren Arbeitslosengeld II-Empfänger und andere sozial Schwache zum halben Preis. ■

# LEHRMEISTERIN WIRKLICHKEIT

Marian Krüger



Vor fünf Jahren wurde ich in dem Wahlkreis Karow-Blankenburg-Heinersdorf direkt als Abgeordneter gewählt. Er war der einzige Wahlkreis in Ostberlin, den die CDU von 1990 bis 1999 immer wieder gewinnen konnte. So mischte sich mit der Freude über den großartigen Wahlsieg der PDS auch der persönliche Stolz über den Erfolg in der einstigen CDU-Hochburg. Wenig später saß ich in der Verhandlungskommission der PDS zu den Koalitionsverhandlungen. Es war die Nachtsitzung, an deren Ende die Bildung einer Regierung von SPD und PDS verkündet wurde. PDS und SPD tagten getrennt oder besser gesagt: Bei der SPD gingen einige schon zum Rotweintrinken über, während sich die einen Raum weiter sitzende PDS-Delegation noch an den für sie offenen Fragen des Koalitionsvertrages abmühte und ihre Kaffeevorräte merklich zur Neige gingen.

Schließlich ließ Gregor Gysi abstimmen. Ich stimmte als einziger gegen den Eintritt in die Koalition. Ich argumentierte vor allem damit, dass die Summe der haushaltspolitischen Entscheidungen für uns weder zu vermitteln noch zu tragen sei, also parteipolitisch. Gysi hielt dagegen, dass die Haushaltskonsolidierung aufgrund der Berliner Verhältnisse der zentrale Maßstab für die künftige Regierung sein müsse und der Erfolg von Rot-Rot am Ende vor allem an der Sanierung der Landesfinanzen gemessen werde. Er argumentierte gesellschaftspolitisch. Letztlich eine theoretische Diskussion, weil man sich die Bedingungen, unter denen regiert wird, nicht aussuchen kann.

Sparen war doch für viele einfach nur ein abstrakter Sachzwang. Da-

für waren Haushälter verantwortlich, man selbst wollte damit möglichst wenig zu tun haben. In einer Umfrage, in der die Berlinerinnen und Berliner gefragt wurden, wo sie im Landeshaushalt sparen würden, lautete die Antwort mehrheitlich: im Öffentlichen Dienst. Wo würden sie weniger sparen bzw. mehr ausgeben: Bei Bildung und Polizei. Ob sie sich darüber bewusst waren, dass mehr als die Hälfte des Öffentlichen Dienstes aus Lehrern und Polizisten bestand?

Man kann individuell gegen diese Sachzwänge rebellieren. Die Politik kann ihnen nicht ausweichen. Und wenn man mich heute nach einem Resümee der Regierungsbeteiligung fragen würde, dann hieße die Antwort: Die Wirklichkeit ist die beste Lehrmeisterin.

## Was Abgeordnete ausrichten können

Die Verteilung der Sparlasten im Öffentlichen Dienst gehörte zu den Themen, für die ich als Abgeordneter verantwortlich war. Können Abgeordnete dort überhaupt in Entscheidungen der Landesregierung eingreifen, wenn sie den Eindruck haben, dass an der falschen Stelle gespart wird?

Im Sommer 2002 bat uns die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung um ein dringendes Gespräch. Aufgrund der Personaleinsparungen fehlten viele Stellen für die Übernahme von jungen Leuten. Wenn der Haushalt ohne Übergangsregelungen für die jungen Leute beschlossen werde, bliebe für viele nur der Gang zum Sozialamt, hieß es. Die jungen Leute hatten schon viele Gespräche hinter sich. Nun

saßen sie bei meiner sozialdemokratischen Kollegin und mir. In der Koalitionsrunde bekamen wir dann von einigen zu hören: Wir müssten mal zur Kenntnis nehmen, dass es in der privaten Wirtschaft auch keine Übernahmegarantie gäbe und dass das, was wir wollten, doch nur eine Privilegierung des Öffentlichen Dienstes sei. Die Wahrnehmung von sozialer Verantwortung durch einen öffentlichen Arbeitgeber hat meiner Meinung nach jedoch nichts mit Privilegierung zu tun. Und schließlich konnten wir gemeinsam mit den sozialdemokratischen Kollegen erreichen, dass im Doppelhaushalt 2000/2003 einige Übernahmemöglichkeiten für Auszubildende im Öffentlichen Dienst erhalten blieben.

Das ist nicht das einzige Beispiel dafür, dass wir Kritik aus dem außerparlamentarischen Raum konstruktiv aufgreifen konnten. So haben wir nach entsprechenden GEW-Kritiken die Oberstufenzentren von mehr als einer Millionen Euro Personaleinsparungen befreit.

Als Abgeordnete einer Regierungsfraktion sind wir nicht nur einmal unserer Pflicht nachgekommen, unsere Regierung zu kritisieren und Alternativen zu Entscheidungen der Verwaltung aufzuzeigen. Die Debatten, ob an der richtigen Stelle gespart wird, sind und bleiben nötig. Doch Ersatz für politisches Handeln können sie nicht sein.

Der Handlungsbedarf, wie es in der Sprache der Haushälter heißt, beträgt für 2002 bis 2006 mehr als drei Milliarden Euro. Das konnte niemand wegdebattieren. Dies war das laufende Defizit zu Beginn der Arbeit von Rot-Rot. Zum Ende der Legislaturperiode wird das Defizit abgebaut sein, ist diese Arbeit getan.



Die langsame Gesundung der Landesfinanzen wird sich im Jahr 2007 erstmals seit Anfang der 90er im Berliner Landeshaushalt Überschuss bemerkbar machen. Gerade jetzt flammen wieder Diskussionen darüber auf, ob denn die Sanierung von Landesfinanzen ein politischer Inhalt sein könne, für den Sozialistinnen und Sozialisten eintreten sollten?

Für uns war immer klar, wenn wie in Berlin, ein Haushaltsnotstand das öffentliche Gemeinwesen bedroht, dann ist das genau der Moment, wo sich eine linke Partei wie die PDS auch bewähren kann. Denn keine politische Kraft in Berlin kommt an den harten Zwängen des Haushalts vorbei.

Die Differenz zwischen den Parteien wird dort deutlich, wo sie beim Sparen Grenzen ziehen, wie sie das wenige Vorhandene und für wen ausgeben.

### **Privatisierungen stoppt man nicht aus der Opposition**

Im Kern des Konfliktes steht dabei der öffentliche Sektor in Berlin. FDP und Grüne plädieren für eine Verschärfung des Personalabbaus. Vivantes, BVG, Teile der Berliner Polizeibehörde, die verbliebenen kommunalen Kitas, das Studentenwerk, die Wohnungsbaugesellschaften, das IT-Dienstleistungszentrum und selbst die BSR stehen auf dem Speisezettel entweder der einen oder der anderen oder aller beider Oppositionsparteien.

Während früher die Opposition von PDS und Grüne die Privatisierungspolitik der großen Koalition kritisierte, ist es heute die grüne Opposition, die vom rot-roten Senat

permanent den Rückzug des lokalen Staates fordert. Dass diese neoliberale Privatisierungsoffensive nicht stattfinden konnte, liegt daran, dass Rot-Rot regiert. Aus der Opposition heraus hätte die Linkspartei.PDS-Fraktion keine Privatisierungen verhindern können. Doch dies sind letztlich Entscheidungen auf Zeit. Welche Politik Berlin als Eigentümer, Unternehmer und Arbeitgeber macht, hängt nicht zuletzt vom Zustand der Unternehmen und den parlamentarischen Kräfteverhältnissen ab.

Diese Erfahrungen in der Auseinandersetzung um den öffentlichen Sektor sind für mich ein Grund, für die Fortsetzung der Regierungsbeteiligung zu plädieren.

### **Die Stadt an den Erfolgen der Konsolidierungspolitik beteiligen**

Einen weiteren Grund sehe ich darin, dass nun die Möglichkeit besteht, die Berlinerinnen und Berliner stärker an den Erfolgen des Konsolidierungskurses zu beteiligen. Wir haben im vergangenen Jahr finanziell besser abgeschlossen als geplant. Und in diesem Jahr haben wir allein im Januar 140 Millionen Euro mehr an Steuern eingenommen.

Ich finde allerdings, dass es einer gesellschaftlichen Debatte darüber bedarf, ob alle Mehreinnahmen auch in den Abbau des Defizits bzw. der Verschuldung fließen sollen. Nach fünf Jahren harten Sparkurses müssen die neuen finanziellen Spielräume für die soziale Stadtentwicklung genutzt werden.

Einer Verschärfung des Sparkurses, wie ihn Finanzsenator Thilo Sarrazin vor allem für die Bezirke will, sollten wir klar entgegenreten. Denn es gibt keinen Sachzwang,

nochmals 8.000 Stellen in den Bezirken abzubauen. Meiner Meinung nach geht es vielmehr um etwas anderes, nämlich um die Erweiterung der Zahl der Neueinstellungen im Öffentlichen Dienst.

Die Diskussion um die Zukunft und die Perspektive Berlins wird mit der Wahl am 17. September entschieden. Die Linkspartei.PDS-Fraktion kann an vielen Punkten klar machen, dass vor allem ihr Einfluss dafür gesorgt hat, dass öffentliche Unternehmen erhalten und Sparlasten gerecht verteilt wurden. Aber das reicht nicht. Ich denke, dass wir eine Politik der sozialen Stadtentwicklung nicht nur wieder stärker ins Zentrum stellen können, sondern, dass die materiellen Voraussetzungen dafür besser sind als vor fünf Jahren. Das ist ein Ergebnis unserer Regierungspolitik. ■

# UMZÜGE VERMEIDEN

Elke Breitenbach



Seit der Einführung der Hartz-IV-Gesetzes im Jahr 2005 kommen bundesweit die Kommunen für die Wohnkosten von Langzeitarbeitslosen auf, sofern diese »angemessen« sind. Unklar war bei Inkrafttreten des Gesetzes allerdings, was unter Angemessenheit zu verstehen ist, denn die damalige rot-grüne Bundesregierung hatte auf eine Definition verzichtet. Damit überließ sie es den Kommunen, Kriterien für die Angemessenheit der Wohnungskosten zu entwickeln. Viele Kommunen übernahmen die schon vorhandenen Regelungen der Sozialhilfe. Das führte dazu, dass die Wohnungen vieler Betroffener als zu teuer erachtet wurden und sie umziehen mussten.

In Berlin haben wir einen anderen Weg eingeschlagen: Wir wollten die Spielräume des Gesetzes so weit wie möglich ausnutzen und eine Regelung im Sinne der Betroffenen finden. Unser wichtigstes Ziel dabei war, dass die Betroffenen nicht umziehen müssen und damit aus ihrem sozialen Umfeld gerissen werden.

Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner erarbeitete einen entsprechenden Vorschlag. Anders als in den meisten anderen Kommunen wollte sie die tatsächlich gezahlte Miete und nicht die Größe der Wohnung zum Angemessenheitskriterium machen. Dies entspricht der Berliner Situation auf dem Wohnungsmarkt, wo es nach wie vor größere Wohnungen gibt, die günstiger als kleinere sein können. Darüber hinaus sah ihr Entwurf weitreichende Ausnahme- und Härtefallregelungen zum Beispiel für Alleinerziehende, Ältere oder auch für langjährige Mieterinnen und Mieter vor.

Finanzwirksame Ausführungsverordnungen wie die zur Übernah-

me der Wohnkosten von Langzeitarbeitslosen müssen im Berliner Senat immer auch mit dem Finanzsenator abgestimmt werden.

Dies war ein schwieriger Prozess, der auch in den öffentlichen Diskussionen großen Raum einnahm. Senator Sarrazin wollte wie anderen Orts auch lediglich die Sozialhilfe-regelung übernehmen und die Wohnungsgröße unabhängig von der Miethöhe als den bestimmenden Faktor ansehen. Auch lehnte er die vielen Ausnahme- und Härtefallregelungen ab. Gewerkschaften, Erwerbslosen-Gruppen und Initiativen, die sich gegen das Hartz IV Gesetz engagierten, stützten die Position der Sozialsenatorin, äußerten sich dazu öffentlich und trugen damit auch dazu bei, ihre Position in der Auseinandersetzung zu stärken.

## Brutto-Warmmiete ist entscheidend

Nach zähen Verhandlungen konnte ein Kompromiss gefunden werden, bei dem sich Heidi Knake-Werner in vielen Punkten durchsetzen konnte.

Bei der Berliner Regelung – der Ausführungsvorschrift (AV) Wohnen – gilt als einziges Kriterium für die Angemessenheit der Wohnkosten die Brutto-Warmmiete in Abhängigkeit von der Größe einer so genannten Bedarfsgemeinschaft, das heißt der Zahl der in einem Haushalt zusammen lebenden Menschen, in dem eine oder mehrere Personen Arbeitslosengeld II (Alg II) beziehen.

Danach ändert sich im ersten Jahr des Alg II-Bezugs nichts – alle bekommen die realen Kosten für bestehende Wohnungen gezahlt. Erst danach werden die Kosten überprüft. Hierbei geht es in erster Linie um die

Betriebskosten, die seit vielen Jahren steigen und der Hauptgrund für überhöhte Mieten sind.

Eine solche Überprüfung »von Amtswegen« kommt nicht nur den Betroffenen selbst sondern allen Mieterinnen und Mietern dieser Stadt zu gute, weil sie unberechtigte Betriebskosten ausfindig machen können.

Sollten die Kosten dann trotzdem höher sein als die Richtwerte, heißt das nicht, dass damit automatisch ein Umzug ansteht.

In begründeten Einzelfällen können die festgelegten Richtwerte um bis zu zehn Prozent überschritten werden, dies gilt insbesondere für Alleinerziehende und Schwangere, bei mindestens 15jähriger Wohn-dauer sowie bei wesentlichen sozialen Bezügen zum Beispiel für Kinder. Darüber hinaus existieren umfassende Härtefallregelungen, die insbesondere für Familien mit Kindern, Menschen mit Behinderungen und über 60jährige gelten.

Bevor es zu einer Aufforderung zum Umzug kommt, muss dem in jedem Fall eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorausgehen. Dabei wird geprüft, ob die Aufwendungen für einen Umzug – darunter fallen zum Beispiel mögliche Umzugskosten oder Kosten für eine Erstausrüstung der neuen Wohnung – geringer sind als die weitere Übernahme der höheren Wohnkosten für einen Zeitraum von zwei Jahren.

Und wenn die Kosten trotzdem über den Richtwerten bleiben, können die Betroffenen prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, die Kosten zu senken, zum Beispiel durch Untervermietung.

Wer seine Wohnung trotz höherer Kosten nicht verlassen möchte, hat die Möglichkeit, die Differenz



selbst zu zahlen, zum Beispiel aus zusätzlichem Einkommen oder aus Vermögen.

**Umzüge bleiben Einzelfälle**

Die Ausführungsverordnung Wohnen wird seit ihrem Bestehen kontrovers diskutiert. Ausgangspunkt der Debatte ist die Studie eines Stadtforschungsinstitutes, die die Lebensverhältnisse von Hartz IV-Haushalten in zwei Kreuzberger Kiezen untersuchte. Die Autoren haben ihre Erkenntnisse erst für Kreuzberg und dann für ganz Berlin hochgerechnet und kamen zu dem Ergebnis, dass in Berlin 50.000 bis 70.000 Familien umziehen müssten. Obwohl bei der Untersuchung sowohl die Ausnahme- und Härtefallregelungen als auch die Wirtschaftlichkeitsprüfung und die Überprüfung der Betriebskosten außen vor blieben, war das Ergebnis in der Welt, sorgte für große Aufregung und heftige Debatten.

Auf verschiedenen Diskussionsveranstaltungen haben uns Betroffene, Initiativen und andere Gruppen aufgefordert, konkrete Zahlen vorzulegen. Zu Recht erwarteten sie, dass wir die Wohnungsregelung anhand belastbarer Zahlen, das heißt der bestehenden Ist-Kosten verteidigten. Aber auch uns lagen zunächst nur Durchschnittsberechnungen vor. Ursache dafür war die Software der Bundesagentur für Arbeit, die die Höhe der Unterkunftskosten nicht auswerten kann.

Dies wäre nur manuell möglich gewesen, das hieß, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter hätten die Akten von rund 300.000 Bedarfsgemeinschaften in Berlin per Hand bearbeiten müssen. In einer Zeit, in der es noch immer Pro-

bleme mit der Auszahlung der Leistungen und der Bearbeitung der Anträge gab – im übrigen auch wegen des fehlerhaften Programms – war dies nicht umsetzbar. Diese Probleme gab und gibt es bundesweit, aber verständlicherweise sahen die Betroffenen dies nicht als ihr Problem und verlangten Fakten.

Die öffentlichen Diskussionen verblieben damit lange auf der Ebene von Behauptungen, und die Fronten verhärteten sich. Es gab und gibt jedoch auch Gespräche, mit dem Ziel Verunsicherung abzubauen und konkrete Hilfs- und Beratungsangebote für Betroffene zu entwickeln.

Diese Gespräche und auch die Ideen stecken noch in den Kinderschuhen, aber sie geben auch Anlass zur Hoffnung, wieder zu einem konstruktiven politischen Umgang zu kommen.

Mittlerweile liegen die ersten belastbaren Zahlen vor, die darauf hindeuten, dass nur wenige Menschen zum Umzug aufgefordert werden könnten. Im Bezirk Neukölln bei-

spielsweise gibt es mit über 41.500 Bedarfsgemeinschaften eine sehr hohe Zahl von Alg-II-Empfängenden. Bis Ende Februar erhielten hier etwa 150 Bedarfsgemeinschaften eine Aufforderung, die Wohnkosten zu senken. Dieser Brief heißt für die Betroffenen erst einmal, dass das vorgegebene Procedere beginnt: Betriebskosten werden geprüft, ebenso die Ausnahme- und Härtefallregelungen, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung wird vorgenommen und vieles mehr. Ein Umzug ist damit nicht automatisch verbunden.

Ähnliche Zahlen liegen inzwischen aus Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Tempelhof-Schöneberg vor.

Wir haben die wenigen Spielräume zugunsten der Betroffenen genutzt und ihnen vernünftige Hilfe und Beratung ermöglicht. Die Wohnungsregelung ist in Berlin der richtige Ansatz ist. ■

**Als Richtwerte wurden folgende Brutto-Warmmieten vereinbart:**

Personen pro BG <sup>1</sup>	Richtwert Brutto-Warm <sup>2</sup>	Das sind % der BG	Ø Ist 12/04 <sup>3</sup> (BSHG <sup>4</sup> )	Ø Ist 03/05 <sup>5</sup> (Alg II)	Anzahl BG
1	360 Euro	61,1	278 Euro	246 Euro	170.641
2	444 Euro	18,3	403 Euro	337 Euro	51.158
3	542 Euro	10,5	489 Euro	400 Euro	29.425
4	619 Euro	10,0	563 Euro	467 Euro	27.959
5	705 Euro		632 Euro	573 Euro	

- 1) BG: Bedarfsgemeinschaft (Mitglieder eines Haushaltes)
- 2) Warm-Miete Brutto-warm: monatliche Kaltmiete + kalte Betriebskosten + Heizkosten
- 3) Ist 12/04: durchschnittliche (warme) Wohnkosten für Sozialhilfeempfangende
- 4) BSHG: Bundessozialhilfegesetz, regelte die bisherige Sozialhilfe
- 5) Ist 03/05: durchschnittliche (warme) Wohnkosten für Arbeitslosengeld-II-Empfangende

Für jede weitere Person im Haushalt erhöht sich der Richtwert um 50 Euro. Bei selbst genutztem Wohneigentum werden die tatsächlichen Aufwendungen – außer den Tilgungsraten – erstattet.

# TEILHABEN UND MITENTSCHEIDEN

Peter-Rudolf Zotl



Vor allem auf Initiative der PDS waren in der rot-roten Koalitionsvereinbarung wichtige Schritte zur Ausprägung direkter Demokratie und einer bürgernahen Dienstleistungsverwaltung vereinbart worden. Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

## Vom Entwicklungs- zum Modellfall

Lange Zeit war Berlin das einzige Bundesland, in dem es direkte Demokratie in den Bezirken nicht gab. Die PDS hatte schon zu Oppositionszeiten entsprechende Gesetzesentwürfe eingebracht, aber erst nach Regierungsantritt von Rot-Rot konnte das Anliegen im Sommer 2005 realisiert werden. Das Gesetzespaket wurde neben der rot-roten Koalition auch von FDP und Bündnis 90/ Die Grünen getragen.

So wurde die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die notwendige Verfassungsänderung erreicht. Vor allem aber gab es ein fraktionsübergreifendes Signal, dass wir – ganz im Sinne unserer langjährigen Positionen – nicht schlechthin ein »Mehr an Demokratie« wollen, sondern die Bevölkerung direkt auffordern, Entscheidungen in die eigenen Hände zu nehmen. Berlin ist jetzt – so eine Studie des bundesweiten Vereins »Mehr Demokratie e. V.« – vom bis dahin letzten Platz eines Ländervergleiches an die Spitze vorgestoßen. Ja, es besteht sogar die Chance, die Bedingungen für Volksentscheide auf Landesebene ebenfalls in dieser Legislatur noch zu verbessern. Gelingt das, erlebt Berlin am Tag der nächsten Wahl, am 17. September 2006, eine Volksabstimmung.

Von nun an können die Bürgerinnen und Bürger in einem handhabbaren zweistufigen Verfahren

über alles selbst entscheiden, wozu die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Beschlüsse fassen kann; Ausschlussgründe gibt es nicht. Im Gegenteil: Um die Entscheidungsmöglichkeiten für die Bevölkerung auszubauen, wurden die Entscheidungskompetenzen der BVV noch deutlich erweitert. Festgelegt wurden sehr moderate Beteiligungsquoten: Ein Bürgerbegehren auf Durchführung eines Bürgerentscheides ist gültig, wenn drei Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen haben, und beim Bürgerentscheid müssen es nur 15 Prozent sein.

Ausschlaggebend ist dann die einfache Mehrheit der gültigen Stimmen; gesonderten Zustimmungsqoten – in fast allen anderen Bundesländern üblich – gibt es nicht.

In Berlin sind auch nicht wie anderswo Bürgerentscheide ausgeschlossen bzw. mit der Pflicht zu finanziellen Deckungsvorschlägen gekoppelt, wenn sie Auswirkungen auf den Haushalt haben. Es ist in Berlin lediglich erforderlich, dass eine Kostenprognose vorgelegt werden muss, um das Bewusstsein zu vertiefen, dass diese Kosten im laufenden Haushalt umverteilt werden müssen.

## Transparenz und Information

Öffentliche Bürgerfragestunden sind jetzt fester Bestandteil der BVV-Sitzung, und die Mitglieder des Bezirksamtes müssen Rede und Antwort stehen. Eingeführt wurde der Einwohnerantrag, bei dem ein Prozent der im Bezirk lebenden Einwohnerinnen und Einwohner – nicht nur der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger – ab dem 16. Lebensjahr die Besprechung eines Problems in der BVV erzwingen kann.

Die Bezirksämter wurden zur Einberufung von Einwohnerversammlungen verpflichtet, bevor eine Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung in den Entscheidungsprozess geht. Alle Rechte, die bislang nur den Fraktionen zustanden, gelten jetzt für jedes einzelne Mitglied der BVV. Jedes Mitglied der BVV hat ein Akteneinsichtsrecht, ohne dass dieses an eine aktuelle Angelegenheit der BVV oder des Ausschusses gekoppelt sein muss.

## Wahlalter 16

SPD, PDS, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP haben auch die Absenkung des kommunalen Wahlalters auf 16 Jahre – ebenfalls ein langjähriges Anliegen der Linkspartei.PDS – beschlossen und mit ihrer Zweidrittelmehrheit in der Landesverfassung verankert.

Damit erweitert sich auch der für Bürgerentscheide berechtigte Personenkreis. In den fünf anderen Bundesländern, in denen das kommunale Wahlalter ab 16 Jahren beginnt, ist dies lediglich durch das Landeswahlgesetz geregelt. Eine Verankerung in der Landesverfassung jedoch hat zur Konsequenz, dass diese Regelung nicht mehr mit einfacher Mehrheit zu kippen ist, wie es die CDU in Hessen, nachdem sie die absolute Mehrheit errungen hatte, tat. Die Berliner Lösung ist so ein Garant für Dauerhaftigkeit und Unumkehrbarkeit.

## Bürgerhaushalt

Im Bezirk Lichtenberg haben die Einwohnerinnen und Einwohner für 2007 selbst über die Verwendung von 30 Millionen Euro entschieden,



deren Verteilung der Bezirk steuern kann. Der Lichtenberger Bürgerhaushalt wurde als Pilotversuch für alle Berliner Bezirke durchgeführt, von Rot-Rot – und hier besonders von der Linkspartei.PDS – initiiert, gefördert und finanziert.

Bereits jetzt werden in sechs weiteren Berliner Bezirken Schritte hin zu Bürgerhaushalten gegangen. Hier entwickelt sich – politisch von uns gewollt – eine neue und zutiefst demokratische politische Kultur.

### **Bürgerschaftliches Engagement**

Wichtiges ist zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements getan worden. Gemeinsam mit der zentralen Freiwilligenagentur Berlins wurde die Praxis thematischer und ergebnisorientierter Runder Tische mit den Beteiligten installiert. In Berlin gibt es einen Freiwilligenpass, der die ehrenamtliche Aktivität und Qualifikation ausweist, sowie eine pauschale Haftpflicht- und Unfallversicherung für das Ehrenamt, was ansonsten nur noch in Baden-Württemberg existiert. Einschränkende Regelungen wurden aufgehoben. Im Rahmen von [www.berlin.de](http://www.berlin.de) wurde das Bürgerportal »Bürger aktiv« geschaffen.

### **Verwaltung als Dienstleister**

Im engen Zusammenhang mit dieser Politikreform stand die Verwaltungsreform, also der Umbau der Verwaltung zu einer bürgernahen Dienstleistungsverwaltung.

Vor allem mit dem 4. Verwaltungsreformgesetz wurden sinnvolle Instrumente entwickelt, um Verwaltungsdienstleistungen bürgergerecht und kosteneffektiv erbringen

zu können. Im Mittelpunkt standen die einheitliche Leistungsentwicklung der nunmehr 61 Berliner Bürgerämter, die Schaffung weiterer zentraler Anlaufstellen in Ordnungs- und Wirtschaftsfragen sowie der Ausbau der elektronischen Angebote.

Rot-Rot hat die Voraussetzungen geschaffen, dass Bürgerämter mobil werden und in entlegene Ortsteile, in Krankenhäuser und Seniorenheime – also hin zur Bevölkerung – kommen können.

### **Interkulturelle Kompetenz und Entbürokratisierung**

Die Aus- und Weiterbildung wurde qualifiziert, um die Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenz der Verwaltung zu stärken. Das Einbürgerungsverfahren wurde spürbar entbürokratisiert und beschleunigt, aus der Vergangenheit stammende »Altbestände« aufgearbeitet und die Ausländerbehörde einer intensiven Reform unterzogen.

Durch die zeitliche Befristung von Gesetzen und Rechtsvorschriften hat Rot-Rot erreicht, dass in Berlin – einmalig in der Bundesrepublik – nicht einmal mehr 400 Rechtsverordnungen in Kraft sind.

Dennoch gibt es vor allem aus der Wirtschaft nach wie vor die Forderung nach weniger Bürokratie. Gemeint ist aber oft, Regelungen zur Gleichstellung, zur Mitsprache, zur Sicherung sozialer und ökologischer Aspekte außer Kraft zu setzen.

Bei allem Bestreben, bürokratische Prozeduren weiter einzudämmen, werden wir solchen Forderungen auch weiterhin nicht folgen, weil sie eben nicht zu weniger Bürokratie, wohl aber zu mehr Willkür und Eigennutz führen.

### **Viel ist noch zu tun**

So steht in der nächsten Legislaturperiode die Entscheidung über einen Wechsel in der Bezirksamtsbildung nach dem Koalitionsprinzip (politische Bezirksämter) ebenso auf der Tagesordnung wie der experimentelle Verwaltungsumbau entsprechend der Bedürfnisse, die sich aus komplexen Lebenslagen der Bevölkerung ergeben.

Klären müssen wir, ob wir das kommunale Wahlrecht weiter demokratisieren, das Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger einführen, wie wir auf der Ebene der Hauptverwaltung konsequent das Kosten-Leistungs-Denken durchsetzen und ein wirkungsvolles Anreiz- und Sanktionssystem für die Verwaltungsmodernisierung – natürlich immer unter aktiver Beteiligung der Beschäftigten – schaffen. ■

# GEMEINSAM SIND WIR STADT

## Vera Vordenbäumen



Kein Zweifel – Berlin ist eine lebendige Stadt. Spannend für viele Menschen, die zum Leben und Arbeiten herziehen, attraktiv für Verbände und Unternehmen, die sich ansiedeln, inspirierend für Kultur und Medien. Ein großer Teil des Reizes von Berlin, leitet sich aus den Gegensätzen, Widersprüchen und Brüchen ab, die in der Stadt vereint sind.

Im Jahr 2004 sind uns sehr erhellend die in Berlin existierenden Gegensätze vor Augen geführt worden. Der Sozialstrukturatlas und das Monitoring Soziale Stadt bildeten detailliert die Lebenssituation der Berliner Bevölkerung ab. Alarmierend war und ist die in den Untersuchungen belegte Entwicklungsrichtung bestimmter Stadträume und die Lebenschancen der in ihnen wohnenden Menschen.

Arbeitslosigkeit, Armut, gesundheitliche Belastungen sowie Bildungsdefizite verstärken sich gegenseitig und sie konzentrieren sich räumlich. Davon betroffen sind vor allem Altbauquartiere in westlichen Innenstadtbezirken, aber auch Großsiedlungen, zunehmend auch im Nord-Osten Berlins. Was außerdem auffiel: in allen so gekennzeichneten Gebieten gibt es einen hohen Anteil Bewohnerinnen und Bewohner nichtdeutscher Herkunft.

Die in den Studien mit Tabellen und Karten plastisch illustrierten, negativen Entwicklungstendenzen in den genannten Stadträumen zogen eine wenig produktive, oft reißerische öffentliche Debatte nach sich. Von einer Verslumung der Stadt war die Rede, Neukölln wurde mit Rio gleichgesetzt und die Integration als gescheitert erklärt.

Der Linkspartei.PDS-Fraktion war wichtig, dieses zunehmende Ausein-

anderdriften der Stadtgesellschaft nicht einfach hinzunehmen, sondern nach Ansätzen und Lösungswegen zu suchen, um der Segregation etwas entgegen zu setzen.

Ein Instrument zur Bearbeitung der Probleme ist das Quartiersmanagement. Wichtig war uns allerdings, dass dieses zeitlich befristete Verfahren nicht allein stehen bleibt, dass die Bezirke ein größeres Mitspracherecht bei der Durchführung des Programms erhalten und dass die Ausrichtung der Maßnahmen überprüft wird.

Im Mai 2005 beschloss der Senat die strategische Neuausrichtung des Berliner Quartiersmanagements. Neben der Ausweisung von 16 neuen Gebieten der sozialen Stadt wurde auch die Erweiterung von zwei bestehenden Gebieten beschlossen.

Inhaltlicher Schwerpunkt sind künftig nicht mehr vorrangig baulich-investive Maßnahmen zur Gebietsaufwertung sondern vor allem Projekte und Maßnahmen in den Handlungsfeldern Bildung, Arbeit und Integration, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Lebenschancen der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadträume beitragen.

### Neue Rolle für Schulen im Kiez

Die Bildung stabiler Nachbarschaften, die lebendige soziale Gemeinschaft, in der sich die verschiedensten Bewohnergruppen akzeptiert und ernstgenommen fühlen, ist nichts, was administrativ verordnet werden kann. Deshalb ist dieser Prozess auf eine größtmögliche Beteiligung der Menschen angewiesen, die in den Quartieren leben. Dafür wurden durch »Mehr direkte Demokra-

tie« wichtige Voraussetzungen geschaffen.

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist für uns die ressortübergreifende Kooperation der verschiedenen Politikbereiche und Verwaltungen. Für die Verwaltungen auf Landes- und Bezirksebene scheint es häufig noch schwierig zu sein, diesen Anspruch der Kooperation und der abgestimmten Arbeit in die Praxis umzusetzen. Mit dem Stadteilzentrenvertrag konnte die Arbeit von Nachbarschaftshäusern und Stadteilzentren gesichert werden. Sind diese Häuser in den Gebieten der Sozialen Stadt angesiedelt, werden sie zukünftig stärker als bisher ihre Arbeit mit denen der Quartiersmanagement-Teams vernetzen.

Auch Kindertagesstätten und Schulen kommt eine neue Rolle zu. Beide Einrichtungen sollen sich in den Kiez öffnen und sich zu einem Ort der Begegnung der an ihnen beteiligten Menschen entwickeln. Mit der Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen im neuen Schulgesetz ist dafür der Rahmen geschaffen worden. Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Pädagoginnen und Pädagogen sollen gemeinsam über Profil und Konzept »ihrer« Schulen entscheiden. Eigenständigkeit heißt aber keinesfalls »Alleine sein«. Kitas und Schulen sollen und können mit Vereinen, Projekten und Institutionen der Jugendarbeit oder Familienbildung kooperieren. Sie können Angebote von Sportvereinen und/oder Initiativen von Elterngruppen in ihre Arbeit integrieren.

Aber auch stärkere Partner wie zum Beispiel Wohnungsbaugesellschaften oder die Industrie- und Handelskammer IHK sind gefordert und müssen in die Bemühungen zur



sozialen und ökonomischen Stabilisierung der benachteiligten Stadträume eingebunden werden.

Die Linkspartei geführte Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen hat die Handlungsmöglichkeiten der in allen 12 Bezirken existierenden Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit erweitert. Ihre Aufgabe ist es, durch die Beteiligung und Vernetzung der Akteure vor Ort, Initiativen und Ideen zu unterstützen, die Arbeitsplätze schaffen und damit gleichzeitig die lokale Wirtschaft stärken. Das Engagement des Landes Berlin bei der Förderung des sogenannten Dritten Sektors, unter anderem durch die Unterstützung sozialer Unternehmen, zeigt der Beitritt des Landes zum europäischen Netzwerk Reves und die Durchführung des Projektes »Aufbau einer Entwicklungsagentur für soziale Unternehmen« (BEST) in drei Quartiersmanagementgebieten.

### **Finanzieller Ausgleich und Konzentration der Mittel**

In Zeiten leerer Kassen kamen wir auch nicht umhin, über eine sinnvolle Konzentration der verbleibenden Ressourcen zu diskutieren.

Die Linkspartei.PDS hat auf einem Parteitag im Frühjahr 2005 hierüber diskutiert und gestritten. Wir waren uns darüber einig, dass in den Gebieten der Sozialen Stadt zum Beispiel Schulen eine andere Ausstattung brauchen, um ihren Schülerinnen und Schülern einen qualifizierten Schulabschluss zu ermöglichen als in Zehlendorf oder Köpenick. Wir waren uns auch darüber einig, dass sich künftig der Öffentliche Gesundheitsdienst mit gezielter Prävention und Gesundheitsförde-

rung da konzentrieren muss, wo die Gefährdungen und Gesundheitsdefizite am größten sind.

Um allerdings zu verhindern, dass die Konzentration von Ressourcen zu größeren Verlusten sozialer Substanz an anderen Stellen in der Stadt führt, setzt sich die Linkspartei.PDS-Fraktion für ein neues Finanzzumessungsmodell für die Bezirke ein. Wir wollen, dass einer gerechten Basisausstattung und sozialen Besonderheiten Rechnung getragen wird.

Eine zentrale Herausforderung bei der Überwindung von Ausgrenzung ist zweifellos auch, den Menschen nichtdeutscher Herkunft gleichberechtigte Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Artikulation ihrer Interessen zu gewähren. Dabei stehen wir in Berlin vor einer Reihe ernstzunehmender Probleme. Der erste Arbeitsmarkt ist als Integrationsmotor für die meisten Migrantinnen und Migranten unerreichbar geworden. Heute sind mehr als doppelt so viele Ausländerinnen und Ausländer in Berlin arbeitslos als Deutsche. Die Folge ist eine wachsende Verarmung, die Kluft zwischen den Bildungsabschlüssen von Kindern mit Migrationshintergrund und deutschen Kindern vergrößert sich. Die Migranten Communities reagieren in zunehmendem Maß mit Abgrenzung und Abschottungstendenzen.

### **Integration durch mehr Teilhabe**

»Vielfalt stärken – Zusammenhalt fördern« mit diesem Leitmotiv hat der Senat im Sommer 2005 unter der politischen Verantwortung von Heidi Knake-Werner ein Integrationskonzept für die Stadt vorgelegt. Mit diesem Konzept liegt zum ersten Mal eine zusammenfassende

Darstellung der Aktivitäten, der Ziele und Perspektiven der Berliner Integrationspolitik vor. Entscheidend ist hierbei die Definition des Gegenstandes: »Integration ist keinesfalls als vollständige Anpassung oder Assimilation an bestehende Bedingungen zu verstehen. Im Gegenteil ist Integration ein konstitutives Element städtischen Lebens und damit ein Prozess, an dem Zugewanderte und die Aufnahmegesellschaft beteiligt sind. Integration ist ein Prozess, der über Generationen geht, alle Bevölkerungsgruppen einbezieht und alle Felder gesellschaftlichen Lebens umfasst. Integration bleibt folglich Gestaltungsaufgabe von Politik und Bürgerschaft.«

Wir werden uns in den nächsten Monaten im Gespräch mit Migrantinnen und Migranten aktiv an der Konkretisierung notwendiger politischer Schritte und der Umsetzung der Ziele des Integrationskonzeptes beteiligen.

Die Linkspartei.PDS-Fraktion hat in dieser Legislaturperiode die Frage der sozialen Stadtentwicklung auf die Tagesordnung gesetzt. Für uns gilt auch zukünftig – nur gemeinsam sind wir Stadt! ■

# BESONNENHEIT ZÄHLT

Steffen Zillich



Berlins Innenpolitik und Berliner Polizei waren bis 2001 bundesweit bekannt dafür, Vorreiter in Sachen Repression sein zu wollen. Berliner Innensenatoren waren bundesweit bekannt als Scharfmacher: Lummer, Heckelmann, Schönbohm. Härte galt mehr als Transparenz und Bürgerfreundlichkeit. Für die PDS war mit Beginn der Koalition klar, dass wir uns daran messen lassen müssen, ob es gelingt, in der Politik der Öffentlichen Sicherheit einen Kurswechsel zu beginnen. Sowohl in der Arbeit der Sicherheitsbehörden als auch im öffentlichen Klima. Ein wichtiger und umkämpfter Punkt war hierbei die Sicherheitsgesetzgebung.

Doch erinnern wir uns: Der Start der Koalition zwischen SPD und PDS in Berlin fand sicherheitspolitisch im Schatten der schrecklichen Anschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York statt. Die Koalitionsverhandlungen wurden in einer Zeit größter Verunsicherung geführt. Die Möglichkeit solch monströser Anschläge wurde allen vor Augen geführt und die Politik suchte aufgeregt – oft genug symbolisch – nach Antworten darauf. Sicherheitspolitisch schien in der hektisch geführten Debatte alles möglich und vieles wurde in den so genannten Otto-Katalogen von Ex-Innenminister Otto Schily umgesetzt. Konservative und die rot-grüne Bundesregierung überboten sich im Präsentieren von Vorschlägen aus der Kompetenzwunschlister der Sicherheitsbehörden.

Ob die geforderten Sicherheitsmaßnahmen überhaupt einen Beitrag zur Terrorismusbekämpfung hätten leisten können, wurde kaum gefragt. Mahnende Worte über

Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit galten wenig.

Trotzdem gelang es PDS und SPD in Berlin seinerzeit eine Koalitionsvereinbarung zu verhandeln, die sich von dieser Hektik nicht anstecken ließ, die starke bürgerrechtliche Akzente setzte und eine Trendwende in der Politik der öffentlichen Sicherheit versprach. Die Reaktion von konservativer Seite blieb nicht aus: »Sicherheitsrisiko« wurde Rot-Rot gescholten. Zumindest die Liberalen und Bürgerrechtler aus FDP und Grüne zollten überrascht Anerkennung.

## Polizeibefugnisse nicht erweitert

Unser Anspruch bestand seine erste Bewährungsprobe bei der landesgesetzlichen Umsetzung der »Otto-Kataloge«. Hier ist es uns gelungen, nicht nur die eindeutig liberalste Regelung aller Bundesländer durchzusetzen: Es gab nicht wie in anderen Bundesländern eine groß angelegte Erweiterung der Befugnisse des Verfassungsschutzes auf neue Bereiche wie der Organisierten Kriminalität. Die bundesgesetzlichen Befugnisserweiterungen wurden unter anderem durch die Einführung der Voraussetzung »Gefahr für Leib und Leben« sehr eingeschränkt umgesetzt, einen so genannten IMSI-Catcher wird es in Berlin nicht geben.

Und wir haben entsprechend einer alten Forderung der PDS erreicht, dass wenn schon eine Abschaffung der Geheimdienste nicht durchsetzbar ist, deren Befugnisse zum Einsatz bestimmter geheimdienstlicher Mittel durch die Einführung der so genannten Aggressionsklausel auf aggressiv kämpferische Bestrebungen oder solche, die Gewalt billigen,

beschränkt wurden. Das ist einmalig in der Bundesrepublik.

Auch im Bereich der polizeilichen Befugnisse wurde die bürgerrechtliche Handschrift der PDS sichtbar:

■ Es gibt in Berlin keine Videoüberwachung öffentlicher Räume, sondern entsprechend der Koalitionsvereinbarung die Möglichkeit der Videoüberwachung besonders gefährdeter Objekte wie Synagogen oder jüdischer Friedhöfe in eng gezogenen Grenzen.

■ Entsprechend des mehrheitlichen Willens der Fraktion wurde mit dem Mittel der »Wegweisung« die Möglichkeit eröffnet, vor allem gewalttätige Männer aus der ehelichen Wohnung zu weisen. Dies wurde verknüpft mit umfangreichen Fortbildungsmaßnahmen für die Polizei und einem sehr erfolgreichen Programm zur Bekämpfung häuslicher Gewalt.

■ Wir haben im Berliner Polizeirecht die Definition der Straftaten von erheblicher Bedeutung von einer Generalklausel auf einen klar umgrenzten Straftatenkatalog umgestellt. Dies ist deshalb wichtig, weil sich an das Vorliegen oder Drohen von Straftaten mit erheblicher Bedeutung viele Möglichkeiten für die Polizei knüpfen, in die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern einzugreifen.

■ Der von konservativer Seite immer wieder geforderte »Finale Rettungsschuss« für die Polizei wurde nicht eingeführt.

Im Jahr 2004 ist etwas gelungen, was der damalige Innenexperte der Bündnisgrünen, der Oppositionspolitiker Wolfgang Wieland, zu recht als historisch bezeichnet hat: Neben einer Ergänzung des Kataloges der Straftaten von erheblicher Bedeutung für die Bekämpfung insbesondere von Sexualstraftaten, von

rechtsextremer, Hooligan- und Türsteherkriminalität haben wir die Schleierfahndung abgeschafft und die Rasterfahndung eingeschränkt.

Die Schleierfahndung erlaubt es, auch ohne das Vorliegen einer Gefahr oder des Verdachts einer Straftat Menschen zu kontrollieren und zu durchsuchen, die Unschuldsvermutung wird dabei auf den Kopf gestellt. Gegen die Einführung der Schleierfahndung haben wir Ende der 1990er Jahre zusammen mit den Grünen und Bürgerrechtsorganisationen gekämpft. Dass wir sie nun abgeschafft haben, ist in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik beispiellos: Es war das erste Mal, dass es gelang, statt Eingriffe in Bürgerrechte weiter auszuweiten, eine Polizeibefugnis, die bürgerrechtlich bedenklich oder schlicht unsinnig ist, wieder abzuschaffen.

Bei der Rasterfahndung werden die Daten tausender unbescholtener Bürgerinnen und Bürger durchforstet und zusammengefasst, um eventuell zufällig Verdächtige oder Menschen, von denen Gefahren ausgehen, herauszufiltern. Eine Rasterfahndung wurde in Berlin nach dem 11. September 2001 noch unter dem rot-grünen Übergangssenat durchgeführt. Sie erzielte erstens keine Ergebnisse und war zweitens aus bürgerrechtlicher Sicht eine Geschichte von Pannen und Absurditäten. Wir haben deshalb höhere Hürden für Rasterfahndungen aufgestellt und stärkere Kontrollmöglichkeiten gesetzlich verankert.

Zur Veränderung des Klimas in Berlin zählt auch, dass der Berliner Senat und die ihn tragende Koalition vernehmbar ausgestiegen sind aus dem verbreiteten Verhaltens-

muster, wann immer öffentlich neue oder auch nur altbekannte Bedrohungsszenarien diskutiert oder heraufbeschworen werden, reflexhaft nach neuen Kompetenzen für Sicherheitsbehörden und neuen Einschränkungen der Freiheit von Bürgerinnen und Bürgern zu rufen.

### Klimawandel bei Sicherheitsbehörden

Statt dessen ist mehr und mehr Besonnenheit eingekehrt und man nimmt sich den Raum für die Prüfung: Was hilft tatsächlich wogegen? Und welcher Eingriff in die Rechte von Bürgerinnen und Bürger ist gerechtfertigt und welcher nicht?

Dass dies aber auch in der Koalition nicht ohne Konflikte abgeht, zeigt die Debatte um die Videoaufzeichnung auf Bahnhöfen: Während wir im öffentlichen Raum gesetzlich der Videoüberwachung einen Riegel vorgeschoben haben, gilt bei der BVG deren Hausrecht und wir haben als Land gesetzlich keinen Zugriff. Hier ist es uns nicht gelungen, den Maßstab der nüchternen Analyse und der konkreten Begründung der Zweckmäßigkeit gegen die pauschale Forderung nach mehr Videoüberwachung durchzusetzen.

Dennoch: Der Kurswechsel ist gelungen. Die Maßstäbe in der Berliner Politik mit Blick auf die Öffentliche Sicherheit haben sich verändert.

Die Linkspartei.PDS hat es geschafft, in der rot-roten Koalition als sozialistische Bürgerrechtspartei bundesweit Maßstäbe zu setzen. In diesem Bereich jedenfalls ist ein Mentalitätswechsel gelungen, trotz Terrorangst und Sicherheitspanik. ■



# VERÄNDERUNG GEHT WEITER

Siglinde Schaub



Jedes Jahr müssen in Berlin etwa 14.500 Schülerinnen und Schüler eine Klassenstufe wiederholen; viele von ihnen werden »nach unten« im Schulsystem bis zur Hauptschule »durchgereicht«, und jedes Jahr verlassen mehr als 3.500 von ihnen die Schule ohne einen Abschluss.

Fast alle haben sie das »Pech«, in sozial schwachen Familien, zudem noch in Familien mit Migrationshintergrund zu leben. Der Misserfolg beim Lernen ist deprimierend. Er erzeugt Null-Bock-Stimmung und Burn-out-Syndrom. Dabei setzt das Land Berlin erhebliche Mittel ein, die Auswirkungen fehlender Chancengleichheit zu mildern. Der »Reparaturbetrieb« allein für die Wiederholer (»Sitzenbleiber«) kostet jedes Jahr mehr als 92 Millionen Euro (ohne Sonderschüler). Vom Aufwand für das Nachholen von Abschlüssen oder das Erreichen von Ausbildungsfähigkeit gar nicht zu reden.

## Schulgesetz bringt positive Veränderungen

Dass die Berliner Schule ein anderes Verständnis vom Lehren und Lernen braucht, von Schule überhaupt – das haben wir im Januar 2002 mit der SPD im Koalitionsvertrag vereinbart. Entstanden ist daraufhin in schwierigen Verhandlungen ein neues Schulgesetz für Berlin, an dem Koalitionen vor uns immer gescheitert waren. Obwohl mir und vielen meiner Genossen das Schulgesetz noch nicht weit genug geht, zeigt es seit seinem Inkrafttreten vor zwei Jahren Möglichkeiten für positive Veränderungen an den Schulen. Es ist zu einer besonderen Herausforderung für Schulleitungen, für Lehrerinnen und Lehrer geworden.

Was wird sich bis zum Beginn des Schuljahres 2006/07 verändert haben?

■ Schulen haben mehr Eigenverantwortung, insbesondere die Schulkonferenz hat wesentliche Rechte für die Schulentwicklung und Gestaltung des schulischen Lebens erhalten; die Schule hat Einfluss auf Stellenbesetzungen, auf den Umgang mit den variablen Teilen der Rahmenlehrpläne.

■ Alle Grundschulen sind verlässliche Halbtagsgrundschulen, das heißt, Schüler werden bis 13.30 Uhr in der Schule beitragsfrei betreut und gefördert, wenn ihre Eltern es wünschen. Darüber hinaus wird die Ganztagsbetreuung in offener und gebundener Form weiter ausgebaut. Die Schule trägt Verantwortung für die pädagogisch-inhaltliche Gestaltung des Ganztagsbetriebes (Horte an die Schulen).

■ Seit dem Schuljahr 2005/06 kommen alle Kinder, die im jeweiligen Kalenderjahr sechs Jahre alt werden, gemeinsam zur Schule (das heißt die jüngsten sind dann erst fünfeneinhalb Jahre alt) und können die Flexible Schulanfangsphase je nach ihrem Lerntempo in bis zu drei Jahren durchlaufen, ohne negative Anrechnung auf ihre Schulzeit. Zurückstellungen gibt es nur noch ganz selten. Ab 2006/07 werden die Gruppen bzw. Klassen dann mit den neuen Anfängern gemischt; es wird jahrgangsübergreifend gelernt, was erfordert, individuelles Lernen für jedes Kind zu organisieren.

■ In den Klassen 5 und 6 gibt es ein Fach Naturwissenschaften, das die Erfahrungen der Kinder aufnehmend auf die späteren Fächer Biologie, Physik und Chemie vorbereiten soll.

■ Das Sitzenbleiben ist nur noch die letzte Möglichkeit. Wir hätten es gern »abgeschafft« ebenso das Probehalbjahr zu Beginn der 7. Klasse. Schulen sollten für ihre Schüler verantwortlich sein und sie auch zum Abschluss führen, statt sie nach unten durchzureichen. Lehrer müssen jetzt für ihre Schüler mit Lernschwierigkeiten Förderpläne zum Erreichen des Klassenziels aufstellen.

■ Neue Rahmenlehrpläne gelten für die Grundschule schon seit zwei Jahren, für die Sekundarstufe I (Klasse 7 bis 10) ab kommendem Schuljahr. Sie folgen den Erfahrungen der PISA-Studien und formulieren zu erreichende Kompetenzstufen, anstatt zu behandelnden Stoff vorzugeben. Sie sind zu 60 Prozent verbindlich und räumen mit 40 Prozent der jeweiligen Schule in eigener Verantwortung Gestaltungsspielräume ein.

■ Am Ende der 10. Klasse kann in allen Schulformen (Hauptschule bis Gymnasium) der Mittlere Schulabschluss erworben werden. Er ersetzt zum Beispiel den Realschulabschluss. Für den Übergang zur Sekundarstufe II ist er Bedingung. Die schriftlichen Prüfungen (Deutsch, Mathe, erste Fremdsprache) sind zentrale Aufgaben; neu als Prüfungskomponente ist die Präsentation eines vom Schüler in Abstimmung mit dem entsprechenden Fachlehrer selbst gewählten Themas.

■ Das Abitur kann künftig in 12 Jahren erworben werden (beginnend mit der jetzigen Jahrgangsstufe 7). Auch 11 und 13 Jahre sind unter bestimmten Bedingungen möglich.

■ In den Klassen 7 bis 10 gibt es ab 2006/07 pro Woche zwei Unterrichtsstunden mehr. Das ergibt sich aus der von der Kultusministerkonferenz vorgegebenen Stundenzahl bis



zum Abitur. Diese Verstärkung lässt Berlin allen Schülern dieser Jahrgänge zu Gute kommen, nicht nur den Abiturienten. Sie wird für das neue in der Bundesrepublik einmalige Unterrichtsfach zur interkulturellen und ethischen Bildung, das fortan unter dem Namen »Ethik« angeboten wird, eingesetzt.

### **Neue Herausforderungen für Lehrerinnen und Lehrer**

Oft höre ich auf Veranstaltungen, dass weitere Veränderungen nötig seien, aber »bitte nicht wieder alles auf einmal«. Anderen gehen unsere Maßnahmen wiederum nicht schnell und nicht weit genug. Fünf Jahre Regierungsbeteiligung, noch dazu in einem Haushaltsnotlageland, können nicht ausräumen, was in der ganzen Bundesrepublik mehr als fünfzehn Jahre lang versäumt wurde. Bildung ist einer der wichtigsten Faktoren für die weitere Entwicklung und Zukunftsfähigkeit Berlins.

Bildung hat für die Linkspartei.PDS-Fraktion auch künftig Priorität. Wir wollen, dass alle Kinder, die jetzt eine reformierte, bessere Schule in Berlin besuchen können, nach der Grundschule, also ab 2011/2012, auch eine veränderte weiterführenden Schule vorfinden. Wir werden deshalb in den Wahlkampf mit dem Ziel gehen, das gegliederte Schulsystem zu überwinden. Wir wollen eine integrative Schule nach skandinavischem Vorbild. Wir wollen eine Schule, in der Kinder länger gemeinsam lernen und in der sie besser und individueller gefördert werden als dies bislang der Fall ist. Wir halten das für machbar, wenn trotz zurückgehender Schülerzahlen in den kommenden Jahren genauso-

viel Geld und Personal für die Berliner Schulen wie bislang eingesetzt werden können. Dafür werden wir streiten.

Ein wichtiger Schlüssel für die so dringend erforderlichen Qualitätsverbesserung in der Schule wird dabei ein neues Rollenverständnis ihrer Akteure sein. Es wird vor allem Lehrerinnen und Lehrern abverlangt werden, die heute mit wachsenden bürokratischen Aufgaben und gestiegener Unterrichtsverpflichtung belastet sind, deren Ausbildung durchschnittlich 25 Jahre zurück liegt, die bislang gehalten sind, Schüler in die »passende« Schule zu sortieren und gleichzeitig die Arbeit von Sozialpädagogen oder Psychologen mit erledigen sollen.

Mit der von der Linkspartei.PDS-Fraktion angestrebten Strukturveränderung müssen also auch weitere Veränderungen bei der Lehrerbildung einhergehen. Die schon in Kraft getretene Reform der Lehrerbildung beinhaltet ja nicht nur Strukturänderungen in Form der Bachelor- und Masterstudiengänge, sondern hat pädagogisch-didaktische und schulpraktische Anteile von Anfang an. Das reicht noch nicht aus.

Die einfache Erkenntnis, eine Lehrerin bzw. ein Lehrer müsse vor allem auch Fachfrau bzw. Fachmann für Lernen und Bildung sein und nicht nur ihr/sein Fach beherrschen, hat sich noch immer nicht durchgesetzt, weshalb es in absehbarer Zeit keine Pädagogische Fakultät oder wenigstens ein Lehrerbildungszentrum für die vier Berliner Universitäten geben wird. Wir werden weiter daran arbeiten.

Schließlich ist nicht ausgeschlossen, dass nicht nur Schülerinnen und Schüler in Berlin »skandinavisch

schlau« werden. Ich fände es jedenfalls großartig, wenn jene Visionen, die junge Autoren im Auftrag des Deutschen Industrie- und Handelskammertags mit Blick auf das Jahr 2015 unter dem Titel »Lehrer sein heißt, Kindern Flügel zu verleihen« formuliert haben, in Berlin durch die Politik der Linkspartei.PDS maßgeblich Realität werden würden. ■

# SANIERT STATT PRIVATISIERT

Klaus Lederer



Nach den letzten Berliner Wahlen 2001 war Rot-Rot bereit, jenes Erbe anzutreten, das die Politik der Großen Koalition aus den Neunziger Jahren der Stadt hinterlassen hatte. Insbesondere die »Berliner Bankgesellschaft« gilt als Synonym für eine verheerende öffentliche Unternehmenspolitik. Doch die Bank war nur die Spitze des Eisberges. Nicht weniger katastrophal sah es in anderen städtischen Betrieben aus. Die großwahnwitzige langjährige Berliner Praxis hatte nahezu überall Trümmer hinterlassen.

Die Aufklärung von Ursachen und Verantwortlichkeiten nimmt uns auch fünf Jahre später noch immer in Anspruch. Viel Arbeit galt der Analyse und Untersuchung von Unterlagen und Dokumenten, der Befragung von Zeugen, der Aufarbeitung von Vorgängen. Zuerst der Banken-Untersuchungsausschuss und später auch der zum Tempodrom waren die wohl wichtigsten und bekanntesten Parlamentsgremien, in denen unsere Fraktionsmitglieder an der Aufdeckung fehlerhafter Stadtpolitik gearbeitet haben. Dieser Blick zurück war kein Selbstzweck sondern Quelle von Initiativen für eine vernünftige Politik zur Zukunftsgestaltung Berlins.

## Klares Bekenntnis zu BSR, BVG, Vivantes und Charité

Die PDS, heute Linksfraktion, war Motor für den neuen rot-roten Umgang mit dem öffentlichen Sektor. Andere Parteien im Abgeordnetenhaus wie die FDP, die CDU und auch Teile der Grünen fanden es naheliegend, die fehlgesteuerten, defizitären und vor allem intransparenten Anstalten, Aktiengesellschaften, GmbHs oder Be-

triebe einfach zu verkaufen. Auch in der SPD gab es hierfür einige Schwächen. Schließlich war sie in der Vergangenheit Teil der Großen Koalition. Und Privatisierung war bei Problemen jahrelang die Antwort der herrschenden Berliner Politik.

Die Linke hat es sich zur Aufgabe gemacht, für den Erhalt der wichtigen Unternehmen einzutreten, auf die die Berlinerinnen und Berliner angewiesen sind. Öffentliche Leistungen machen eine Stadt erst aus. Die Stadtpolitik muss hier mitbestimmen können, wo es langgeht. Sonst verliert Demokratie ihren Sinn.

An erster Stelle standen deshalb der Kampf um ökonomische Stabilität, öffentliche Einflussnahme und damit gegen eine Privatisierung der lebenswichtigen Leistungen. Die Krankenhäuser von Vivantes und der Charité sind genauso wie unsere städtischen Wohnungsunternehmen »erstklassige Privatisierungskandidaten«. Denn für sie gibt es einen Markt. Das bedeutet, es stehen einige private Konzerne an der Türschwelle, die sich eine Übernahme lieber heute als morgen einiges kosten lassen würden. Dass es dazu – mit Ausnahme des zur Abwendung einer Notlage verabredeten GSW-Verkaufs – nicht kam, musste erkämpft werden. Nicht nur gegen andere politische Vorstellungen und Triebkräfte.

Es war nötig, etwas für das Überleben der Unternehmen zu tun. Denn ist die Lage schwierig, heißt die Alternative oftmals nicht »Privatisierung oder öffentliche Trägerschaft«, sondern »Privatisierung oder Insolvenz« – mit der Folge der Zerschlagung oder Filetierung und Veräußerung an Private. Vivantes konnten

wir unter anderem erhalten, weil wir mit den Beschäftigten gemeinsam über die Erhaltung des Konzerns nachgedacht und einen Notlagentarif vereinbart haben. In der Charité steht dies noch aus. Die Opern Berlins konnten gesichert werden, weil sie in neuer Struktur zusammengeführt wurden. Hier haben sich mit Heidi Knake-Werner und Thomas Flierl, eine Senatorin und ein Senator mit unserem Mandat, unterstützt durch die linke Fraktion, erfolgreich geschlagen.

Es gibt auch zukünftig keine Garantie für die Erhaltung unserer öffentlichen Unternehmen. Wie sollen zwei große Krankenhausunternehmen in der Berliner Landschaft nebeneinander existieren, ohne sich auf Kosten des jeweils anderen über Wasser zu halten? Wie kann die Wohnungsinfrastruktur erhalten werden, ohne von ihren Zinslasten aufgefressen zu werden? Solche Fragen stehen im Raum. Sie ergeben sich aus der öffentlichen Verantwortung für die Leistungen Berlins und werden in den kommenden Monaten und Jahren beantwortet werden müssen. Aber – wir können sie noch beantworten! Das war angesichts der Berliner Lage alles andere als selbstverständlich. Es ist ein Ergebnis unserer Politik.

Auch andere Unternehmen kamen nicht aus den Negativschlagzeilen: Messe Berlin, Berliner Stadtreinigung – hier war die Unternehmenspolitik undurchsichtig, gewagt und nicht tragfähig, stand der Umgang mit öffentlichen Mitteln oder Gebühren in trübem Licht. Wirtschaftsminister Harald Wolf und die Fraktion haben dafür gesorgt, dass der BSR-Gebührensandal und die Geschäftspolitik der Mes-



se Anlass für ein Umsteuern waren: personelle Konsequenzen wurden gezogen, belastbare Konzepte erarbeitet. Die falsch berechneten BSR-Gebühren sind zurückgezahlt. Der BSR-Chef wurde, weil er den neuen Anforderungen nicht entsprach, fristlos entlassen. Auch das ist neu, dass man sich von unfähigen Managern eines Landesunternehmens trennt, anstatt sie auf Kosten und zu Lasten der Steuerzahler auf dem Posten zu lassen. Auch die Investitionsbank IBB, vor fünf Jahren noch Teil des Skandalbankenkonsortiums, wurde erhalten. Nun ist sie aus der Bankgesellschaft herausgelöst und erfüllt, anstatt abenteuerliche Großprojekte abzuwickeln, öffentliche Wirtschaftsförderaufgaben für die Region Berlin.

### **Mehr Transparenz und Kontrolle ermöglicht**

Eine Politik für leistungsfähige öffentliche Dienstleistungen ist auf Transparenz und Kontrolle dringend angewiesen. Die Beschäftigten wie die Menschen in der Stadt müssen wissen, welches Geld für welchen Zweck gebraucht und eingesetzt wird. Sonst lässt sich gerade in schwierigen Zeiten nicht über die Unternehmensperspektiven diskutieren. Früher war das allein Sache der Verwaltungen. Wir aber standen und stehen für eine wirksame parlamentarische Kontrolle des städtischen Unternehmenssektors.

Deshalb gibt es seit 2004 in Berlin einen schriftlichen qualifizierten Beteiligungsbericht für alle Unternehmen. Er bietet Übersicht über die Eigentümerstrategie, Kennziffern und die wirtschaftliche Lage sowie die Unternehmensstrukturen.

Ein neuer Ausschuss des Abgeordnetenhauses, der Beteiligungsausschuss, beschäftigt sich sachkundig, detailliert und kontinuierlich mit der Situation der großen städtischen Unternehmen von den Bäder-Betrieben bis zu den Wohnungsbaugesellschaften. Die vom Berliner Senat im gleichen Jahr verabschiedeten Beteiligungshinweise sichern ausdrücklich auch die Einflussnahme der Regierung und des Parlaments, indem sie neue Instrumente der Steuerung und Pflichten für Transparenz in der Unternehmensleitung verankern. Diverse Aufsichtsrats- und Vorstandspositionen wurden neu besetzt. Nicht zuletzt haben statt ursprünglich vier Prozent jetzt 28 Prozent aller Aufsichtsratsitze Frauen inne. Unsere Fraktion hat bei diesen Initiativen den Rat von Transparency International eingeholt, einer Vereinigung, die weltweit gegen Korruption und Filz engagiert ist.

Der Verquickung von öffentlichen und privaten Interessen wird inzwischen mit Offenlegungs- und Informationspflichten für politische Entscheidungsträger und Bewerber um Führungspositionen in Berlins Unternehmen vorgebeugt. Das Land kann gegen derartige Entscheidungen der Aufsichtsräte Veto einlegen, bevor sie gefallen sind. Die Mitglieder der Aufsichtsräte sind zwar unabhängig, müssen aber nun als Landesvertreter auch Berichte über ihre Tätigkeit erstatten und Leitlinien der Unternehmenspolitik beachten. Dies ist neu, man mag es nicht glauben! Einstmals erschien das Aufsichtsratsmandat als Auszeichnung für privilegierte städtische Klientel oder für ausgesiedelte Berufspolitiker.

Schwierige ökonomische Prozesse lassen sich nicht ohne öffentliche

Sachkunde überwachen. Dies ist auch eine Lehre der jüngeren Berliner Vergangenheit. Seit 2001 haben wir im Parlament den Aufbau eines Beteiligungsmanagements in der städtischen Verwaltung befördert und begleitet. Es ist sowohl Instrument der öffentlichen Kontrolle als auch ein Frühwarnsystem für Schieflagen und Probleme der Unternehmen. Turnusmäßige Wechsel der Wirtschaftsprüfung und erweiterte Rechnungshofkontrolle ergänzen den Kanon der Steuerung unserer Unternehmen.

Schließlich haben wir noch im Jahr 2006 ein Gesetz zur Einführung eines Korruptionsregisters verabschiedet. Es ist eine Sammelstelle, die verhindern soll, dass bei der öffentlichen Auftragsvergabe durch Verwaltung und Landesunternehmen solche Firmen den Zuschlag erhalten, die in der Vergangenheit korruptiv aufgefallen sind. Diese privaten Firmen können dann gelöscht werden, wenn sie Vorkehrungen gegen Korruption im Geschäftsbetrieb nachweisen. So macht Berlins öffentliche Politik möglicherweise sogar im privaten Sektor Schule.

Eine solche Bilanz spricht jedenfalls für sich. Damit ist nicht gesagt, dass alles getan wäre. Fortsetzung folgt? ■

# EIN FACH FÜR ALLE

Carola Bluhm



Seit Jahren wird in Berlin um einen so genannten »Werte vermittelnden Unterricht« gestritten. So auch in dieser Legislaturperiode. Ereignisse von der »Kopftuch-Debatte« bis zu den eindeutig zu verurteilenden »Ehrenmorden« lösten Diskussionen um die »Wertevermittlung« insbesondere in der und durch die Schule aus.

In diesem Zusammenhang wurde dann auch beständig die Stellung des Religionsunterrichts in der Berliner Schule zum Thema. Insbesondere Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, aber auch konservative Bildungspolitikern und -politiker erhoben dabei immer wieder – meist um die Weihnachtsfeiertage herum – die Forderung, den »bekenntnisorientierten Religionsunterricht«, der in Berlin freiwillig ist und in Verantwortung der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften stattfindet, zu einem regulären und staatlich verantworteten Fach zu machen. Diese Forderung haben wir immer abgelehnt und dabei sind wir auch geblieben.

Trotzdem blieb die Frage: Mangelt es der Gesellschaft an Werten, an solidarischen, kulturellen, menschlichen? Und: Sollten die Schulen mehr Wert auf die Vermittlung solcher Werte legen?

Von den 320.000 Schülerinnen und Schülern haben schließlich bislang knapp 200.000 überhaupt keinen Werteunterricht aus dem freiwilligen Angebot an den Schulen in Anspruch genommen. In den Klassen 7 bis 10 besuchen nur 26 Prozent der religionsmündigen Schülerinnen und Schüler einen Weltanschauungs- oder Religionsunterricht. Und ab Klasse 11 sind es nur noch sechs Prozent. Das heißt, 74 Prozent der Schülerinnen und Schüler

erfahren bisher außerhalb des Fachunterrichts nichts Systematisches und Altersangemessenes über die Grundlagen unserer pluralistischen Gesellschaft aus ethischer Sicht und über das Miteinander unterschiedlicher Religionen und Kulturen. Es musste also mehr passieren. Alle mal in Berlin, einer multikulturellen Stadt mit internationalem Flair und nationaler Vielfalt. Gerade der Alltag zeigte immer wieder: Multikulti ist nicht nur Folklore und Toleranz kein Sonntagsgebot. Damit verbinden sich Ansprüche und Herausforderungen.

Die Linkspartei.PDS-Fraktion hatte deshalb für ein neues Unterrichtsfach an den Berliner Schulen, in dem es um »Lebensgestaltung, Ethik und Kulturen« gehen sollte, plädiert und dafür im Frühjahr 2005 einen eigenen Vorschlag vorgelegt.

Ein solches Fach sollte Wissen vermitteln und keine Bekenntnisse fordern. Das unterschied unseren Vorschlag übrigens vom herkömmlichen Religions-Unterricht – egal, mit welcher Glaubens-Lehre ein solcher verbunden einhergeht.

Genau wie »Mathe« oder »Geschichte« sollte unser Angebot ein Fach sein, das Pflicht für alle Schülerinnen und Schüler sein müsste. Es wurde der Anspruch erhoben, Wissen zu vermitteln über Lebensweisen, über Kulturen, über die großen Weltreligionen sowie über Grundwerte unserer Gesellschaft.

Ihre Vorstellungen für das neue Fach hat die Linkspartei.PDS-Fraktion intensiv diskutiert und in folgenden Eckpunkte festgehalten:

■ In einer multikulturellen Stadt wie Berlin mit dreieinhalb Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern aus über hundert Nationen muss auch

die Schule einen eigenständigen Beitrag für die Grundlagen eines friedlichen und solidarischen Zusammenlebens leisten.

■ Interkulturelle Dialogfähigkeit zählt in einer globalisierten Welt zu den wichtigsten Kompetenzen. Als Anfang des Jahres eine Projektgruppe der Berliner Linkspartei.PDS-Fraktion das Konzept für ein neues Unterrichtsfach entwarf, erhielt es deshalb auch den Arbeitstitel »interkulturelle Bildung«.

■ Das neue Fach sollte Raum geben, sich mit verschiedenen Lebensweisen und -vorstellungen bekannt zu machen und auseinander zu setzen. Es sollte für gemeinsame Werte, aber auch für Unterschiede sensibilisieren. Es sollte zum Verstehen des Fremden, zum Dialog und zur friedlichen Konfliktlösung befähigen.

■ Das neue Fach sollte kein Alternativ- oder Ersatzangebot des Staates zum »klassischen« Religions- und Lebenskundeunterricht sein. Es folgt dem bildungspolitischen Auftrag der Schule folgen wie er im Paragraph 1 des Schulgesetzes formuliert ist. Für den Religions- und Lebenskundeunterricht an den Schulen sollte sich deshalb nichts ändern.

## Religionsunterricht bleibt in Berlin freiwillig

Ein solcher Vorschlag für ein neues Unterrichtsfach löste in der Öffentlichkeit über Berlin hinaus heftigen Streit aus. Er einen bekämpften das Fach als Affront gegen die christlichen Kirchen und starteten medienwirksam zahlreiche Kampagnen. Andere bemängelten, dass der Linkspartei.PDS-Vorschlag die Trennung von Kirche und Staat nicht gründlich vollziehe.



In unserem Vorschlag blieb die Stellung des Religions- und Lebenskundeunterrichts in der Berliner Schule unverändert: Er sollte auch weiterhin kein reguläres Pflichtfach werden. Vielmehr sollte er auch weiterhin in Verantwortung der Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften erteilt werden. Die Schulen würden auch weiterhin dafür offen stehen, das Land Berlin dieses Angebot weiterhin mitfinanzieren. Die Teilnahme würde für Schülerinnen und Schüler auch weiter freiwillig bleiben.

Das dem im Unterschied zu fast allen anderen Bundesländern überhaupt so ist, geht auf das Berliner Schulgesetz von 1948 zurück, mit dem eine Trennung von Staat und Kirche vollzogen wurde. Diese Berliner Regelung ist im Grundgesetz gesichert durch die so genannte Bremer Klausel (Artikel 141). Sie besagt, dass der Grundgesetzespasus, nach dem »Religion« an den öffentlichen Schulen ein »ordentliches Lehrfach« ist (Artikel 7 (3)), in den Bundesländern nicht gilt, in denen am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand.

Es war unser Koalitionspartner, der den öffentlichen Streit mit einem Landesparteitagsbeschluss im April 2005 für ein verbindliches Wertefach unter dem Titel »Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde« in Anlehnung an das Brandenburger Fach »LER« wieder forcierte. Damit machte die SPD zum einen den Weg frei für ein gemeinsames Vorgehen der Koalitionsfraktionen. Zum anderen verengte die SPD-Fraktion und SPD-geführte Schulverwaltung das Fach inhaltlich auf »Ethik«.

Jenseits des Namens konnte die Einseitigkeit in weiteren Gesprä-

chen zwischen den Koalitionsfraktionen allerdings wieder ausgeräumt werden. Und nicht nur das.

Im März 2006 haben wir im Parlament die Änderung des Schulgesetzes beschlossen. Damit wird das neue Unterrichtsfach »Ethik« ab 2006/07, beginnend in den 7. Klassen, an allen Berliner Schulen eingeführt. Die Schulen können dank der Initiative der Linkspartei.PDS-Fraktion selbst darüber entscheiden, in welcher Form sie bei der Gestaltung des Fachs mit weltanschaulichen und Religionsgemeinschaften kooperieren.

Die Kritik der Kirchen hält nach wie vor an. Wir aber sind sicher, die richtige Antwort auf die besonderen multikulturellen und multireligiösen Erfordernisse unserer Stadt, in der zwei Drittel ihrer Bürgerinnen und Bürger konfessionsfrei leben, gegeben zu haben. Dabei gehen wir von den Realitäten in der multikulturell und multireligiös geprägten Stadt aus.

Natürlich sind Wertevermittlung, die Herausbildung interkultureller Dialogfähigkeit oder ethischer Urteilsfähigkeit nach wie vor Aufgabe aller Fächer und der Schule insgesamt. Mit dem Fach Ethik aber erhält die Berliner Schule noch einmal Ort und Zeit dafür. Es wird die Bereitschaft und Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer kulturellen, ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Herkunft gefördert, sich gemeinsam mit grundlegenden kulturellen und ethischen Problemen des individuellen Lebens, des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie mit unterschiedlichen Wert- und Sinnangeboten konstruktiv auseinander zu setzen.

Es besteht die Chance, über das neue Fach Grundlagen für ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben zu gewinnen und soziale Kompetenz, interkulturelle Dialogfähigkeit und ethische Urteilsfähigkeit zu erwerben. – Dafür hat es sich gelohnt zu streiten. ■

# UNIMEDIZIN AUF GUTEM WEG

## Stefan Liebich



Berlin wieder flott und überlebensfähig zu machen, bedeutete für die PDS und jetzige Linkspartei. PDS in den vergangenen fünf Jahren immer auch, Strukturen der Stadt auf den Prüfstand zu stellen. Geschichtlich bedingt und gewachsen existieren viele Institutionen und Einrichtungen im Ost- wie im Westteil der Stadt. Manches schien auf Dauer nicht bezahlbar und auch nicht zukunftsfähig. Der Großen Koalition fehlte in den Jahren zuvor der Mut, sich den Problemen zu stellen.

Einer dieser Bereiche war die Berliner Landschaft der Universitätsmedizin. Doch die mit dem Koalitionsvertrag von SPD und PDS ursprünglich beabsichtigte Schließung des »Universitätsklinikums Benjamin Franklin«, UKBF, im südwestlichen Steglitz-Zehlendorf gehörte zu den ersten Entscheidungen, die 2001, kurz nach den letzten Abgeordnetenhauswahlen, bei Betroffenen und quer durch die verschiedenen politischen Lager auf breite Ablehnung stieß. So mussten die Delegierten des Landesparteitages der PDS, der damals die Koalitionsvereinbarung mit der SPD bestätigen sollte, vorbeziehen an demonstrierenden Beschäftigten des UKBF.

Kaum in der Regierung, schon wird gegen einen demonstriert – das war für viele eine schmerzliche und ungewohnte Erfahrung. Hinzu kam, dass verabredet worden war, den Landeszuschuss für die Unimedizin um 98 Millionen Euro bis zum Jahr 2010 zu kürzen. Denn angesichts des Kassensturzes, den die rot-rote Koalition vorgenommen hatte, war klar geworden, dass nur mit einem Sanierungskurs politische Spielräume wieder zu gewinnen wären. Wobei die Potenziale der beiden medizini-

schen Fakultäten der Humboldt-Universität und der Freien Universität dabei jedoch nicht beschädigt, sondern gebündelt werden sollten.

### Konzept zur Rettung des UKBF

Schnell war klar, dass die PDS mit der im Koalitionsvertrag getroffenen Entscheidung nicht zufrieden sein konnte. Es wurde überlegt, ob die Verabredung durch einen neuen Vorschlag, für den natürlich auch der Koalitionspartner gewonnen werden musste, modifiziert oder sogar revidiert werden konnte.

Unser Wissenschaftssenator Thomas Flierl schlug die Einsetzung einer Expertenkommission vor. Ein Vorschlag, für den er im Berliner Senat und in der rot-roten Koalition Unterstützung fand.

Das neue Konzept, das durch den Wissenschaftsrat bestätigt und ergänzt wurde, beinhaltete die Bildung einer medizinischen Fakultät und eines gemeinsamen Berliner Universitätsklinikums und die Organisation der Berliner Hochschulmedizin als eine gemeinsame Gliedkörperschaft von Freier Universität und Humboldt-Universität.

Damit waren die Optionen zur Schließung des Klinikums Benjamin Franklin, die Bildung einer Medizinischen Hochschule bzw. die Verlagerung der Hochschulmedizin an eine einzige Universität vom Tisch.

Die Expertinnen und Experten konnten auch schlüssig darlegen, dass die erforderliche Einsparsumme von 98 Millionen Euro erbracht werden konnte, wenn die Berliner Universitätsmedizin unter dem traditionsreichen Namen Charité zu einer modernen und leistungsfähigen Wissenschafts- und Gesundheits-

einrichtung fusioniert. Sie zeigten, dass dies gelingen konnte, ohne einen der Kernstandorte in Mitte, Steglitz, Wedding und Buch aufzugeben. Dieses Ziel vor Augen wurden alle Maßnahmen zur Restrukturierung der Berliner Universitätsmedizin in Angriff genommen. Die Linkspartei.PDS-Fraktion, allen voran ihr langjähriger wissenschaftspolitischer Sprecher Benjamin-Immanuel Hoff, und unser Wissenschaftssenator Thomas Flierl haben sich dieser schwierigen Herausforderung gestellt, und sie sind dabei erfolgreich.

### Neuer Vorstand, neue Konstruktion

Die Umgestaltung der Unimed-Landschaft Berlins erfolgte in mehreren Schritten. Zunächst wurde im Jahr 2003 das so genannte Vorschaltgesetz verabschiedet, in dem die Fusion der beiden Fakultäten rechtlich geregelt wurde. Ein neuer Vorstand wurde eingesetzt und der Aufsichtsrat nahm seine Arbeit auf. Er sah sich vor große Aufgaben gestellt, die nicht nur mit der besonderen Berliner Lage sondern vor allem mit der Verschlechterung der Rahmenbedingungen durch die Einführung der Diagnosis Related Groups (DRG) zu tun hatten, für die der Bundesgesetzgeber die Verantwortung trägt. Bei den DRGs geht es um ein 2003 bundesweit eingeführtes neues Finanzierungskonzept in Krankenhäusern. Diese erhalten jetzt eine bestimmte Vergütung pauschal nach dem Schweregrad einer Behandlung, was sie untereinander vergleichbarer machen soll.

Die primäre Aufgabe des neuen Vorstandes war es zudem, ein Un-



ternehmenskonzept zu entwickeln, dessen Kern die Neuordnung der Charité mit ihren 120 Instituten zu 17 Zentren für Forschung, Lehre und Krankenversorgung war.

Hierzu hat die Koalition in einem schwierigen Verhandlungsprozess ein Universitätsmedizinergesetz erarbeitet und im Dezember letzten Jahres verabschiedet. Das Land schließt nunmehr regelmäßig mehrjährige Verträge mit der Charité über die Entwicklung der Universitätsmedizin, die auch die Höhe des Staatszuschusses für Forschung, Lehre und Studium umfassen. Wichtig war uns, dass die Charité sich in ihrer Tätigkeit am Deutschen Corporate Governance Kodex ausrichten wird. Die Charité wird sich in Zentren gliedern und

Zentrumskonferenzen einrichten, die die Zentrumsleitung in grundsätzlichen Angelegenheiten beraten.

### **Tarifvertrag für Charité muss kommen**

Das Gesetz, nach hartem Ringen in der Koalition entstanden und gegen die Opposition verabschiedet, ist eine gute Basis für die Arbeit der Universitätsmedizin Charité. Mit ihm wird auch die Botschaft ausgesandt, dass die rot-rote Koalition allen Bestrebungen eine Absage erteilt, die Berliner Universitätsmedizin zu privatisieren. Hierfür müssen jedoch auch die ökonomischen Voraussetzungen stimmen.

Deshalb muss nun der letzte Stein im neuen Bauwerk seinen Platz finden. Vorstand und Gewerkschaften müssen sich endlich auf einen Tarifvertrag verständigen. Kündigungen einerseits und Streikdrohungen andererseits stehen im Raum. Wie bei so vielen schwierigen Situationen in der Stadt sind es immer wieder Vertreterinnen und Vertreter der Linkspartei.PDS, die das Gespräch mit den Betroffenen suchen.

Wir sind zuversichtlich, dass es wie in anderen Berliner Betrieben (Vivantes, BVG) oder im Öffentlichen Dienst der Stadt auch für die Charité gelingt, einen Kompromiss zu finden, der letztlich den Interessen Berlins und denen der Beschäftigten gerecht wird. Denn die Universitätsmedizin mit ihren Standorten, ihrer Ost- und Westgeschichte ist einerseits ein gutes Beispiel für unsere Politik, die nicht als Allheilmittel in schwierigen Finanzlagen auf Privatisierung setzt, insbesondere dann nicht, wenn es um Daseinsvorsorge, um Arbeitsplätze und die Zukunftschancen Berlins geht. Andererseits hat gerade das Beispiel der Unimedizin der Stadt gezeigt, dass unsere Politik es ist, die die unterschiedlichen Erfahrungen von Ost und West auch produktiv macht. Wie viel einfacher wäre es letztlich gewesen, den Standort des UKBF zu schließen? Doch wir haben unideologisch nach der besten Lösung für ein Problem gesucht, auf einem Politikfeld, das bei uns Priorität genießt. ■

# DABEISEIN IM ALTER

## Ingeborg Simon



Die Seniorenpolitik gehört in aller Regel nicht zu den Bereichen, die im Mittelpunkt parteipolitischer Aktivitäten stehen. Ganz zu Unrecht wie ich finde. Die ältere Generation stellt nicht nur einen wachsenden Teil der Bevölkerung dar, ihre Ansprüche nach Teilhabe an gesellschaftspolitischen Veränderungen werden immer häufiger und entschlossener vor allem durch sie selbst artikuliert.

Die steigende Lebenserwartung in der Bundesrepublik, die je nach Interessenlage einmal als Ergebnis und Zeugnis des medizinischen Fortschritts bejubelt und ein anderes Mal als wachsende Bedrohung für die Zahlungs- und Leistungsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme diffamiert wird, erfordert einen sehr viel differenzierteren Blick auf die ältere Generation. Zwischen den so genannten jungen Alten und den Hochbetagten liegen heute Jahrzehnte. In diesem breiter gewordenen Altersspektrum finden wir sehr unterschiedliche Bedürfnisse und Erwartungen an die Gesellschaft, mit denen sich die politischen Verantwortungsträger auseinandersetzen müssen.

Ausdruck dieser neuen Vielfalt sind zum Beispiel Bedürfnisse nach neuen Wohnformen für die ältere Generation, die Forderung von spezifischen Bildungsangeboten nach der Beendigung beruflicher Tätigkeit und die Aufwertung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements, das gerade im Alter eine wachsende Bedeutung gewinnt. Eng damit verbunden sind auch Forderungen nach mehr Mitsprachemöglichkeiten und Entscheidungskompetenz, vor allem da, wo es unmittelbar um die Interessen der älteren Generation geht.

Wir als Fraktion der Linkspartei.PDS haben in enger Zusammenarbeit mit unserer auch für Seniorenpolitik zuständigen Senatorin Heidi Knake-Werner dazu in dieser Legislaturperiode einen eigenen und nachhaltig wirksamen Beitrag geleistet. Ich möchte das an zwei Beispielen verdeutlichen:

### Leitlinien für Seniorenpolitik

Die Leitlinien der Politik für Seniorinnen und Senioren sind das Ergebnis einer ausführlichen Debatte im Berliner Senat. Eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe hat sie zusammen mit Bezirksvertretern und dem Berliner Landesseniorenbeirat erarbeitet. Sie sollen zum Auslöser einer intensiven öffentlichen Debatte vor allem über die gewandelten Ansprüche und Bedürfnisse der älteren Generation in unserer Stadt werden.

Durch die gestiegene Lebenserwartung können auch in Berlin immer mehr ältere Menschen gesund und aktiv ihren Lebensabend bestreiten. Das öffentlich gern kolportierte Bild vom Alter nach der trivialen Formel »alt = krank = pflege- und hilfsbedürftig« trifft auf die große Mehrheit älterer Bürger ebenso wenig zu wie das Bild vom gutbetuchten Rentner, der seinen Lebensabend bevorzugt unter der südlichen Sonne genießt.

Die Leitlinien treten diesen Vorurteilen entgegen. Sie vermitteln ein sehr differenziertes Bild vom Alter, in dem neben den »klassischen« fürsorgerischen Aufgabenfeldern wichtige Bereiche seniorenpolitischer Handlungsfelder in Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport und Medien in den Vordergrund gerückt werden.

Mit den Leitlinien von 2005 haben wir unsere Vorstellungen gesellschaftlicher Teilhabe der älteren Generation dargelegt. Die Senatorin weist in einem Vorwort auf den Charakter der Leitlinien als Handlungsleitfaden hin.

Alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Verantwortungsträger in der Stadt sind damit aufgefordert, zu den zahlreich vorgestellten Handlungsfeldern einen spezifischen Beitrag zu leisten zum Beispiel in der Wohnungswirtschaft, beim gesundheitlichen Verbraucherschutz, in der Freizeitgestaltung oder im Bildungsbereich. Wir sehen in den Leitlinien auch einen Beitrag zur Bekämpfung einer zunehmenden Altersdiskriminierung.

### Senioren wirken mit

Seit 2004 gibt es in Berlin eine anhaltende Diskussion über Sinn und Notwendigkeit eines Seniorenmitwirkungsgesetzes auf Landesebene. Beim alljährlichen Seniorenparlament gab es 2004 und 2005 dazu ausführliche Debatten auf Initiative aller Seniorenvertretungen. Damals richtete sich die Aufmerksamkeit noch verstärkt auf ein entsprechendes Gesetz auf Bundesebene. Mit Verweis auf ein wirksames Bundesgesetz in Österreich hatten die »Volkssolidarität« und ver.di entsprechende Vorschläge entwickelt, die unsere Unterstützung hatten.

Nachdem die Aussicht auf ein Bundesgesetz durch eine klare Ablehnung der Bundesregierung nicht mehr bestand, konzentrierten sich jetzt alle Bemühungen unserer Fraktion auf die Entwicklung eines Landesgesetzes. Die Senatorin bat den Beirat um einen entsprechenden



Vorschlag, den dieser im September 2004 vorlegte. Eng angelehnt an dieses Papier begannen in der Senatsverwaltung die entsprechenden Vorarbeiten, die sich allerdings aufgrund der gleichzeitigen Vorbereitung der Leitlinien länger hinzogen als angenommen.

Im Seniorenparlament 2005 erhielt das Vorhaben von allen Fraktionen eine klare Unterstützung, die es bisher in dieser Deutlichkeit noch nicht gegeben hatte. Obgleich die Senatorin auf die vorbereitenden Aktivitäten in ihrer Verwaltung verweisen konnte, zog sich die Fertigstellung des Entwurfs hin. Ziel war von Anfang an, ein solches Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden, so wie es die Koalitionsvereinbarung vorsah.

Um den Prozess zu beschleunigen, übernahm eine Arbeitsgruppe von Abgeordneten der Koalition den in der Senatverwaltung inzwischen erarbeiteten Vorschlag, um ihn als Entwurf endlich einbringen und dann auch beschließen zu können. Das ist im März 2006 geschehen.

Der Gesetzentwurf enthält in seinem Kern Regelungen zur institutionalisierten Interessenvertretung der älteren Generation. Damit sollen die bestehenden Strukturen der Seniorenvertretungen auf Landes- und Bezirksebene auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt und die Finanzierung der Arbeit dauerhaft geregelt werden. Hier sind auch die Bezirke verbindlich einbezogen. In der Gesetzesbegründung verweisen wir darauf, dass die ältere Generation in Berlin in beträchtlichem Umfang zum Funktionieren und Wohlergehen der Gesellschaft beiträgt. Für die Absicherung ihres wachsenden bürgerschaftlichen und ehrenamtli-

chen Engagements wollen wir eine rechtliche Basis schaffen, um den gewählten Seniorenvertretungen unter gesicherten Rahmenbedingungen zu ermöglichen, ihren Beitrag zur Überwindung anstehender Probleme zu leisten. Mit der Verabschiedung dieses Landesgesetzes sind wir das erste Bundesland, das dieses alte Anliegen der älteren Generation realisiert.

### In eigener Sache

Mit dem Ende dieser Legislaturperiode werde ich mein Mandat als Abgeordnete nach 11jähriger Tätigkeit zurückgeben. Als seniorenpolitische Sprecherin unserer Fraktion traf ich auf sehr engagierte und aktive Mitstreiter und Mitstreiterinnen auf der Seniorensseite. Sehr gut organisiert, verlässlich und diszipliniert gestaltete sich unsere Zusammenarbeit, die sich besonders in regelmäßig von mir veranstalteten Seniorenforen bewährte. Sie erfreuten sich immer einer großen Beliebtheit, wurden von bezirklichen und Landesgremien, aber auch Vertretern der Wohlfahrtsverbände und der Gewerkschaften genutzt, um gemeinsam – oft unter Hinzuziehung von Experten und unter Beteiligung der Senatorin – landesrelevante Themen der Seniorenarbeit ausführlich zu debattieren.

Ganz besonders freut es mich, dass sich jetzt auch nichtdeutsche Gruppen daran beteiligen. Erfolgreiche politische Arbeit setzt immer eine gute Zusammenarbeit zwischen den gewählten Abgeordneten und außerparlamentarischen Gruppen voraus. Nur so lassen sich die Handlungsmöglichkeiten der Politik mit dem Fachwissen aus der Erfahrung der Betroffenen wirksam zusammen-

führen. Eine verlässliche organisatorisch gesicherte Gremienarbeit – das zeigen die Senioren und Seniorinnen dieser Stadt – können parlamentarische Bemühungen anstoßen, befördern und erfolgreich mitgestalten. Gefreut hat es mich auch, dass unsere Fraktion hier Anerkennung in Ost und West gefunden hat.

Parteiliches Denken und entsprechende Voreingenommenheit spielten nie eine Rolle. Ich wünsche mir, dass eine künftige Linkspartei.PDS-Fraktion diese Zusammenarbeit pflegen und fortsetzen wird – denn ohne die ältere Generation geht es nicht und darf es auch nicht gehen. ■

# MEHR DEFIZITE ALS ERFOLGE

Michail Nelken



Die Schlussbilanz rot-roter Bau- und Wohnungspolitik dieser Legislaturperiode weist erkennbar mehr Defizite als Erfolge auf. Auf der Haben-seite in der Bau- und Wohnungspolitik kann die SPD-PDS-Koalition vor allem den Bruch mit Fehlentwicklungen der Vorjahre verbuchen. Der Ausstieg aus der ruinösen Wohnungsbauförderung (Kappung der Anschlussförderung) war hier von herausragender Bedeutung. Auch im Bereich der Altbau- und Platten-sanierung gab es Fördersysteme, deren Beendigung zwingend und verdienstvoll war.

Allerdings wurde das Vorhaben der Koalitionsparteien, die Förderung neu auszurichten und den aktuellen Erfordernissen anzupassen, nicht umgesetzt. Im Gegenteil, der Abbau und die Einstellung aller Förderprogramme wurde zum Programm erhoben: Angesichts des angeblich entspannten Wohnungsmarktes und des Wohnungsleerstandes wurde von Seiten der SPD-geführten Senatsbauverwaltung jegliche Förderung des Wohnungsneubaus und der Wohnungsanierung für obsolet erklärt: öffentliche Gelder sollen nur noch in öffentliche Infrastruktur fließen.

In diesem Zuge wurde auch die Genossenschaftsförderung eingestellt. Einige Genossenschaftsprojekte sind wegen mangelnder Unterstützung des Senats gescheitert und andere akut gefährdet. Die Plattenbausanierungsförderung wurde in umstrittene und teure Rückbauprojekte in Marzahn umgelenkt.

Während die Einstellung der Förderung der Mieten mit Wohnberechtigungsschein im Plattenbaubereich auf Grund des Missbrauchs durch die städtischen Wohnungsbauge-

sellschaften vertretbar war, zählte der Sonderförderabbau im sozialen Wohnungsbau in den Jahren 2004 und 2005 in Verbindung mit der Einführung von so genannten Kappungsgrenzen zu den sozialen Fehlleistungen rot-roter Wohnungspolitik, da dies eine Nachsubvention der Immobilienwirtschaft zu Lasten der Sozialmieter darstellte. Am Widerstand der Linkspartei.PDS ist bei den letzten Haushaltsberatungen die Fortführung dieser Form der Nachsubvention auf Kosten von Sozialmietern gescheitert. Ebenfalls der PDS ist es zu verdanken, dass das kleine Förderprogramm für wohnungspolitische bedeutsame Einzelmaßnahmen im letzten Augenblick vor der Streichung bewahrt werden konnte.

## Erstmals qualifizierten Mietspiegel vorgelegt

Die Aktualisierung des Berliner Mietspiegels 2003 und 2005 zählt trotz der Konflikte mit den Mieterorganisationen und kritikwürdigen Details zu den positiven Ergebnissen rot-roter Wohnungspolitik. Denn dass das hoch verschuldete Berlin sich eine solch aufwendige und kostenintensive Qualifizierung des Mietspiegels leistet, ist nicht selbstverständlich. Andere finanzschwache Kommunen haben einfach zur linearen Erhöhung der Werte des Mietspiegels gegriffen. Der 2005 erstmals erstellte Betriebskostenspiegel gehört zu den positiven Ergebnissen der Mietenpolitik der Koalition.

Im Bereich der »behutsamen Stadterneuerung« mittels des Instruments der Sanierungs- und Erhaltungsgebiete dominiert staatlicher Rückzug. Die Sanierungsgebiete werden in der gesamten Stadt

schrittweise aufgehoben, neue werden nicht geplant.

Für die Erhaltungsgebiete gibt es zwar keine vergleichbare Abwicklungsstrategie, aber in der Anwendung des Instruments sind die Bezirksverwaltungen sehr viel zurückhaltender und defensiver geworden. Eine dämpfende Wirkung auf soziale Segregationsprozesse ist kaum noch wahrzunehmen. Die Bemühungen der PDS-Fraktion durch die Einführung einer Umwandlungsverordnung, mit der die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in den Erhaltungsgebieten der Stadt unter Genehmigungsvorbehalt gestellt wird, sind am Widerstand des Koalitionspartners gescheitert. Ein verlängerter Kündigungsschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wurde durch Rot-Rot zwar in Berlin 2005 eingeführt, aber nicht wie von der PDS gefordert für die ganze Stadt und für zehn Jahre nach der Umwandlung, sondern nur für vier Bezirke und für sieben Jahre.

Diesem umfassendem Rückzug aus der aktiven Wohnungs- und Mietenpolitik liegt bei der SPD und der von ihr geführten Senatsverwaltung für Bauen und Wohnen die politische Überzeugung zu Grunde, dass staatliche Intervention wegen des angeblich entspannten Wohnungsmarktes zur sozialen Sicherung des Wohnens nicht mehr erforderlich sei.

Die PDS hat dagegen stets betont, dass diese »entspannte Situation« keineswegs in allen Segmenten des Wohnungsmarktes gleichermaßen gegeben ist und insbesondere bei preiswerten Wohnungen die Nachfrage das Angebot um ein vielfaches übersteigt, so dass die sozial Schwachen heute relativ die höchsten Mieten zahlen.

Auf den sektoralen Wohnungsleerstand wurde mit staatlicher Abrissförderung reagiert. Insbesondere in den Großsiedlungen des Berliner Nordostens folgte die Abrisspolitik vordergründig den Kapitalverwertungsinteressen der Immobilienunternehmen statt den Anforderungen einer sozialen stadträumlichen Entwicklungsperspektive.

### Neuordnung kommunaler Wohnungsunternehmen steht aus

Das folgenschwerste Defizit der roten Wohnungspolitik der letzten fünf Jahre ist das Ausbleiben der Konsolidierung und Neuorientierung der kommunalen Wohnungsunternehmen, die die Koalition sich für diese Legislaturperiode auf die Agenda gesetzt hatte. Die Probleme

und deren absehbare Zuspitzung waren den Koalitionspartnern dem Grunde nach bekannt und Anlass für die Zielstellung der Koalitionsvereinbarung. Maßgeblich ist nicht, dass das von der PDS angeregte Holdingmodell nicht zur Umsetzung gelangt ist, sondern dass keine alternativen, den substanziellen Problemen der kommunalen Wohnungsunternehmen angemessene Lösungswege in Angriff genommen wurden. Die vom Senat zur Neuordnung und Steuerung der Wohnungswirtschaft eingeleiteten Maßnahmen waren nicht geeignet, die »milliardenschweren Probleme der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in den Griff zu bekommen«. Die in den letzten Monaten sich zuspitzende Lage der Wohnungsbaugesellschaft WBM ist nur der sichtbarste Ausdruck für die-

ses Defizit. Das von der Geschäftsführung für die WBM vorgelegte und vom Aufsichtsrat beschlossene Sanierungskonzept ist auf Druck der Linkspartei vom Senat nicht in Gänze bestätigt worden, statt 12.500 Wohnungen dürfen zunächst nur 3.000 verkauft werden. Das ist aber noch kein alternativer Sanierungsweg sondern vorerst noch der alte in Teilschritten. Eine alternative Sanierungsstrategie ist in ein Gesamtkonzept für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften einzubinden.

Ohne eine schlüssige Gesamtstrategie des Eigentümers Berlin haben bislang alle Gesellschaften für sich versucht, ihre Probleme in den Griff zu bekommen. Der Verkauf von zirka 42.000 Wohnungen durch die Gesellschaften seit 2002 hat nicht zur ihrer nachhaltigen wirtschaftlichen Stabilisierung geführt. Die Privatisierung hat sich als wohnungspolitische wie betriebswirtschaftliche Sackgasse erwiesen. Der Verkauf der GSW (zirka 65.000 Wohnungen) hat zwar eine Entlastung für den Landeshaushalt gebracht, aber auf die Stabilisierung der städtischen Wohnungswirtschaft kontraproduktiv gewirkt. Heute stellen im Gegensatz zur Linkspartei.PDS Politiker nicht nur der FDP, sondern auch von SPD, CDU und Grünen, das Erfordernis von kommunalem Wohneigentum in Frage.

Für eine soziale Wohnungs- und Mietenpolitik waren die letzten fünf Jahre überwiegend verlorene Jahre. Die Linkspartei.PDS steht vor der Aufgabe, ihren Zielen einer stabilen kommunalen Wohnungswirtschaft und einer sozialen Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik noch mehr Kompetenz und politische Durchsetzungskraft zu verleihen. ■



# BERLIN BEGEISTERT KREATIVE

Gabi Hiller



»Berlin, wie haste dir verändert«, möchte man ausrufen – von einer der größten Industriemetropolen Europas zur Dienstleistungsstadt, von der Stadt des produzierenden Gewerbes zur Stadt der Medien, Kultur, der Wissenschaft und des Designs. Wie keine andere Stadt Deutschlands zieht Berlin in kreativen Bereichen tätige Menschen an.

Kunst und Kultur, Medien und Design, Musik und Filmwirtschaft – das sind nur einige der Zweige einer vielfältigen und weit verzweigten Kulturwirtschaft, die wie kein anderer Wirtschaftszweig Berlins boomt. Die Stadt identifiziert sich nach innen wie nach außen durch eine außergewöhnliche Vielfalt und Qualität kultureller Angebote und Unternehmungen. Sie zeichnet sich damit gegenüber allen anderen Städten Deutschlands aber auch als europäische und Weltmetropole aus.

Die rot-rote Koalition hat dieses große Potenzial erkannt und von Beginn ihres Wirkens an als Wachstumsbranche gefördert. Nicht zuletzt der engen Zusammenarbeit von Kultur- und Wirtschaftsverwaltung ist es zu verdanken, dass nach Jahren des ziellosen Nebeneinanders beider Verwaltungen mit der neuen Regierung endlich Kräfte gebündelt wurden und mit- statt nebeneinander gearbeitet wurde.

Ein äußeres Zeichen dieser Zusammenarbeit ist die Veröffentlichung des ersten Kulturwirtschaftsberichtes Berlins, der im Mai 2004 vorgestellt wurde und den Beginn einer zielstrebigem, kontinuierlichen Schaffensperiode markiert.

Endlich wurde damit auch im politischen Berlin das Thema »Kulturwirtschaft« aufgegriffen, und – was noch wichtiger ist – in die öffentli-

che Diskussion gebracht. Allein im Berliner Parlament wurde, initiiert durch die Linkspartei.PDS-Fraktion, das Thema sowohl im Kultur- als auch im Wirtschafts- und Medienausschuss aufgerufen. Es wurden Kreative dieser Stadt befragt, ihre Meinung und ihr Wissen zum Thema wurden erkundet. Ihre Erfahrungen fließen ein in die politische Arbeit unserer Fraktion und des Senats. Denn nur mit den Protagonisten dieser Branche gemeinsam wird es gelingen, die Kulturwirtschaft weiter zu entwickeln und ihre Potenziale für die Stadt auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen auszuschöpfen.

Denn die Entwicklung der Kulturwirtschaft in den vergangenen acht bis zehn Jahren ist beeindruckend:

■ 22 Prozent der in der Künstlerkasse Deutschlands versicherten Künstler leben in Berlin. Insgesamt sind das mehr als 92.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Da ein Teil der Künstler anderweitig versichert ist, muss man von einer deutlich höheren Zahl von Kunstschaffenden ausgehen, die hier leben und arbeiten.

■ Über 18.000, zumeist kleine und mittelständische Unternehmen erwirtschafteten einen Umsatz von über acht Milliarden Euro und erreichen damit einen Anteil von rund 11 Prozent am Bruttoinlandsprodukt der Berliner Wirtschaft.

Es sind gerade diese kleinen Firmen, die manchen Kiezen ihr charakteristisches Gepräge geben: ob die Druckereien und Designunternehmen an der Invalidenstraße, die Musikstudios an der Oberbaumbrücke oder die Modeschneidereien und Geschäfte am Prenzlauer Berg – die Kreativen der jeweiligen Sparten »finden sich« und prägen das

Gesicht Berlins, manchmal liebevoll, auch verrückt und bunt, in jedem Fall interessant und abwechslungsreich.

Die Kulturwirtschaft umfasst die unterschiedlichen Bereiche des erwerbswirtschaftlichen Sektors. Dazu zählen der Presse- und Buchmarkt, die Film- und Fernsehwirtschaft, der Kunstmarkt, die IT-Entwicklung, natürlich die Musikwirtschaft, Werbung, Design, Architektur und kulturelles Erbe sowie nicht zuletzt die darstellende Kunst. Berlin profitiert dabei vom Neben- und Miteinander von Szene und traditioneller Kultur, vom Kulturerbe und multikulturellen Einflüssen.

## Gut investiert in Filmbranche

Eine besondere Bedeutung hat für die Linkspartei.PDS-Fraktion von Anfang an die Förderung der Film-, Fernseh- und Medienwirtschaft gespielt. Die zügige Fusion von SFB und ORB zum RBB gleich zu Beginn der Legislaturperiode ist ein sichtbares Zeichen dafür, die Bildung der Medienboard GmbH ein weiteres. Berlin gibt trotz angespannter Haushaltslage zirka neun Millionen Euro jährlich in die Filmförderung, hat damit seine Investitionen gegenüber vergangenen Jahren um zwei Millionen aufgestockt – Geld, das sich durch die Investition verdreifacht. Aus 21,3 Millionen Euro Fördergeldern, die in der Filmbranche insgesamt in Berlin investiert wurden, sind 69 Millionen Euro generiert worden. Hier zeigt sich, wie richtig diese politische Entscheidung der rot-roten Regierung war.

Berlin ist sehr gefragt als Kino- aber auch Fernsehdrehort. Hier gibt es die richtige Mischung aus kreati-



vem Potenzial und hoch professioneller technischer Infrastruktur. Die Region hat einmalige Studios und gut ausgebildete, erfahrene Filmtechniker. Darüber hinaus leben und arbeiten hier Autoren, Regisseure und Schauspieler, sie machen die Stadt zur kreativen Kapitale.

### Chancen für die junge Szene

Die Berlinale als das Filmfestival Deutschlands erfreut sich seit Jahren über ein gewachsenes Interesse. Allein in diesem Jahr wurden von den 15 zur Berlinale durch das Medienboard geförderten Filmen vier mit Goldenen Bären prämiert. Somit wird am Beispiel der Filmwirtschaft deutlich, dass die Investitionen gerade in diesem Bereich richtig waren, dass sie sich vielfältig und nachhaltig auswirken.

Und noch etwas wird deutlich: Berlins Kulturwirtschaft entwickelt sich vor allem durch das enge Zusammenspiel von Aus- und Weiterbildung, Wissenschaft und Produktion. So hat sich beispielsweise in der Region bei der Herstellung von Animationen ein Potenzial gebildet, das für Deutschland führend ist. Das kreative Potenzial wird gefördert durch die hier ansässigen Hoch- und Fachschulen, wie zum Beispiel die Universität der Künste oder die Hochschule für Film und Fernsehen »Konrad Wolf« in Babelsberg, im Zusammenwirken mit der Produktion von Kino- und Fernsehfilmen sowie TV-Serien, aber auch bei der Herstellung von Games, animierten Inhalten für Handys sowie Forschung. Auch im europäischen Kontext spielt die Region mit einem Produktions-Markanteil von 15 Prozent eine entscheidende Rolle. Dieses Po-

tenzial nachhaltig zu stärken und zu fördern, wird auch weiterhin Ziel der Linkspartei.PDS-Fraktion sein.

Ein anderer Bereich der Kulturwirtschaft ist die Musikwirtschaft, die zunehmend in der Stadt präsent ist. Berlin ist die Musikhauptstadt Deutschlands, dafür sprechen die bezirklichen Musikschulen genauso wie die Hochschule für Musik »Hanns Eisler«, die interessante und vielfältige Clubszene in der Stadt mit ihren vielen unterschiedlichen Labels, die Philharmoniker als weltberühmtes klassisches Orchester oder die jungen Bands aus dem ORWO-Haus als Beispiele für junge Popmusik.

Gerade das Beispiel ORWO-Haus zeigt, wie mit relativ geringer finanzieller Unterstützung eine funktionierende Infrastruktur für junge Bands entstehen kann. Der Plattenbau im Gewerbegebiet an der Rhinstraße wurde von Jugendlichen selbst entdeckt und als Probeort für 80 bis 100 Bands ausgebaut. Schwierigkeiten für die selbstverwaltete »Musikfabrik« ergaben sich, als der Hausbesitzer, die Treuhandverwaltung, die Nutzung des Gebäudes kündigte. Hier konnten Abgeordnete und Stadträte, jeweils unter PDS-Führung, helfen. Gespräche mit der Treuhand wurden senatsseitig moderiert, der Kauf des Gebäudes auch finanziell untermauert. Damit konnten wir ganz konkret im Sinne der »jungen« Musik durch unsere Politik Rahmenbedingungen schaffen, die eine Weiterentwicklung des Standortes ermöglichen. Denn was wäre die Musikszene Berlins ohne Nachwuchs?! Das ORWO-Haus ist ein Beispiel, das gerade auch Szenekultur Unterstützung braucht und wie ein zartes Pflänzchen gehegt werden muss. Andere Projekte,

die unsere politische Unterstützung und Beachtung erfordern und erhalten haben, wie die Musikstudios an der Nalepastraße, können hier nur angedeutet werden.

Die Ausstrahlung der »kreativen Metropole Berlin« wurde auch international bemerkt. So wurde die Stadt in diesem Jahr in das globale Netzwerk der UNESCO als »Stadt des Designs« aufgenommen.

Berlin hat sich verändert und wird sich auch weiterhin ändern. Diese Änderungen produktiv zu machen und sie als Chance für die Entwicklung unserer Stadt zu begreifen, ist eine unserer Aufgaben als politisch Verantwortliche. Wichtige Schritte auf diesem Weg hat die Linkspartei.PDS-Fraktion in der rot-roten Koalition gemacht, sie weiter zu gehen, wird unsere Aufgabe bleiben. ■

# SORGEN ERNST GENOMMEN

**Uwe Doering**



Es ist Mittwoch, der 14. Dezember 2005, 13 Uhr. Hunderte Besucher strömen ins Abgeordnetenhaus. Der Grund: Es findet eine parlamentarische Anhörung statt. Das Thema: Ein Straßenausbaubeitragsgesetz für Berlin. Die Veranstaltung wird in mehrere Säle übertragen, der Andrang ist ungewöhnlich. Die CDU-Fraktion poltert, es könnten nicht alle ins Haus und macht daraus ein Geschäftsordnungsspektakel. Fakt ist: Alle werden eingelassen und in den Sälen sind sogar noch Plätze frei geblieben. Die CDU tut, was sie die ganze Zeit in dieser Sache getan hat: mit Halb- und Unwahrheiten Stimmung machen und Angst und Schrecken in den Eigenheimsiedlungen der Stadt verbreiten.

Jener 14. Dezember war der vorläufige Höhepunkt einer jahrelangen Auseinandersetzung, die die Gemüter – auch in unserer Partei und Fraktion – heftig erhitzt hatte.

## **Drei Monate später**

Im März 2006 ist es beschlossene Sache: Berlin bekommt ein Straßenausbaubeitragsgesetz. Künftig wird der Ausbau von Straßen nicht mehr allein von der Steuern zahlenden Allgemeinheit finanziert, sondern anteilig ebenfalls von den Grundeigentümern, die Anlieger einer solchen Straße sind.

Berlin hat vor allem ein Gesetz bekommen, das die Interessen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger wie bisher kein anderes Bundesland ernst nimmt und absichert. Dass dies vor allem unserem Druck, dem Druck der Linkspartei, PDS-Fraktion geschuldet ist, haben sogar viele Zeitungen der Stadt ausnahmsweise wahrgenommen. Wir haben

immer deutlich gemacht, dass wir niemals einem Gesetz die Stimme geben werden, das Menschen in Not bringen und sie etwa von ihren Grundstücken treiben könnte.

Beiträge für den Straßenausbau sind ja keine rot-rote Erfindung. Sie werden in allen Bundesländern – außer in Berlin und Baden-Württemberg – seit langem erhoben. Bereits ein kurzer Blick auf die Regelungen verrät, dass Kriterien wie Mitspracherechte oder Vorsorge für Härtefälle in anderen Bundesländern kaum eine Rolle spielen. Bürgerbeteiligung? Fehlanzeige beispielsweise in Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und im Saarland. Fehlanzeige auch in Ost-Ländern wie Brandenburg und Sachsen, denen das schlechte westdeutsche Erschließungs- und Ausbaurecht – im übrigen dort unter lebhafter Beteiligung der CDU – übergestülpt wurde.

Auch im Berliner Erschließungsbeitragsgesetz haben CDU und SPD eine solche Beteiligung offenbar nicht vermisst, als sie es 1995 einführten. Obwohl die Beitragspflichtigen bei der Erschließung von Straßen sogar 90 Prozent der Kosten tragen müssen! Wenn seinerzeit eine Rechnung im Postkasten lag, die aufforderte, sich an Erschließungskosten zu beteiligen, hatte dies nichts mit dem neuen Gesetz zu tun, sondern mit diesem Erschließungsbeitragsgesetz der Großen Koalition, das es in Berlin schon lange gibt und das – erst jetzt, durch unser Engagement – endlich auch gründlich nachgebessert wird.

Ehemalige CDU- und SPD-Senatoren hatten auch in Berlin seit vielen Jahren Entwürfe für ein Straßenausbau-

beitragsgesetz in der Schublade, die regelmäßig – und in der Regel fast unverändert – hervorgezogen wurden. Diese Gesetzentwürfe berücksichtigten in keiner Weise die Interessen der Betroffenen. Die PDS-Fraktion hat sich deshalb immer gegen ein derart unsoziales, undemokratisches Gesetz ausgesprochen und gefordert, dass ein solches Gesetz in seiner konkreten Ausgestaltung und Wirkung vernünftig und sozial gerecht sein und ein Höchstmaß an gesetzlich möglicher Bürgerbeteiligung, sozialer Gerechtigkeit und Abfederung enthalten müsste.

## **Was wurde tatsächlich und wann entschieden?**

Schon Anfang 2003 beschließt das Abgeordnetenhaus einen von uns initiierten Antrag, der den Rahmen eines künftigen Gesetzes beschreibt: weitgehende Beteiligung Betroffener, Anpassung der Ausbaustandards an den tatsächlichen Bedarf, Vermeidung sozialer Härten. Es folgen langwierige Verhandlungen mit Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer und der SPD-Fraktion genau um diese Positionen. Unser bau- und wohnungspolitischer Sprecher Michail Nelken führt für uns die Gespräche. Am 22. Februar 2005 nimmt die PDS-Fraktion den möglichen Gesetzentwurf des Senats zur Kenntnis und fordert eine weitere deutliche Qualifizierung.

Zwar sieht der im Oktober 2005 ins Abgeordnetenhaus eingebrachte Entwurf erneut besser aus als sein Vorgänger, doch nach wie vor bleiben offene Forderungen. Eine Einschätzung, zu der auch die unabhängige Normprüfungskommission des Landes Berlin kommt – eine



Instandsetzung der Grundstückeigentümer in Siedlungsgebieten von Erschließungsbeiträgen wirksam werden.

Instanz zur ressortübergreifenden Prüfung von Gesetzesvorhaben, die unter Rot-Rot ins Leben gerufen wurde. »Aus tatsächlichen Gründen erscheint die Umsetzung des Gesetzes problematisch«, moniert sie. So sei bislang nicht dokumentiert worden, ob an Straßen notwendige Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt wurden. Zudem empfiehlt sie eine deutlichere Abgrenzung zwischen Erneuerungs- und Instandsetzungsmaßnahmen, ausreichende Angaben über den zu erwartenden Ausbaubedarf, umfangreichere Härtefallregelungen und die Einbeziehung von Vorschlägen Beitragspflichtiger in Entscheidungen zu Ausbauvorhaben.

Unsere Fraktion beschließt am 25. Oktober 2005, im parlamentarischen Gang weitere Verhandlungen mit dem Koalitionspartner zur Qualifizierung des Gesetzentwurfes zu führen. Grundlage sind die Forderungen der Fraktion vom 22. Februar 2005 und der Landesparteitagsbeschluss vom 30. April 2005 unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Normprüfungskommission des Landes Berlin.

Im November 2005 wird eine Arbeitsgruppe gebildet mit den Abgeordneten Christian Gaebler und Jürgen Radebold von der SPD und Marian Krüger und mir von der Linkspartei.PDS-Fraktion. In die Beratungen werden natürlich auch die Ergebnisse der Anhörung vom 14. Dezember 2005 einbezogen. Genau wie die weitere Bedingung, die der Landesparteitag der Linkspartei.PDS im Dezember 2005 an die Zustimmung unserer Fraktion zu einem Straßenausbaubeitragsgesetz geknüpft hat: Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes soll zugleich auch eine Ent-

lastung der Grundstückseigentümer in Siedlungsgebieten von Erschließungsbeiträgen wirksam werden.

### Was haben wir schließlich erreicht?

Künftig müssen die zuständigen Bezirksverordnetenversammlungen bzw. der zuständige Ausschuss des Abgeordnetenhauses geplante Ausbauprojekte genehmigen. Einwände der betroffenen Grundstücksbesitzer müssen zuvor gehört und bei der Entscheidung auch berücksichtigt werden. Die Beteiligung an den Ausbaukosten wird in Anliegerstraßen nicht wie ursprünglich geplant 70 Prozent, sondern 65 Prozent betragen. Die Abzahlung der fälligen Beiträge kann bis zu drei Jahre, auf besonderen Antrag hin auch darüber hinaus, zinslos gestundet werden. In Härtefällen soll es möglich sein, die Rückzahlung auf 10 Jahre zu strecken. Der Begriff der Erneuerung ist deutlicher beschrieben; es werden künftig übliche Nutzungsdauer und tatsächliche Abnutzung dafür relevant sein. Niemand muss für unterlassene Instandsetzung und Reparaturen zahlen. Darüber hinaus ist eine Beitragsentlastung für Anlieger in »besonderen Gebieten« festgeschrieben, in denen Ausbaumaßnahmen auf Grund notwendiger Besonderheiten (zum Beispiel Wasserschutzgebiete oder Denkmalschutzbereiche) zu einem Mehraufwand führen können. Dieser Mehraufwand muss durch das Land getragen werden. Für Ausbaumaßnahmen, die bei Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen waren, kann ein Straßenausbaubeitrag nicht mehr erhoben werden. Und es gibt eine Regelung, wonach sich Anlieger zusammen-

schließen und auf eigene Kosten und in Eigenregie den Ausbau einer Straße durchführen lassen können – wenn sie es wollen.

Bei den Erschließungsbeiträgen, die Anlieger ja bis zu 90 Prozent tragen müssen, ist uns ein entscheidender Durchbruch gelungen, der Betroffene erheblich entlasten wird. Künftig wird niemand in Ost und West mehr an Erschließungskosten beteiligt, wenn die Straße bereits vor dem 3. Oktober 1990 zumindest teilweise hergestellt wurde und die Straße bis heute für Verkehrszwecke tatsächlich genutzt wird. Erschließungsbeiträge können auch dann nicht mehr erhoben werden, wenn die teilweise hergestellte Erschließungsanlage seit mehr als 15 Jahren für Verkehrszwecke genutzt wird. Dann kann höchstens ein – deutlich niedrigerer – Straßenausbaubeitrag fällig werden.

### Mein Fazit?

Wir haben uns nicht vor der schwierigen Situation gedrückt. Wir haben die Sorgen vieler Berlinerinnen und Berliner ernst genommen. Wir haben eine für Berlin sinnvolle Entscheidung getroffen.

Unsere Hartnäckigkeit hat sich gelohnt. ■

# LEBENSWERTES BERLIN

Delia Hinz



Eine nachhaltige Entwicklung Berlins ist nur zu erreichen, wenn Ökologie, Ökonomie, Soziales und Partizipation bei allen Entscheidungen auf den politischen Ebene in ihrer Gesamtheit betrachtet werden. Die Sicherung von Umweltbelangen ist eine wichtige Voraussetzung für die Lebensqualität in der Großstadt Berlin und ist für die Menschen in der Stadt unverzichtbar. Diese Grundposition wurde von der Linksfraktion bei den Beratungen mit dem Koalitionspartner sowie in Ausschussberatungen und Parlamentsdebatten nachdrücklich vertreten.

Wichtige Voraussetzungen dafür wurden mit drei Doppelhaushalten des Landes geschaffen. Es wurden die finanziellen Sicherungen für wichtige Gremien, aber auch für umweltpolitische Maßnahmen erreicht. So konnten der Prozess der Erarbeitung einer »Lokalen Agenda 21 für Berlin« und damit verbunden die Arbeit des Agenda-Forums fortgesetzt werden.

Beispielhaft sind weiterhin Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, zur Luftreinhaltung und zum Energiesparmarketing zu nennen, mit denen Umweltentlastungen geschaffen wurden und noch geschaffen werden. In Hinblick auf Umweltbildung konnte die Finanzierung der Waldschularbeit ausgebaut und eine Regelfinanzierung überführt werden.

Die institutionellen Zuwendungen für die Stiftung Naturschutz und an anerkannte Naturschutzverbände wurden in gleichbleibender Höhe erhalten und sichern deren Arbeit. Die von der Linksfraktion angestrebte Aufstockung des Stiftungskapitals für die Stiftung Naturschutz um zirka 5,1 Millionen Euro und der dauerhaf-

te Verzicht auf institutionelle Förderung konnten nicht realisiert werden, werden aber weiter verfolgt.

Arbeitsschwerpunkte der Linksfraktion im Bereich Umwelt waren die Agenda-21-Arbeit, die Abfallwirtschafts- und die Energiepolitik, der Schutz und die Pflege von städtischem Grün, die Befassung mit Luft- und Lärmproblemen sowie die Zusammenarbeit mit Umweltverbänden in der Stadt.

Dabei gestaltete sich insbesondere der Prozess der Erarbeitung einer »Lokalen Agenda 21 für Berlin« sehr schwierig, da die Umsetzung des Auftrages an den Senat und dessen Weitergabe an das ehrenamtlich arbeitende Agenda-Forum nicht zu der gewünschten einheitlichen Beschlussvorlage für das Parlament führten.

Die erwartete mittel- und langfristige Strategie für eine nachhaltige Entwicklung und die Zukunftsfähigkeit Berlins liegt nicht vor. Die Linksfraktion hat sich jedoch darauf verständigt, auf der Grundlage der Arbeit des Agenda-Forums und unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Senats dem Parlament eine beschlussfähige Fassung für dieses Strategiepapier vorzulegen. Damit kommen wir der seit 1996 überfälligen Verpflichtung nach, zu der sich die Staaten der Welt auf dem Treffen in Rio im Jahr 1992 verpflichtet haben.

## Abfallwirtschaft bleibt in kommunaler Hand

Die Linksfraktion hat sich stets für den Erhalt der BSR als kommunales Unternehmen zur Daseinsvorsorge eingesetzt und Forderungen nach Privatisierung abgewiesen.

Die Strategien für die Abfallwirtschaft in Berlin waren bis 2001 gekennzeichnet vom Streben nach Ausbau der Müllverbrennungskapazitäten. Dies hatte die PDS-Fraktion schon bei der Formulierung der Koalitionsvereinbarung abgelehnt. Anfang 2003 haben die Koalitionspartner Vorstellungen zum Verzicht auf den weiteren Bau von Müllverbrennungsanlagen und zur Ausschreibung bei der Vergabe von Abfallmengen im Rahmen von Public-Private-Partnership, unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien, dem Parlament vorgelegt und zum Beschluss erhoben. Diese Strategie befindet sich in der Umsetzung, Berlin zeigt damit Vorbildfunktion auch für andere Bundesländer. Ein dementsprechend angepasstes Abfallwirtschaftskonzept wird noch vor der Wahl 2006 beschlossen.

Intensive Beratungen mit Senatsverwaltungen und der BSR haben dazu geführt, dass die Höhe der Deponierückstellungen aus Vorabzahlungen der Abfallverursacher überprüft wurden und nicht notwendige Rücklagen im Rahmen von Tarifneubewertungen an die Gebührenzahler zurückgegeben werden.

Die von Senator Harald Wolf aufgedeckten Ungereimtheiten bei der Berechnung von Straßenreinigungsgebühren wurden von der Koalition aufgearbeitet und geklärt. Die zuviel gezahlten Beträge wurden zwischenzeitlich zurückgezahlt. Durch verstärkte Kontrolle der Abrechnungsvorgänge bei der BSR ist das Verfahren nunmehr transparent und die Kostenverteilung verursachergerecht. Ein Ergebnis war auch die Erarbeitung eines Kalkulationshandbuchs durch die BSR und die Einführung einer »Nachbarschaftstonne« in Sied-



lungsgebieten zur Kostenreduzierung für die Bürgerinnen und Bürger.

Eine neue Berechnungsgrundlage für Straßenreinigungsgebühren konnte wegen der Interessenskonflikte der jeweiligen Anlieger leider nicht gefunden werden. Dieses Problem bedarf einer weiteren Bearbeitung.

### **Großes Augenmerk auf Kleingärten**

Maßnahmen zu Energieeinsparungen bei Gebäudesanierungen und -modernisierungen sowie bei Neubauten, der Einsatz von regenerativen Energien und die Umsetzung von Klimaschutzstrategien spielten bei der Arbeit der Koalitionspartner eine bedeutende Rolle. Neben den finanziellen Absicherungen vielfältiger Aktivitäten im Landeshaushalt wurden zusätzliche Forderungen an den Senat formuliert. Beschlossen wurden das Programm »Weg von fossilen Energieträgern – Klimaschutz schafft Arbeit« und »Neues Berliner Klimaschutzprogramm«. Damit sind Handlungsziele für die Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik im Land Berlin auf den Weg gebracht.

Auch der von der Linksfraktion in der Koalitionsvereinbarung geforderte Kleingartenentwicklungsplan liegt vor und wurde dem Parlament in Ergänzung des Flächennutzungsplan-Beschlusses von 1994 zur Kenntnis gegeben. Damit einher geht die Verlängerung der Schutzfristen für Kleingartenanlagen. 81 Prozent der kommunalen Kleingartenflächen sind nun bis 2014 und vier Prozent bis 2010 geschützt. In Wilmersdorf konnte auf Initiative der Linksfraktion eine Kleingartenanlage zusätzlich gesichert werden.

Problematisch ist die Entwicklung des Kleingartenbestands im Bezirk Pankow. Durch unkluge Entscheidungen einzelner Kleingartennutzer und daraus resultierende Gerichtsentscheidungen sind ganze Kleingartenanlagen in ihrem Bestand gefährdet.

Von der Linksfraktion wurde dazu ein parlamentarisches Gutachten beauftragt sowie ein Landesparteitagsbeschluss zum Erhalt der Kleingärten gefasst. Für weitere politische Entscheidungen zum Erhalt der Anlagen sind vor allem die bezirklichen Verantwortlichen gefordert. Diesen standen wir auch in vielen anderen Fragen mit Rat und Tat zur Seite.

Gemeinsam problematisiert wurde zum Beispiel auch die vom Senat geplante »Neuordnung der planenden und bauenden Bereiche«. Die vorgesehenen massiven Einschnitte im Bereich Pflege und Unterhaltung von städtischem Grün wurden von der Linksfraktion äußerst kritisch gesehen. Gemeinsam mit den Bezirken sind wir weiter auf der Suche nach sinnvollen Strukturänderungen.

Bei Beschlüssen zu Flächennutzungsplanänderungen und zu Bauungsplänen hat die Linksfraktion den Erhalt und die Sicherung von Grünflächen eingefordert. Beispiele dafür sind der »Spreepark« und der »Teufelsberg«.

Unter Rot-Rot wurde eine Veränderung der Baumschutzverordnung beschlossen, die nicht unumstritten ist. Sie unterstützt ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben. Die tatsächlichen Auswirkungen dieses Beschlusses sollen jedoch nicht zu massivem Verlust von Stadtgrün führen und werden deshalb intensiv unter Beobachtung bleiben.

### **Naturschutzarbeit weiter gesichert**

Problematisch diskutiert wurde in der Öffentlichkeit die Entscheidungen zum Landesimmissionsschutzgesetz. Insbesondere der Wegfall von Ruhezeiten führte bei Bürgerinnen und Bürgern zu Verunsicherungen. Nach umfassender Abwägung und Prüfung der bundes- und landesgesetzlichen Regelungen wurde dem Gesetz zugestimmt. Um ungewollte Ruhestörungen und Belastungen vermeiden zu können, wurde auf Initiative der Linksfraktion beschlossen, über zwei Jahre lang die Auswirkungen des Gesetzes zu kontrollieren. Der Senat muss darüber berichten.

Ich finde, dass sich die umweltpolitische Bilanz unserer Fraktion sehen lassen kann. Dazu zählt nicht zuletzt, dass wir die Mitarbeit im Rat der Stiftung Naturschutz auch in dieser Legislaturperiode fortgesetzt und die Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden ausgebaut haben. Daraus ergaben sich wichtige gegenseitige Abstimmungen und Informationen.

Selbst wenn das für manchen nicht so aufregend klingt: auf Initiative der Linksfraktion konnte auch der drohende Verlust des Verbandsklagerechts abgewendet werden. Die Arbeit der Naturschutzverbände wurde durch eine kurzfristige Änderung des Berliner Naturschutzgesetzes gesichert. ■

# GELD INTELLIGENT EINSETZEN

Harald Wolf



Werksschließung bei Samsung, Jobverlust bei JVC und CNH – das waren die schlechten Nachrichten des vergangenen Jahres. Sie stimmten bitter, denn diese Entscheidungen haben viel mit Globalisierungsstrategien multinationaler Konzerne zu tun, aber nichts mit der Qualität des Wirtschaftsstandorts Berlin und nichts mit dem Engagement und der Arbeitsqualität der Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter.

Ich habe mich mit diesen Nachrichten nie abgefunden, mich daher immer mit den Beschäftigten solidarisiert und entsprechende Aktionen unterstützt. Von der ersten Samsung-Demo vorm Roten Rathaus bis zur Mahnwache vorm Werkstor an Heiligabend. Auch bei JVC war ich und bei CNH.

Für den Erhalt des Spandauer Baumaschinenwerks werden wir auch weiterkämpfen. Vor kurzem habe ich eine Berliner Anwaltskanzlei damit beauftragt, staatliche Fördermittel und Vergünstigungen in Höhe von insgesamt 70 Millionen Euro einzufordern für den Fall, dass das Werk wirklich geschlossen wird. Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende, so wie ich um jeden Arbeitsplatz in Berlin kämpfen werde.

Es gibt aber auch andere Beispiele. Beispiele dafür, dass es sich lohnt in Berlin zu investieren und zu produzieren. Gillette verdient mit den Produkten seines hoch innovativen Berliner Werks weltweit gutes Geld. Dasselbe beweisen auch Schering, Berlin Chemie, BMW, Daimler Chrysler und viele andere Unternehmen mehr.

Bei meiner Arbeit habe ich immer wieder die Erfahrung gemacht, dass es in Berlin Gewerkschaften und Betriebsräte gibt mit Selbstbewusst-

sein und Verantwortungsgefühl, und dass dies ein Standortvorteil ist. Das sei denjenigen ins Stammbuch geschrieben, die meinen, man müsse nur Kündigungsschutz, Flächentarif und betriebliche Mitbestimmung schleifen, und schon würde alles gut.

Ich widerspreche dem ausdrücklich: Starke Gewerkschaften und Betriebsräte sind gut für die Wirtschaft. Ohne Betriebsrat und IG Metall hätten wir keine Chance gehabt, die Arbeitsplätze im Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk zu erhalten! Ohne Betriebsrat und IG Chemie wäre die BASF nicht mit 600 neuen Jobs nach Berlin gekommen!

## Wirtschaftspolitik muss sozial gerecht sein

Meine Industriepolitik bezieht daher Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen bewusst ein. Anfang dieses Jahres haben wir einen Fonds zur Potenzialberatung mit 500.000 Euro eingerichtet. Daraus können Betriebsräte gemeinsam mit Unternehmensleitungen externen Sachverständigen für die Modernisierung ihrer Betriebe in Anspruch nehmen. Und wenn beide Seiten diese Chance nutzen, kann sich das zum Frühwarnsystem entwickeln, das uns zeitig über Probleme in Berliner Unternehmen informiert.

Wirtschaft besteht nicht nur aus der Kapitaleseite. Es gibt auch den Faktor Arbeit. Und die Wirtschaftspolitik der Linkspartei.PDS ist mehr als Wirtschaftslobbyismus. Sie zielt auf den Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmertum und gesellschaftlicher Verantwortung, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.

Im Land Berlin können wir zwar die halbherzige und verfehlte Wirtschaftspolitik der Großen Koalition im Bund nicht ausgleichen. Die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik werden ebenfalls vom Bund verwaltet. Möglich aber ist die Besinnung auf die eigenen Stärken. Die Linke hat in Berlin bewiesen, dass Wirtschaftspolitik nur dann vernünftig und erfolgreich ist, wenn sie auch sozial gerecht ist, weil sie nur dann die nötigen Entwicklungspotenziale für die Zukunft freisetzt.

Es ist eine Binsenweisheit, dass die Berliner Wirtschaft derzeit den radikalsten Umbruch in ihrer jüngeren Geschichte erlebt. Und Brüche tun weh. Unsere Stadt hat viele Arbeitsplätze verloren. Knapp 300.000 Erwerbslose sind derzeit bei Jobcentern und Arbeitsagenturen registriert. Aber ihnen helfen wir nicht, wenn wir nach mehr Geld für die Wirtschaftsförderung rufen. Wir müssen das Geld, das wir haben, intelligenter einsetzen.

Denn es gibt Zukunftsbranchen in Berlin, die weit überdurchschnittlich wachsen. Acht oder zehn Prozent Zuwachs pro Jahr sind nicht ungewöhnlich. Es gibt den Cluster Gesundheitswirtschaft mit Medizintechnik, Biotechnologie und Optischen Technologien, die IT-Branche mit Medien und der gesamten Kreativ-Wirtschaft, die Verkehrstechnik.

Hier entstehen auch die Jobs der Zukunft. Für diese Branchen haben wir eine abgestimmte und ganzheitliche Innovationsstrategie gemeinsam mit den Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt. Das ist meine Idee von wirtschaftlichem Fortschritt: Innovation statt Billiglöhne, Erfolg durch gemeinsames Handeln.



Wir dürfen aber auch nicht die Augen davor verschließen, dass nicht alle, die heute erwerbslos sind, morgen schon neue Arbeit in den aufstrebenden Branchen finden werden. Auch der nächste Konjunkturaufschwung wird den hohen Sockel der Dauerarbeitslosigkeit nicht völlig abtragen. Das bedeutet, dass eine vorausschauende und innovative Wirtschaftspolitik durch eine durchdachte Arbeitsmarktpolitik ergänzt werden muss.

Dass Hartz dazu der falsche Weg ist, habe ich von Anfang an gesagt. Es hat mir heftige Kritik eingebracht, aber es tröstet auch nicht, dass das Scheitern so offenkundig ist. Außer bürokratischem Chaos haben Hartz I bis IV nichts gebracht, vor allem nicht einen neuen Arbeitsplatz.

Doch die simple Lösung »Hartz IV muss weg« ist auch keine Lösung. Wir haben in Berlin die engen Spielräume eines Bundeslandes zu Gunsten der Betroffenen genutzt. Heidi Knake-Werner hat im Senat eine großzügige Regelung zur Anerkennung der Wohnkosten für Hartz IV-Empfänger durchgesetzt. Ich habe ein Programm aufgelegt, um Zusatzqualifikation für Alg II-Empfänger zu finanzieren. Dieses Programm wollen wir auch auf Erwerbslose ausdehnen, die kein Anrecht auf Alg II haben, weil ihre Partner über ein Einkommen verfügen.

### **Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit**

Aber ich will mehr. Ich will Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive auf dem ersten oder auf dem zweiten Arbeitsmarkt geben – ohne Zwang und ohne Stig-

matisierung. Deswegen will ich einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zwischen Markt und Staat: mit regulärer, sozialversicherungspflichtiger, aber öffentlich finanzierter Arbeit.

Dort kann Arbeit für das Gemeinwesen geleistet und über öffentliche Anschubfinanzierung zahlende Nachfrage stimuliert werden. Wenn wir die Mittel bündeln, die aus verschiedenen Töpfen heute schon für Wohnen, Alg II und Zusatzjobs an Hartz IV-Empfänger fließen, können wir den Einstieg in dieses Modell finanzieren. Die Debatte dazu läuft, die Linkspartei.PDS hat sie begonnen.

Arbeitslosigkeit trifft gering qualifizierte besonders hart und häufig. Mehr als die Hälfte der Langzeitarbeitslosen haben keine oder nur eine schlechte Ausbildung. Gering qualifizierte und somit auch niedrig entlohnte Arbeit wird heute noch unverhältnismäßig stark mit Sozialabgaben belastet. Das wollen wir ändern.

Und zwar nicht, indem man durch Kombilöhne und Kürzung des Alg II die niedrigen Löhne noch weiter drückt. Sondern, indem die Solidargemeinschaft der Steuerzahlerinnen und -zahler die Sozialabgaben für diese Einkommensgruppen übernimmt. Durch einen Freibetrag bei den Sozialabgaben hätten diese Menschen netto mehr in der Tasche, die Bruttoausgaben für ihre Arbeitgeber würden sinken. Wir wollen schon bald in Berlin einen Modellversuch hierzu beginnen.

Als erster und bisher einziger Wirtschaftsminister in Deutschland habe ich mich für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns eingesetzt. Inzwischen haben wir eine

breite öffentliche Debatte darüber. Und auch viele Wirtschaftsverbände lehnen die Idee nicht mehr rundheraus ab.

Wir schwimmen bewusst gegen den neoliberalen Mainstream. Aber wir verharren nicht in Fundamentalopposition gegen die herrschenden Verhältnisse, sondern verändern sie Schritt für Schritt. Das ist in der Stadt zu spüren.

Dazu zählt auch die mit Wirtschafts-, Frauenverbänden und DGB auf den Weg gebrachte Landesinitiative für die Gleichstellung von Frauen. Wir wollen gemeinsam die Erwerbstätigkeit und die Teilhabe von Frauen in der Wirtschaft steigern.

Solche Initiativen sind möglich, weil der rot-rote Senat mittlerweile auf breite Akzeptanz trifft. Das führt die alte These unserer politischen Gegner, die Linkspartei.PDS werde die Stadt spalten, ad absurdum. Stattdessen hat diese Regierung die Einheit der Stadt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärker befördert als zehn Jahre Große Koalition. Das macht mich – bei allen Schwierigkeiten in der täglichen Arbeit – zufrieden. Und deshalb bin ich überzeugt davon, dass die Bilanz der Linkspartei.PDS in der Berliner Regierung sich sehen lassen kann. ■

# HELFEN UND HOFFEN

## Norbert Pewestorff



Es gibt Tage im Leben eines Abgeordneten, an denen es jenseits von parlamentarischen Auseinandersetzungen und des Wettstreits um das beste politische Konzept einfach darauf ankommt, an der Seite der Betroffenen zu stehen.

Der 24. Dezember 2005 ist so ein Tag. Es ist kalt, es nieselt. Diese feuchte Kälte zieht langsam in die Körperteile. Keine Spur von Weihnachten. Viele von denen, die sich an diesem Heiligen Abend vor dem Werktor von Samsung in der Oberschöneweider Ostendstraße zu einer Ökumenischen Andacht treffen, haben in den letzten Tagen hier bei noch schlechteren Bedingungen Mahnwache gestanden. Jetzt sind sie mit ihren Partnern, ihrer Partnerin und Kindern gekommen.

Seit jenem 21. September, als der Belegschaft der Samsung SDI Germany GmbH in Berlin-Oberschöneweide auf einer Betriebsversammlung mitgeteilt wurde, dass die Produktion von Farbbildröhren zum 31. Dezember 2005 eingestellt wird und 750 von 800 Mitarbeitern ihren Job verlieren werden, haben sie gekämpft, sich in ganz unterschiedlichen Aktionen Aufmerksamkeit verschafft und – ja, sie wollten beweisen, dass sie fit sind – Rekordschichten gefahren. Sie haben um eine Chance für sich und »ihr« Werk gekämpft. Sie haben sogar wirtschaftliche Alternativen aufgezeigt und waren zu (weiterem) Verzicht bereit.

### So lange ihr kämpft, kämpfen wir für euch

Die Kamerateams der Fernsehsender nehmen die Bilder der Mütter mit ihren Kindern gern, erinnern diese doch an diesem Abend an eine an-

dere Mutter und ein anderes Kind vor mehr als 2000 Jahren, auch damals unter widrigen Umständen. Noch ahnt hier niemand, dass schon am Freitag darauf in einer sehr eilig einberufenen Betriebsversammlung die, wie später berichtet wird, »anwesenden IG-Metall-Mitglieder mehrheitlich für einen Sozialplan und die Beendigung der Kampfmaßnahmen stimmen« werden.

Am 31. Dezember werden fast alle Samsung-Mitarbeiter ihre ordentliche Kündigung im Briefkasten haben. Doch am Heiligabend ist die Hoffnung für sie, was zählt. Nicht nur Kirchenvertreter, auch der Berliner DGB-Chef, der Bezirksbürgermeister und unser Wirtschaftssenator Harald Wolf sind in diesen Stunden zu ihnen gekommen.

Wolf sieht an diesem Nachmittag noch ernster aus als gewöhnlich. Er hat den Beschäftigten Mut gemacht, ihre Entschlossenheit angestachelt. – So lange ihr kämpft, können wir auch für euch kämpfen. – Falsche Versprechen macht er nicht. Er weiß, dass bei Samsung das Management schlicht verschlafen hat, die Produktion umzustellen auf ein zukunftsfähiges Produkt.

Bei anderen Unternehmen sind aus anderen Gründen Arbeitsplätze in Gefahr und auch dort ist, wie zum Beispiel bei CNH, der Kampf noch nicht vorbei. Bei CNH wird der Senator jeden Cent Fördermittel zurückfordern, dieses Druckmittel will er nutzen, falls das Unternehmen in Berlin dicht macht.

Und bei Siemens Hausgeräte in Spandau ist es immerhin gemeinsam mit den Betriebsräten gelungen, Arbeitsplätze zu erhalten.

Berlin ist kein Einzelfall. Allein in der kurzen Zeit seit der Bundestags-

wahl 2005 sind in der Bundesrepublik von Großunternehmen Entlassungen von fast 100.000 Beschäftigten angekündigt worden.

### Gute Entwicklungen sind kein Einzelfall

An einem Tag wie diesem Heiligabend würde es nicht helfen, von den positiven Entwicklungen in der Stadt zu reden. Dabei haben wir einiges vorzuweisen: den gemeinsam mit Gewerkschaften, Kammern und Unternehmerverbänden begonnenen Industriedialog. Oder dass es unter Rot-Rot endlich gelungen ist, all die bislang existierenden Institutionen zu bündeln und mit der IBB eine Landesförderbank zu etablieren.

Die an diesem Tag versammelten Samsung-Beschäftigten und ihre Angehörigen kann nicht trösten, dass Berlin Grund zur Freude hatte als Sony bekanntgab, seine Europazentrale von Köln an die Spree zu verlegen. Oder dass Bombardier sein weltweites Unternehmen von Berlin aus leitet.

Gerade jetzt, in den Tagen des Vorwahlkampfes, versucht die politische Opposition zu verbreiten, dass ja viel mehr Unternehmen nach Berlin kommen würden, wenn hier nicht Rot-Rot regierte. Das ist Quatsch. Unserer Fraktion und unserem Senator ist kein Unternehmen bekannt, dass das so sieht. Ganz im Gegenteil: Daimler-Crysler hat in Berlin in die Motorenproduktion investiert und 600 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und im selben Bezirk, in Treptow-Köpenick, will Berlin-Chemie bis zum Ende des Jahrzehnts die Zahl der Beschäftigten verdoppeln. Gillette, Jamba, BASF, MTV, Lufthansa und Jenoptik – sie alle ha-

ben in Berlin investiert und Arbeitsplätze geschaffen.

Es ist die Zeit der Umbrüche. Viel neues entsteht, aber lange nicht genug. Manches könnte längst weiter sein, hätten unsere Vorgänger von der Großen Koalition Finanzmittel klüger eingesetzt und auf Großprojekte wie Olympia verzichtet. Und immer wieder gibt es besonders im Bereich der Industrie Rückschläge.

An diesem 24. Dezember fahren die Straßenbahnen langsam an den vor dem Samsung-Werktor Versammelten vorbei. Sie klingeln, viele Autos hupen als Zeichen der Sympathie. Auch das gibt Kraft.

Die Menschen in Oberschöneweide, Bewohner und Gewerbetreibende haben den Samsung-Kampf zur Rettung ihres Produktionsstandortes vielfältig unterstützt. Das fällt nicht leicht in einer Gegend in der

seit 1990 Zehntausende ihre Arbeit verloren haben. In ganz Berlin waren es in der Industrie von 1991 bis 2004 fast 200.000 Stellen.

Es ist tröstlich zu wissen, dass Untersuchungen von Wirtschaftsinstituten gerade der Industrie im Ostteil der Stadt mit den vielen Neugründungen und einem hohen Innovationspotential auch weiterhin gute Entwicklungschancen einräumen. Unter anderem der Maschinenbau, die Chemische Industrie, die Medizintechnik, der Fahrzeugbau und die Optik hätten erhebliche Potentiale.

Es scheint, als würde der Regen etwas nachlassen. Die Samsungmitarbeiter erzählen von ihrer Arbeit, ihren Familien, dass sie eine gute Ausbildung haben und von der Fachhochschule für Wirtschaft und Technik (FHTW), die ja auch in Oberschöneweide angesiedelt wurde, weil

Samsung sich da gewisse Synergieeffekte versprach.

### Keine einfache Situation für die Betroffenen

In alten Tonnen vor dem Werktor brennen wärmende Feuer. Die Plätze an ihnen sind begehrt. Welches Feuer hilft gegen die soziale Kälte, frage ich mich. Wenn das Unternehmen dicht macht, was geschieht mit diesen Menschen? Finden sie neue Jobs, schließlich sind sie gut qualifiziert. Oder werden sie sich einreihen in die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger, ein Jahr später auf Hartz IV?

Es ist keine einfache Situation für die Betroffenen und auch nicht für die, die in dieser Zeit an ihrer Seite stehen. Es ist ihnen wichtig, dass auch ein Senator und Vertreter der Regierungspartei zu ihnen gekommen sind, die die Eigentümer zumindest daran erinnern haben, dass Unternehmen auch soziale Verantwortung übernehmen müssen. Auch, wenn sie weit weg in Korea sitzen:

Stunden später werden die Besucher wieder ihrer Wege gehen und die Mahnwache bleibt auch in der Weihnachtsnacht allein zurück.

Nur sechs Tage darauf werden alle wissen, dass sie den Kampf um die Arbeitsplätze verloren und den vorliegenden Sozialplan bewerten müssen. Der, soviel ist ganz sicher, hätte ohne ihren Protest und ihren Kampf deutlich schlechter ausgesehen.

Ein schwacher Trost. Ich habe selten an Heilig Abend so gefroren. Ich gehe – traurig, bedrückt, zornig und höre noch wie ein Arbeiter zum Kollegen an seiner Seite sagt: »So ein Scheiß, dieser Kapitalismus.« ■



# BÜROKRATIE EINGESPART

Marion Seelig



Die Oppositionsparteien klagen in der Auseinandersetzung mit uns immer wieder, dass in Berlin nicht einfach nur gespart werden dürfe, sondern strukturelle Veränderungen notwendig sind. Prima Sache, doch sie laufen damit offene Türen ein. Denn so mancher Euro wurde in den Jahren der Großen Koalition verschleudert und kam auch nicht den Bürgerinnen und Bürger zu Gute, weil damit veraltete Strukturen am Leben gehalten wurden.

Auch bei der Berliner Polizei hatten wir damit zu tun. Und heute, nach knapp fünf Jahren Mitregierens in Berlin können wir durchaus sagen: Zu einem großen Teil ist es gelungen umzusteuern. Einerseits musste wie viele Berliner Institutionen auch die Polizei nicht unerhebliche Einsparungen hinnehmen. Was jedoch keineswegs bedeutet, dass den Sicherheitsansprüchen der Berlinerinnen und Berliner nicht mehr genügt werden kann. Andererseits stehen wir noch immer vor dem Problem, dass die Bundesregierung – egal welcher Couleur – sich nicht ausreichend an den Sicherheitsaufgaben, die dadurch anfallen, dass Berlin Hauptstadt ist, beteiligt. So haben wir das Dilemma, dass einerseits die Polizeireform wirkt und damit Polizeikräfte aus den vormals überdimensionierten Stäben aus ehemals zwei Führungsebenen freigesetzt werden konnten, aber andererseits die Aufgaben durch die Bundesregierung gleichzeitig angewachsen sind.

## Hauptstadtaufgaben fordern Polizei zusätzlich

Die Bewachung der Botschaften, Staatsbesuche, eine Vielzahl von Demonstrationen, deren Adressa-

ten Reichstag und Bundesministerien sind, sowie die erheblichen Anstrengungen bei der Abwehr terroristischer Gefahren bedürfen dringend eines erhöhten Engagements der Bundesregierung und können nicht unserem Haushaltsnotlage-land überlassen bleiben.

Trotzdem hat sich der Berliner Weg bewährt. Viel Bürokratie konnte abgebaut werden.

So ist das Landesschutzpolizeiamt aufgelöst, die Aufgaben des Landespolizeiverwaltungsamtes sind auf die Direktionen verteilt bzw. mit der Serviceaufgabe der Aus- und Fortbildung zu einer zentralen Serviceeinheit zusammengeführt worden. Die jetzt sechs Polizeidirektionen arbeiten eng mit den Bezirksämtern zusammen und können mit der ihnen zugewachsenen Kompetenz eigenständiger und flexibler auf besondere Problemlagen in ihren Bereichen eingehen.

Auch die Abschnitte haben mit der Ausweitung des Berliner Modells mehr Eigenverantwortung und mit einem jeweils eigenen Präventionsbeauftragten auch einen Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger des Kiezes, noch bevor es zu Straftaten kommt.

Daneben haben sich inzwischen die bezirklichen Ordnungsämter etabliert, die die Polizei von vielen Aufgaben, die nie wirklich Polizeiaufgaben waren, entlasten sollen. In Parks, auf Gehwegen und bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs sieht man inzwischen die blauen Uniformen mit den jeweiligen Bezirkswappen. Auch wenn die Bezirke ihre jeweiligen Prioritäten unterschiedlich setzen, so ist zumindest gewährleistet, dass eine erhöhte Aufmerksamkeit auf die

Einhaltung ordnungsrechtlicher Vorschriften gerichtet ist.

Besonders bewährt hat sich auch, dass in Berlin – anders als in vielen Bundesländern – die Polizei für den gehobenen Dienst nicht mehr in einer Polizeifachschule ausgebildet wird, sondern an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) ihren Studienbereich hat und der Wissenschaftsverwaltung untersteht. Somit lernen zukünftige Gruppenleiter und Kommissare in einem richtigen Hochschulbetrieb mit Gremien und Mitbestimmung auch schon während ihrer Ausbildung »Demokratie direkt«. Das hat das Klima in einer Behörde, die das Gewaltmonopol des Staates mit den Mitteln des unmittelbaren Zwangs durchsetzen kann und auch muss, spürbar verändert.

## Kennzeichnung von Gruppen ist erster Schritt

Ein Modellprojekt zur Durchsetzung der freiwilligen individuellen Kennzeichnung durch ein Namensschild hat bisher mehr als 60 Prozent Beteiligte erreicht. Das haben wir außerordentlich begrüßt. Es ist auch ein Signal für Bürgernähe und gegen Abschottung im Apparat.

Damit ist allerdings das Problem nicht gelöst, dass einzelne Beamte in geschlossenen Einheiten nicht erkennbar sind. Hauptsächlich bei deren Einsätzen kommt es zu realen oder vermeintlichen Übergriffen, beispielsweise gegenüber Demonstrantinnen und Demonstranten, die dann keinem Einzelnen zugeordnet werden können. Die individuelle Kennzeichnungspflicht scheiterte bisher an dem heftigen, auch irrationalen Widerstand aller Betroffenen und ihrer Gewerkschaften.



Wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, wollten wir uns trotzdem darum bemühen, im Einvernehmen eine solche Kennzeichnung durchzusetzen. Eine erste Lösung ist inzwischen mit der Gruppenkennzeichnung erreicht worden, bei der ein großes Schild auf der Uniform mit einer vierstelligen Nummer die Zuordnung zu einer Gruppe von zirka sechs Beamtinnen und Beamten ermöglicht. Wir haben nach wie vor das Ziel der individuellen Kennzeichnung, glauben aber, dass es kontraproduktiv ist, dies mit einem Gesetz gegen den erklärten Willen der Beteiligten durchzusetzen, zumal die Gruppenkennzeichnung erst einmal in der Praxis geprüft werden muss.

Für historisch Interessierte sei noch einmal daran erinnert, dass unter Rot-Grün in Berlin 1989 der Versuch, Deeskalation und eine neue Polizeiphilosophie von oben nach unten durchzusetzen, grandios gescheitert ist. Jahrelang waren danach der Begriff und die Praxis der Deeskalation bei der Berliner Polizei diskreditiert.

Wenn es heute in der Berliner Polizei üblich ist, bei sogenannten Großlagen Anti-Konflikt-Teams einzusetzen, die das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen, wenn vor dem 1. Mai die Polizei in Kreuzberg nicht nur mit der Bezirksverwaltung, sondern auch mit Bürgerinitiativen und Migrantinnen- und Migrantenvereinen eng zusammenarbeitet, wenn zunehmend den zivilgesellschaftlichen Kräften, die sich gegen Neonazi-Aufmärsche zur Wehr setzen, ermöglicht wird, ihren Protest nahe an diesen Demonstrationen auszudrücken, und wenn ein Polizeipräsident sich offen und öffentlich mit Fehlverhalten auseinandersetzt,

dann hat sich in der Berliner Polizei in den letzten Jahren Erstaunliches getan. Dazu zählt nicht zuletzt, dass bei der Vergabe von Stellen endlich auch verstärkt Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund angesprochen werden.

#### **Ausstattung der Polizei wurde verbessert**

Möglich war das nur in einem Prozess des Dialogs zwischen Politik und Polizei, denn gerade auch mit dem Anwendungstarifvertrag für den Öffentlichen Dienst und der Kürzung des Einstellungskorridors wurde der Polizei nicht wenig, wenn auch durch die Haushaltssituation Notwendiges, zugemutet. In den Beratungen zum Berliner Landeshaushalt ist es uns immerhin auch gelungen, nach und nach eine bessere Ausstattung der Polizei umzusetzen. So muss sich niemand mehr über fehlende Sicherheitswesten beschweren, der Fuhrpark konnte durch günstigere Leasingverfahren erneuert werden (wenn auch nicht immer ganz erfolgreich, denn mal waren die Autos zu schnell, mal gab die Batterie bei Blaulicht den Geist auf), die Informations- und Kommunikationstechnik wurde auf mitteleuropäischen Standard gebracht und den Digitalfunk wird es absehbar auch geben, zumindest hat Berlin das Geld bereitgestellt, um an der bundesweiten Einrichtung teilzunehmen.

Mit POLIKS ist es in Berlin zum ersten Mal seit Jahrzehnten gelungen, ein Großprojekt in Sachen moderner Kommunikation zum Einsatz zu bringen, das in Zukunft die notwendige Vernetzung mit Benutzerkomfort vereinigt, auch wenn Kinderkrankheiten solcher Systeme

zur Zeit noch viel Anlass zur Klage geben.

Dass in einer ersten Legislaturperiode Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS nicht alle Bürgerrechtsträume wahr werden, noch dazu unter Rahmenbedingungen wie den Antiterrorgesetzen und der damit einhergehenden Sicherheitshysterie, müsste nachvollziehbar sein, aber strukturelle Veränderungen wie auch das veränderte Denken zeigen die Berliner Polizei auf dem Weg zu einer bürgernahen, modernen Hauptstadt-polizei mit sozialer und interkultureller Kompetenz. ■

# AM BESTEN IM VEREIN

## Walter Kaczmarczyk



Im Sommer 2006 schaut die ganze Welt auf die Sportstadt Berlin. Berlin ist gemeinsam mit anderen deutschen Städten Gastgeberin eines der größten Sportereignisse der Welt – der Fußball-Weltmeisterschaft.

Das Internationale Deutsche Turnfest und weitere internationale Sportveranstaltungen sind dem vorausgegangen und weitere folgen in den nächsten Jahren. Ein Höhepunkt wird die Ausrichtung der Leichtathletik-WM in Berlin im Jahre 2009 sein. Jährlich wiederkehrende Sportereignisse wie der Berlin-Marathon begeistern nicht nur die Aktiven sondern sind Beweis für die Sportbegeisterung der Berlinerinnen und Berliner.

Sport hat in Berlin Verfassungsrang. Er ist aus dem Leben dieser Stadt nicht wegzudenken. Folgerichtig ist der Sport in Berlin Chefsache geworden. Der rot-rote Senat hat gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Berliner Sportlerinnen und Sportler und ihre Gäste aus aller Welt hier beste Bedingungen vorfinden und sich wohlfühlen können.

### Mit Enthusiasmus und Engagement

Für die Linkspartei.PDS-Fraktion ist der gemeinnützige Vereinssport Kernstück des Berliner Sports. Über 540.000 organisiert Sporttreibende sind Beleg für das große Interesse der Berlinerinnen und Berliner am Sporttreiben, für ihren Enthusiasmus und ihr ehrenamtliches Engagement.

Rot-roter Sportpolitik ist es gelungen, die Existenzgrundlage des Vereins- und Freizeitsports, die unent-

geltliche Nutzung öffentlicher Sportanlagen für gemeinnützige Sportvereine, Kitas und Schulen auch unter den Bedingungen einer Haushaltsnotlage zu erhalten. Sie ist Voraussetzung dafür, dass jeder Bürger und jede Bürgerin unabhängig vom Geldbeutel Chancengleichheit beim Zugang zu sportlicher Betätigung hat.

Schwierig war und ist unter den Bedingungen der knappen Finanzen der Erhalt bzw. die Sanierung der öffentlichen Sportanlagen. Das Olympiastadion wurde zwar erfolgreich und mit Unterstützung des Bundes beispielhaft modernisiert, doch der Sanierungsbedarf der Sportanlagen in den Sozialräumen der Bezirke ist angesichts der knappen Kassen ein großes Problem. Es war und ist daher wichtig, dass das Schul- und Sportanlagen-sanierungsprogramm fortgeführt wurde und wird, wenn auch der finanzielle Umfang reduziert werden musste. 2005 profitierten davon 43 Sportanlagen sowie 205 Schul- und Schulsportanlagen, darunter das Poststadion in Mitte, das Eisstadion Neukölln, der Sportplatz Cecilienstraße in Marzahn-Hellersdorf und der Sportplatz Halcker-Zeile in Tempelhof-Schöneberg. Auch die Aufgabe von Schulstandorten aufgrund zurückgegangener Schülerzahlen führte nicht gleich dazu, dass auch die Schulsportanlagen geschlossen werden musste. Sie blieben erhalten, weil die Medientrennung über das Schul- und Sportanlagenprogramm finanziert werden konnte.

Weitere wichtige Maßnahmen zur Sicherung der Berliner Sportanlagen waren die Neuausrichtung der Vereinsbauförderung und die Schaffung der Möglichkeit, dass gemeinnützige Sportvereine ihre Sportanla-

gen zu sehr günstigen Bedingungen kaufen konnten.

Weiterhin wurden die Bedingungen präzisiert und verbessert, zu denen Vereine »Schlüsselverantwortung« für Sportanlagen übernehmen können.

### Sportpolitik ist Sozialpolitik

Eine besondere Herausforderung ist sicher der Erhalt der Deutschlandhalle für den Berliner Eissport. Die Linkspartei.PDS-Fraktion setzte sich dafür ein, dass die Planungen für den Bau einer neuen Eissporthalle forciert werden.

Soll eine Sportanlage zugunsten anderer Nutzungen dennoch aufgegeben werden, ist das nach Änderung des Sportfördergesetzes nur möglich, wenn das öffentliche Interesse an einer anderen Nutzung überwiegt und das Abgeordnetenhaus dem zustimmt. Um genau zu wissen, wie viele und welche Sportanlagen in Berlin und den Bezirken benötigt werden, ist die Fortschreibung der Sportstättenentwicklungsplanung notwendig.

Ein besonderer Schwerpunkt rot-roter Sportpolitik war und ist es, die Berliner Bäder zu erhalten und die Berliner Bäderbetriebe wirtschaftlich zu konsolidieren. Hier sind wir ein gutes Stück vorangekommen, aber längst nicht da, wo wir hinwollen. Mit einer Änderung des Bäderanstaltsgesetzes haben wir zunächst die Grundlage dafür geschaffen, dass Bezirke, gemeinnützige Vereine und die Privatwirtschaft die Möglichkeit erhalten, Bäder in eigener Regie zu betreiben oder sich am Betrieb zu beteiligen. Am Anfang der Legislaturperiode sind einmalig eine Reihe von Bädern geschlossen



worden. Mittlerweile gibt es erfreulicherweise Überlegungen, im Einzelfall Schließungen wieder rückgängig zu machen.

Das SEZ wurde erfolgreich privatisiert und steht den Bürgerinnen und Bürgern bis zur endgültigen Wiederherstellung bereits jetzt wieder in Teilbereichen zur sportlichen Nutzung zur Verfügung.

Sportpolitik ist Sozialpolitik. Sportvereine haben eine wichtige soziale, kommunikative und integrative Funktion in unserer Gemeinschaft. Insbesondere die zielgruppenorientierte Arbeit der Berliner Sportvereine ist anerkennenswert. Der Berliner Sport hat zum Beispiel für Kinder und Jugendliche noch mehr Verantwortung übernommen. Die Linkspartei.PDS-Fraktion unterstützt dieses Engagement ausdrücklich.

Sport ist nicht nur eine der liebsten Freizeitbeschäftigungen der Kinder und Jugendlichen, er dient auch der Gesundheit und fördert soziale Kompetenzen. Deshalb hat die rot-rote Landesregierung im März 2004 eine Rahmenvereinbarung mit der Berliner Sportjugend über die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen in der Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern abgeschlossen. Das Aktionsbündnis zwischen Landessportbund, Sportjugend und Landesschulamt für eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen wird fortgesetzt. Es gibt bereits über 500 Vereinbarungen zwischen Schulen und Sportvereinen.

Im Rahmen der umfangreichen Reformen der Berliner Schule, unter anderem der Schulzeitverkürzung bis zum Abitur, hat die Linkspartei.PDS großen Wert darauf gelegt, dass

auch weiterhin drei Wochenstunden Sport erteilt werden. Um dem Sport auch in der frühkindlichen Förderung einen größeren Stellenwert einzuräumen, hat die Linkspartei.PDS-Fraktion die Übernahme von ehemals öffentlichen Kitas in die Trägerschaft der Berliner Sportjugend unterstützt. Bis Ende des Jahres haben Berliner Bezirke 11 Kitas mit zirka 1.500 Plätzen in die Trägerschaft der Sportjugend übertragen und es sollen noch mehr werden.

### **Sport-Events stärken Wirtschaft**

Der Berliner Spitzensport ist ein Markenzeichen dieser Stadt. Die Grundlagen für Spitzenleistungen im Sport werden in frühester Jugend gelegt. Im neuen Berliner Schulgesetz wurde der besondere Status der vier Berliner Sportschulen gesetzlich verankert. In Zusammenarbeit mit dem Landessportbund und dem Berliner Olympiastützpunkt wurde die leistungssportliche Förderung neu organisiert. Mit der Errichtung eines Schul- und Leistungssportzentrums und der Installation des Hauses der Athleten wurden die Grundlagen gelegt, um die leistungssportliche Förderung zukunftssicher zu machen. Ziel ist es, besser als bisher den Leistungssport mit der schulischen Ausbildung zu vereinbaren. Wir sind sicher, dass dies gelingen wird.

Der Sport in Berlin ist zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor geworden. Eine aktuelle Studie belegt, dass allein die vier Sport-Highlights Berlin-Marathon, ISTAF-Stadionfest, Internationales Deutsches Turnfest und die Beach-Volleyball-WM der Berliner Wirtschaft zusätzliche Einnahmen von über 65 Millionen Euro brachten haben. Es lohnt also, Spor-

tereignisse von internationalem Rang in die Stadt zu holen.

Es ist auch zu überlegen, wie der kommerzielle und Profisport besser als bisher durch die Berliner Wirtschaft unterstützt werden könnte. Die Linkspartei.PDS-Fraktion tritt dafür ein, dass die öffentliche Sportförderung dem gemeinnützigen und Freizeitsport vorbehalten bleibt. Die knappen Mittel sollen denjenigen zugute kommen, die sie wirklich benötigen.

Diese Überlegungen haben wir auch unseren Entscheidungen vorangestellt, die notwendig waren, um seitens des Sport einen Beitrag zur Berliner Haushaltskonsolidierung zu leisten. Für die Unterstützung gilt insbesondere dem Landessportbund und seinen vielen Mitgliedern unser Dank. Die Linkspartei.PDS-Fraktion wird dem Berliner Sport auch zukünftig ein verlässlicher Partner sein. ■

# RASENMÄHER HAT AUSGEDIENT

## Stefanie Schulze



Die Länder und Kommunen haben 2006 erneut weniger Geld zur Finanzierung der Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge zur Verfügung als noch vor Jahren.

Das ist zu kritisieren und deshalb hat auch die Linkspartei.PDS-Fraktion in Berlin politische Forderungen einer dringend notwendigen Umsteuerung und besseren Finanzierung der Kommunen erhoben. Klar wurde uns in Regierungsverantwortung aber auch, dass, solange auf Bundesebene keine spürbaren Veränderungen zu verzeichnen sind, wir in der politischen Verantwortung in Berlin Lösungen entwickeln müssen, die garantieren, dass die für die Versorgung der Bevölkerung notwendige soziale und gesundheitliche Infrastruktur trotzdem zur Verfügung gestellt wird und möglichst weiterentwickelt werden kann.

Bundesweit sind viele Kommunen – insbesondere große Städte wie Berlin bilden da keine Ausnahme – mit den Folgen zunehmender sozialer Ungleichheit und sozialräumlicher Polarisierung konfrontiert und müssen in ihrem unmittelbaren Verantwortungsbereich Strategien entwickeln, wie unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen die Sicherung der öffentlichen Daseinsfürsorge aussehen kann und auf welcher Grundlage sie Entscheidungen für die Verteilung öffentlicher Ressourcen treffen wollen.

Ein gutes und noch dazu für andere Kommunen und Länder beispielgebendes Ergebnis eines konstruktiven Umgangs mit dieser Situation ist der Abschluss von langfristigen Kooperationsverträgen zur Sicherung der gesamtstädtischen gesundheitlichen und sozialen Projektstrukturen, wie er in Berlin gelungen ist.

Die Berliner Verträge mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände und der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales, Migration und Verbraucherschutz und die damit verbundenen innovativen Entwicklungen im Sozialbereich und Gesundheitsbereich haben bundesweit Modellcharakter und werden von anderen Bundesländern mit großem Interesse verfolgt.

### Bundesweiter Modellcharakter

In keinem weiteren Bundesland gibt es für Träger im Gesundheits- und Sozialbereich derart langfristige Vertragsgestaltungen, die es ermöglichen, eine gesamtstädtische soziale und gesundheitliche Infrastruktur von Projekten abzusichern.

Die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin und die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz haben zwei wichtige Verträge mit einer Laufzeit von fünf Jahren ab 2006 zur Finanzierung und Weiterentwicklung von überbezirklichen Projekten der sozialen und gesundheitlichen Versorgung in Berlin unterzeichnet. Das ist zum einen der LIGA-Vertrag »Soziales« und zum anderen der »Integrierte Gesundheitsvertrag«.

### Verträge für »Soziales« und »Gesundheit«

Mit dem LIGA-Vertrag »Soziales« werden zirka 150 gesamtstädtische Projekte aus den Bereichen Alten- und Behindertenhilfe, Selbsthilfe und Ehrenamt, Wohnungslosen- und Straffälligenhilfe sowie Migrantenarbeit gefördert. Dafür stehen im Jahr 2006 rund 15 Millionen Euro zur Verfügung.

Der »Integrierte Gesundheitsvertrag« berücksichtigt vier Handlungsfelder chronischer Erkrankungen und besonderer gesundheitlicher Bedarfslagen: HIV/AIDS, sexuell übertragbare Erkrankungen, Drogen und Sucht. Neu ist die Einrichtung eines Innovationsfonds, der Modellprojekte im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention unterstützen soll. In diesem Vertrag werden etwa 110 Projekte finanziert. Im Jahr 2006 stehen dafür rund elf Millionen Euro zur Verfügung.

### Planungssicherheit für fünf Jahre

Die Förderung gesamtstädtischer gesundheitlicher und sozialer Projektstrukturen ist für mehrere Jahre gesichert. Das war und ist angesichts der Finanzsituation des Landes Berlin für alle Vertragsparteien ein hoch zu wertendes Ergebnis. Dabei ist es besonders wichtig, dass es gelungen ist, für die vielen Projekte eine Planungssicherheit für fünf Jahre garantieren zu können. Das schützt die Projekte in den nicht seltenen Phasen der Haushaltssperre vor Finanzierungseinbrüchen und die Nutzer der Projekte vor Schließungen.

An die Stelle jährlicher Streichungen nach dem Rasenmäherprinzip traten mit der LIGA vereinbarte Kürzungsquoten, die über drei beziehungsweise fünf Jahre vorab ausgehandelt wurden und bei deren Umsetzung die Projekte eine Mitsprachemöglichkeit haben.

Das bringt viele Vorteile mit sich: größere Gestaltungsspielräume für die Projekte, mehr Qualitätsentwicklung für das zur Verfügung gestellte Geld und vor allem natürlich eine gesicherte soziale und gesundheitliche Struktur von Projekten in Berlin.

Der Geschäftsführer des Paritätischen Berlin, Oswald Menninger, sagt selbst zu den neuen Verträgen: »Wir sind sehr froh, dass es gelungen ist, die Förderung für die überbezirklichen Gesundheitsprojekte für fünf weitere Jahre zu sichern. Das große gesundheitspolitische Ziel, das wir mit dem Vertrag anstreben, ist die Weiterentwicklung der Projektbereiche zu einem Gesundheitsnetzwerk Berlin. Wir sehen dies als Vertragspartner als große Herausforderung, der wir uns gern stellen.«

### **Ziele: Förderung von niedrigschwelliger Hilfe und Beratung**

Die Projekte bieten vor allem niedrigschwellige Hilfe und Beratung an, dazu zählen Projekte:

- der Wohnungslosen-, Straffälligen- und Bewährungshilfe mit An-

lauf- und Beratungsstellen, sowie Wohnhilfen für Obdachlose und Haftentlassene;

- der ambulanten und offenen Altenhilfe, zum Beispiel die berlinweit verteilten Koordinierungsstellen »Rund ums Alter« und die Mobilitätshilfedienste;

- der Behindertenhilfe, darunter Beratungsstellen und Freizeitangebote;

- zur Selbsthilfe, die nach drei Jahren Anschubfinanzierung weiter gefördert werden;

- zur Aktivierung von Erfahrungswissen und zur Förderung ehrenamtlicher Arbeit, darunter ehrenamtliche Besuchsdienste und der Treffpunkt Hilfsbereitschaft, der zurzeit den fünften Berliner Freiwilligentag im September 2006 vorbereitet;

- der überbezirklichen psychiatrischen und psychosozialen Versorgung und

- der Gesundheitshilfe, darunter viele Selbsthilfegruppen für Menschen mit schwerwiegenden chronischen Erkrankungen.

### **Selbstorganisation und Selbsthilfe**

Der große Vorzug der Arbeit in den Projekten ist, dass sie in hohem Maße Freiwilligenarbeit, Selbstorganisation und Selbsthilfe mit einbinden. Rund 6.000 Freiwillige engagieren sich in einer Vielzahl von Tätigkeitsfeldern. Ihre Arbeit wird koordiniert und in die professionelle Arbeit eingebunden von etwa 550 hauptamtlich Beschäftigten. 400 sind in Teilzeit tätig, mehr als drei Viertel des gesamten Personals. Im Schnitt kommen zehn bis elf Freiwillige auf eine hauptamtliche Mitarbeiterin in den Projekten.

Alle Projekte haben detaillierte Leistungsbeschreibungen entwickelt und dokumentieren ihre Arbeit in standardisierten Sachberichten, die einen qualifizierten Nachweis der erbrachten Leistungen ermöglichen. Die Projekte mussten Verpflichtungen zur Qualitätsentwicklung eingehen, viele von ihnen haben sich in Qualitätsgemeinschaften zusammengeschlossen.

Es werden Ziele der Förderung der Projekte festgelegt, beispielsweise gesundheitliche Schwerpunkte, vorrangige Zielgruppen und detaillierte Maßnahmen.

Damit ist die Projektstruktur in der Stadt gut aufgestellt für die kommenden Jahre. ■



# KULTUR JETZT – NICHT ZULETZT

Thomas Flierl



»Kultur zuletzt« heißt der resignierende Titel eines Buches von Ulrich Roloff-Momin, der von 1991 bis 1996 Berliner Kultursenator war und sich 1993 in einer nächtlichen Haushaltsberatung der Großen Koalition dazu hinreißen ließ, das traditionsreiche Schiller-Theater zu schließen.

Was als finanzieller »Befreiungsschlag« zum Wohl der überlebenden Theater verkauft wurde, erwies sich als Trauma, von dem sich die Berliner Kulturszene bis heute nicht erholt hat.

Knapp zehn Jahre später traf sich die rot-rote Koalition zu ihrer ersten Klausur, um nach deprimierendem Kassensturz ebenfalls bis in die Nacht hinein den Doppelhaushalt 2002/2003 zu beraten. Zu dieser Zeit herrschte in der Berliner Kulturszene tiefer Fatalismus.

Die Botschaft, dass Berlin jahrelang über seine Verhältnisse gelebt hatte und vor einem harten Sanierungskurs stand, war auch bei den Künstlerinnen und Künstlern der Stadt angekommen. Die damals heftig diskutierte Frage war nicht, ob ein Opernhaus und bzw. oder ein Theater geschlossen werden musste, sondern welches.

Dabei hatte sich die rot-rote Koalition ausdrücklich und per Vertrag vorgenommen, trotz der prekären Haushaltslage bei den Zukunftspotenzialen der Stadt, also bei Kultur, Wissenschaft, Forschung und Bildung, Prioritäten zu setzen. Aber die Skepsis blieb. Und auch ich stand in der Kritik, mich als Kultursenator nicht sofort lauthals schützend vor die Berliner Kultur gestellt zu haben, sondern meine Zeit am Schreibtisch und auf Beratungen zu verbringen, anstatt auf Premieren Präsenz zu zeigen.

Meine Antwort damals war: Lieber verpasse ich jetzt eine Premiere, als später verkünden zu müssen, dass es keine weiteren Premieren mehr geben wird. Diese Kritik ist längst verstummt. In Berlin wurde weder eine Oper noch ein Theater geschlossen und der Kultursenator ist heute gern gesehener Gast bei vielen Aufführungen.

## Substanz gesichert

Auch im Kulturhaushalt musste gespart und manch schwierige Entscheidung getroffen werden. Unterm Strich blieb die Substanz der Berliner Kulturlandschaft erhalten und es entstand darüber hinaus Raum für viel Neues.

Voraussetzung dafür war eine Doppelstrategie, die ich von Beginn an konsequent verfolgt habe. Zum einen galt es, den Bund stärker als bisher in die finanzielle Verantwortung für das historische Erbe Berlins und die kulturelle Präsenz in seiner Hauptstadt einzubinden. Zum anderen war völlig klar, dass im Berliner Kulturhaushalt nur dann Spielräume entstehen, wenn man nicht wie bisher mit dem Rasenmäher über Förderprogramme für Jugendkultur, Migranten oder über die Freie Szene geht, sondern wir uns endlich der Modernisierung großer Einrichtungen zuwenden.

Mit der Bundesregierung konnte schon nach einem Jahr ein Hauptstadtkulturvertrag abgeschlossen werden, der den Berliner Kulturhaushalt erheblich entlastet. Weitere 12 Millionen Euro sparen die in einer Stiftung zusammengeführten drei Berliner Opernhäuser bis 2007 – ein Betrag der bis 2009 auf knapp 17 Millionen Euro wachsen wird.

Meine Idee der Opernstiftung rief zunächst nicht nur bei den Intendanten der Opernhäuser sondern auch beim Koalitionspartner, ja selbst in meiner eigenen Verwaltung, Skepsis und Widerstand hervor. Schließlich war einer meiner Vorgänger, der CDU-Kultursenator Christoph Stözl, mit dem Versuch, die Berliner Opernhäuser unter einer Generalintendanz zu vereinen, grandios gescheitert.

Mein Stiftungskonzept verfolgt jedoch einen anderen Ansatz. Es sieht vor, die wirtschaftliche und künstlerische Eigenständigkeit der drei Berliner Opern zu erhalten, gleichzeitig aber Synergien einer Stiftung mit gemeinsamem Marketing, gemeinsamen Werkstätten und einer abgestimmteren Spielplanung zu nutzen, um Kosten zu sparen und mehr Publikum zu gewinnen.

Mit der Stiftungsgründung zum 1. Januar 2004 war die Gefahr, dass eine Oper schließen muss, sich das Schiller-Theater-Drama also wiederholt, vom Tisch.

## Neues geschaffen

Kultureller Substanzerhalt allein ist jedoch kein Wert für sich, hieße das doch vielmehr Stagnation. Kulturpolitik muss sich auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen daran messen lassen, Gestaltungsräume zu öffnen und Neues zu ermöglichen. Das haben wir trotz Haushaltsnotlage an vielen Stellen geschafft – und dabei Brücken zwischen Ost und West gebaut. Auch diese Bilanz kann sich sehen lassen: Eine der ersten Hiobsbotschaften, die mich kurz nach Amtsantritt erreichte, war die drohende Insolvenz der Kulturbrauerei in Prenzlauer Berg. Schnell und unbü-



rokratisch haben wir einen neuen Träger eingesetzt und so auch die bauliche Sanierung eines Kulturstandortes gesichert, der sich heute vitaler denn je präsentiert.

Deutschlands einziges staatliches Kinder- und Jugendtheater in Lichtenberg, das frühere Theater der Freundschaft, steht heute als Theater an der Parkaue mit neuer künstlerischer Leitung und neuem Konzept auch finanziell auf sicheren Beinen.

Mit dem HAU und seinen drei Spielstätten entstand in Berlin fast über Nacht ein einzigartiges, experimentelles »Theaterkombinat«, das bereits nach einem Jahr zum »Theater des Jahres« gekürt wurde.

Die Berlinische Galerie, das Landesmuseum für zeitgenössische Kunst, hat fast ein Jahrzehnt lang ein Dasein im Exil verbracht, seine Schätze in Depots versteckt oder nur auf Wanderausstellungen zeigen könne. Pläne für den Bau eines neuen Standorts sind in der Vergangenheit immer wieder daran gescheitert, dass der Galeriebau zu immobilienträchtiger Verwertung beitragen sollte.

Mit dieser Logik haben wir radikal gebrochen. Jetzt präsentiert sich die zeitgenössische Berliner Kunst in einem ehemaligen Berliner Glaslager in Kreuzberg, das kostengünstig und in Rekordzeit zu einem ebenso funktionalen wie eindrucksvollen Museum umgebaut wurde.

### An Geschichte erinnern

Berlin verkörpert und symbolisiert wie keine andere Stadt die wechselvolle Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Wir haben neue und deutliche Zeichen in der Erinnerungskultur gesetzt, die sich dieser

Geschichte in all ihrer Widersprüchlichkeit stellt. Das jahrzehntelange Drama um den Neubau der Topographie des Terrors ist beendet. Im Haus der Wannseekonferenz konnte eine neue Dauerausstellung eröffnet werden. In Schöneeweide entsteht eine Erinnerungsstätte an das einzige in Berlin noch erhaltene Zwangsarbeiterlager. Und auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Mitte nimmt ein Denkzeichen für Rosa Luxemburg Gestalt an.

Auch das jahrelang vernachlässigte Gedenken an die Teilung der Stadt, an die Mauer, ihre Opfer und den historischen Kontext des Kalten Krieges ist unter meiner Verantwortung voran gekommen.

In einem breiten Dialog mit Wissenschaftlern, Zeitzeugen und Verbänden ist ein Gedenkkonzept Berliner Mauer entstanden, das Anerkennung gefunden hat, weil es der historischen Komplexität gerecht wird, diese anschaulich macht und so ideologische Gräben überwindet, die in der einstigen Frontstadt Berlin bisher unüberbrückbar schienen.

Dem Palast der Republik hat der Bundestag mit seinem Abrissbeschluss endgültig verweigert, Teil einer neuen, lebendigen Berliner Stadtkultur zu werden. Die von mir über Jahre unterstützte und geförderte kulturelle Zwischennutzung des durch Asbestbefreiung ruiniereten Palastes als Rohbau einer Neuen Berliner Republik hat zahllose Besucherinnen und Besucher aus aller Welt angezogen und begeistert. Der Palast hätte so noch als Rohbau Teil des geplanten Humboldt-Forums werden können, in dem sich das vereinte Berlin an seinem bedeutsamsten Platz als weltoffene Stadt der Kultur und der Wissenschaft ausweist. Diese Vision droht nun unter

einer grünen Wiese für lange Zeit begraben zu werden.

### Kultur für drei Euro

Was nützt die beste hauptstädtische Kulturlandschaft, wenn sie für viele Berlinerinnen und Berliner unbezahlbar bleibt? Kultur heißt Teilhabe. Deshalb habe ich mit den Berliner Bühnen, Opern- und Konzerthäusern vereinbart, dass all jene, die durch die so genannten Hartz-Reformen auf ein unzumutbares Existenzminimum zurückgeworfen werden, mit einem 3-Euro-Ticket am kulturellen Leben Berlins teilhaben können.

Dieser Initiative haben sich inzwischen auch andere angeschlossen. Wir informieren über das gesamte Angebot unter [www.kultur.berlin.de](http://www.kultur.berlin.de) und durch Flyer, die in den Jobcentern, Sozial- und Bürgerämtern der Bezirke ausliegen.

Außerdem haben wir gemeinsam mit den Bezirken beschlossen, dass künftig die öffentlichen Bibliotheken Berlins all jenen kostenlos zugänglich sind, die von Arbeitslosengeld oder anderen Transferleistungen leben müssen.

Kultur stand als Priorität im Koalitionsvertrag. Doch Papier ist geduldig. Ich habe mich als Senator gemeinsam mit der Linkspartei.PDS-Fraktion dafür stark gemacht, diesen Anspruch im Interesse Berlins und seiner Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen. Aus »Kultur zuletzt« wurde »KULTUR JETZT« – eine erfolgreiche Bilanz und ein Versprechen für die Zukunft. ■

8. Mai 2005

# TAG DER BEFREIUNG

## Martina Michels



Als ich im Mai 2004 nach Moskau zu einem Treffen mit Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges fuhr, hatte ich das bereits eingelöste Versprechen der Berliner PDS-Fraktion – die Wiederaufnahme Nikolai E. Bersarins in die Ehrenbürgerliste Berlins – im Gepäck.

Wenige Wochen zuvor wurde im Abgeordnetenhaus feierlich das Porträt des ersten Stadtkommandanten von Berlin nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus enthüllt, welches dort seither als sichtbares Zeichen einer jahrelangen unwürdigen politischen Auseinandersetzung um die vorurteilsfreie Anerkennung der Geschichte hängt.

In Moskau wurden die aus Deutschland kommenden Nachrichten sensibel und besorgt verfolgt. In offiziellen Äußerungen auf deutscher Seite sprach man vom 8. Mai 2005 bereits lapidar als »Tag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges«. In der BVV Treptow-Köpenick hatten CDU-Verordnete gerade beantragt, im Zuge der Sanierung des Treptower Ehrenmals für die gefallenen sowjetischen Soldaten die Inschriften Stalins über den heldenhaften Kampf der Roten Armee zu entfernen. Neonazis planten schon unverhohlen einen Fackelzug durchs Brandenburger Tor am 8. Mai.

Und ich sprach über die Verantwortung der rot-roten Koalition in Berlin und darüber, alle unsere Aktivitäten darauf konzentrieren zu wollen, in Berlin den 8. Mai 2005 gemeinsam mit vielen verschiedenen demokratischen Kräften zu einem würdigen 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zu gestalten. Gerade in Berlin, das durch die Rote Armee gemeinsam mit polnischen Verbündeten befreit wurde, in dem

das zivile Leben einer zerstörten Stadt durch russische Militärkommandanturen wiederbelebt wurde, erwuchs aus der Aufgabe zur Vorbereitung des Jahrestages eine besondere Verantwortung.

### Geschichtsbetrachtung ohne Verdrängung

Als im Juni 2004 das Russische Haus der Kultur und Wissenschaften in Berlin sein 20jähriges Bestehen feierte, war zur Festveranstaltung unter anderem Valentina Tereschkowa, die erste Kosmonautin der Welt, aus Moskau angereist und sprach über die neue deutsch-russische Zusammenarbeit im Interesse des Friedens und der Völkerverständigung. Nachdem ich die Grußworte des Abgeordnetenhauses übermittelt hatte, wurde ich beim anschließenden Empfang von einem jüngeren Berliner Teilnehmer der Veranstaltung mit recht groben Worten beschimpft.

Der junge Mensch hatte es als ungeheuerlich empfunden, den 8. Mai in einer offiziellen Rede als »Tag der Befreiung« zu bezeichnen. Russen als Befreier zu sehen, sei doch wohl eine Geschichtsfälschung. Seine Lehrbücher und bisherige Erziehung hatten ihn eine andere Sprache und ein anderes Denken gelehrt.

Dieser Disput machte mir einmal mehr deutlich, welche wichtige Aufgabe mit der historischen Aufarbeitung deutscher Geschichte gerade vor uns als Teil einer linken Regierung lag. Realistische Geschichtsbetrachtung nach dem Ende des Kalten Krieges – frei von Verdrängung, Verzerrung oder einseitiger Betrachtung – war von Anfang an unser Leitgedanke bei der Vorbereitung auf den 60. Jahrestag. Das Vermächtnis der über

55 Millionen Toten der Nazidiktatur, darunter mehrerer Millionen Juden, anzunehmen und ihrer zu gedenken, heißt Verantwortung zu übernehmen und bedeutet auch, sich bedingungslos und vorurteilsfrei der eigenen Geschichte zu stellen, Ursachen zu erkennen, um daraus Schlussfolgerungen für die Gegenwart und Zukunft ableiten zu können.

Obwohl es viele parteiübergreifende Initiativen, viele verschiedene Vereine, Bündnisse und Organisationen gab, die sich dieser gemeinsamen Aufgabe widmeten, war dies keine Selbstverständlichkeit.

In Steglitz-Zehlendorf beantragte die CDU mit ihrem Bürgermeister Weber, den Tag der Befreiung auch zum Gedenken an die deutschen Kriegsoffer unter sowjetischer Besatzung zu erklären. Dieser untaugliche Versuch, das historische Datum nachträglich zu schmälern, scheiterte erst unter breitem öffentlichen Protest.

### Ein Fest der Demokratie mitten in Berlin

In Berlin Zeichen zu setzen für Frieden, multikulturelles Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen, Toleranz und bürgerschaftliches Engagement gegen Ausgrenzung und rechtsradikales Gedankengut war unser Grundverständnis bei allen zentralen und dezentralen Veranstaltungen.

Als Antwort auf geplante Naziaufmärsche um den 8. Mai bildete sich ein breites demokratisches Aktionsbündnis nach dem Aufruf des Berliner Senates zu einem Fest der Demokratie und Toleranz am Brandenburger Tor. Dieses Fest wurde zu einem würdigen eigenständigen

Beitrag Berlins zum 60. Jahrestag der Befreiung.

Im Abgeordnetenhaus wurde auf Initiative der PDS-Fraktion eine Fotoausstellung der Nachrichtagentur RIA Novosti unter dem Titel »Die den Krieg besiegten...« gezeigt, die eindrucksvoll und authentisch die Lage Berlins im Mai 1945 nach der Zerschlagung des Hitlerregimes durch die Rote Armee im Verbund mit den polnischen und westalliierten Armeen veranschaulichte. Zuvor war verweigert worden, diese Ausstellung im Deutschen Bundestag zu zeigen.

Wie in Friedrichshain zur Bersarin-Ehrung trafen sich vielerorts in den Bezirken Veteranen und Enkelgenerationen zu Foren und Gesprächen an geschichtlichen Orten und in Gedenkstätten. Das Engagement der PDS-Fraktion in Marzahn-Hel-

lersdorf bewirkte einen gemeinsamen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung zu einer Straßenumbenennung. So trägt heute die Brücke über der Wuhle den Namen Nikolai E. Bersarins.

Auf Initiative des Kultursenators Thomas Flierl erklärte Berlin das Jahr 2005 zum Themenjahr »Krieg und Frieden«. Der Museumspädagogische Dienst koordinierte dabei zahlreiche bildungspolitische Veranstaltungen, Ausstellungen und Foren.

Mir bleibt der Freundschaftszug mit mehreren hundert Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges und Jugendlichen aus Moskau, der im April 2005 in Berlin eintraf, in bleibender Erinnerung. Die Idee zu diesem »Zug der Versöhnung und Verantwortung« entstand bei einer Reise nach Moskau Anfang 2005,

bei der unsere PDS-Delegation aus Abgeordneten, Bezirksstadträten und BVV-Verordneten als erste offizielle Berliner Delegation im Jubiläumsjahr vom Moskauer Bürgermeister und dem Vorsitzenden der Stadtduma zu Gesprächen zur weiteren Ausgestaltung der Städtepartnerschaft empfangen wurde. Diese Begegnung 60 Jahre nach Kriegsende mit der Erneuerung des Schwurs »Nie wieder Krieg« an den Gräbern der Gefallenen zwischen Russen und Deutschen verschiedener Generationen war Ausdruck lebendiger Partnerschaft zwischen unseren beiden Hauptstädten.

Als ich am 9. Mai 2005 zusammen mit meinen beiden Amtskollegen, dem Parlamentspräsidenten Walter Momper (SPD) und dem Vizepräsidenten Christoph Stölzl (CDU), auf Einladung der Moskauer Stadtduma zum ersten Mal in der Geschichte als offizielle Berliner Vertreter auf dem Roten Platz in Moskau an der Feierlichkeit zum Tag des Sieges teilnehmen durfte, wurde mir bewusst, dass wir im Jahr 2005 eine neue Stufe der Beziehungen zwischen Berlin und Moskau erreicht haben.

Aus dem 60. Jahrestag der Befreiung, den wir in Berlin würdig begangen haben, erwächst zugleich ein neuer Anspruch und eine neue Verantwortung für die kommenden Aufgaben.

Anfang 2006 hat sich in Berlin eine Initiative zur Vorbereitung eines Deutsch-Russischen Kulturfestes gegründet. Alljährlich wollen wir Begegnungstage deutscher und russischer Kultur, Kunst und Wirtschaft auf der Trabrennbahn Karlshorst ins Leben rufen, die zur Vertiefung unserer Städtepartnerschaft beitragen sollen. ■



# DAS MANNSCHAFTSSPIEL ZÄHLT

## Wolfgang Brauer



Angeregt, Bilanz zu ziehen, schreibe ich zurück. Das Problem ist die Verführung zum großen ICH. Der Erfolg hat immer viele Väter und nur wenige Mütter, und was das Sprichwort ironisch meint, ist in der Politik tatsächlich so: Alleingänge sind von vornherein zum Scheitern verurteilt, das Mannschaftsspiel zählt. Und die nachhaltigsten Erfolge konnten wir in der Kulturpolitik – für die ich mit verantwortlich zeichne – dort erzielen, wo uns das Mannschaftsspiel gelang.

Über ein gemeinsames Dach für die drei Berliner Opernhäuser diskutierten wir bereits in der letzten Wahlperiode: Das Damoklesschwert der Theaterschließung schwebte hauptsächlich über der traditionsreichen Deutschen Oper. Aus einem ursprünglich als Schutzmaßnahme gedachten Modell entwickelte sich in langwierigen Auseinandersetzungen eine zukunftsfähige Struktur. Allerdings ist die immer noch sehr fragil – das »Produkt« Operninszenierung scheint sich in einer Umbruchskrise zu befinden, Zuschauergewohnheiten ändern sich und die allgegenwärtige wirtschaftliche Krise wirkt sich deutlich auf die Schlangen an den Theaterkassen aus. Zudem ist die zur Verfügung stehende Zuschusssumme noch immer problematisch.

Es scheint ein Grundreflex bei Politikern aller Parteien zu sein, dass »auch die Kultur ihren Sparbeitrag« leisten müsse. Nur weigert man sich beharrlich, den in den letzten Jahren erbrachten »Sparbeitrag« zur Kenntnis zu nehmen. Andererseits loben alle den »Standort- und Zukunftsfaktor« Kultur in Berlin. Nur das Futter für die Kuh, die alle gern melken, will niemand freiwillig zahlen ...

Diese Festsstellung gehört auch in eine Bilanz. Dies erklärt, dass so viele Dinge, auf die wir stolz sind, erreicht zu haben, zuallererst einmal Sicherungsmaßnahmen sind.

### Kinder- und Jugendtheater gesichert

Die Grundstrukturen für die Berliner Kinder- und Jugendtheater konnten stabilisiert werden. Hier wird – auch im Vergleich mit anderen Bundesländern – die linke Handschrift in der Berliner Kulturpolitik deutlich.

Die chronische Unterfinanzierung des GRIPS-Theaters wurde beendet. Das Kindermusiktheater ATZE erhielt mit dem Beckmann-Saal ein festes Haus im sozial so schwierigen Wedding. Das Theater »Strahl« wurde endlich als erstes Kinder- und Jugendtheater überhaupt (ein Missstand, den wir lange attackierten) in die mehrjährige Konzeptförderung aufgenommen. Und dass das weit über Berlin hinaus beachtete Kinder- und Jugendtheater des Landes in der Lichtenberger Parkaue (das ehemalige »carrousel-Theater«) überhaupt noch besteht, buche ich neben der Opernstiftung als meine größte kulturpolitische Leistung in dieser Wahlperiode.

Aber Halt! Hier war es wieder, dieses verräterische ICH. Auch dieses Projekt kam nur zum Erfolg, weil es gelang, ein wirkliches Mannschaftsspiel zu spielen – bis hin zu unseren Lichtenberger Bezirkspolitikerinnen und -politiker, die sich auf beachtenswerte Weise für eine Landeseinrichtung einsetzten. Gleiches trifft übrigens auch auf den Friedrichstadtpalast zu – angesichts irrationaler »Konsolidierungsbeiträge«, die das Haus perspektivisch in

den Abgrund getrieben hätten, wäre wohl die Kinderrevue als erste geopfert worden. Das wurde abgewendet – die »Lieblingsfarbe bunt« leuchtet weiter in der Stadt und bildet ein wunderbares und notwendiges Pendant zu Projekten wie »Rhythm is it«. Es ist für mich fast allabendlich ein beglückender Moment, am hell erleuchteten Haus an der Friedrichstraße vorbeizufahren.

Auch das ist übrigens ein wenig beachteter, aber wunderbarer Erfolg linker Kulturpolitik: Die zum Zeitpunkt unseres Regierungseintritts dominierende mentale Arroganz der Verfechter der so genannten Hochkultur zu allem anderen hat deutlich nachgelassen. Das Gefühl des aufeinander Angewiesenseins nimmt zu.

Damit wächst allerdings auch das Forderungsniveau uns gegenüber. Das betrifft mitnichten nur die (fast) immer nicht ausreichende finanzielle Unterstützung – das betrifft in erster Linie sogar die Anerkennung und Würdigung künstlerischer Arbeit durch die Politik.

### Abgestimmte Politik mit den Bezirken

Ein unseren Start in die Wahlperiode begleitendes Ritual war die in ihrer Schlichtheit immer überzeugende Übung »böses (= teures!) Land« gegen »gute (= ausblutende!) Bezirke«. Auch im Kulturbereich.

Ich bin der Meinung, dass es uns gelungen ist, Vorbehalte und schlichte Feindbilder abzubauen und zu einem stärkeren Stück Gemeinsamkeit zu kommen. Regelmäßige Beratungen mit Kulturpolitikern der Bezirke, regelmäßige Besuche »Vor Ort« – nicht nur in »Linkspartei-



Hochburgen«, sondern eben auch in Reinickendorf – sind Voraussetzung, den anderen Politikansatz der Linkspartei, zu dem ich mich nachdrücklich bekenne, auch durchzusetzen.

Die berüchtigten Zuständigkeits-  
hürden der Berliner Verwaltung sind dabei nur ein Hindernis, mit dem man umgehen lernen muss. Sicherlich sind die Berliner Musikschulen Sache der Bezirke. Im Senat ist für sie zudem der Bildungs- und nicht der Kultursenator zuständig.

Erreicht mich jedoch ein Hilferuf der Beschäftigten einer kommunalen Musikschule, gehe ich selbstverständlich zur zuständigen Bezirksstadträtin und suche eine für alle tragfähige Lösung zu moderieren. Mit manchem scheitert man auch. So war auch ich nicht in der Lage, die stille Erosion der kommunalen Kulturlandschaft in meinem Heimatbezirk stoppen zu helfen.

### Netzwerk im Wahlkreis

Regelmäßige Sprechstunden, das ist aber nur das Eine. Die Pflege vielfältigster Kontakte in die Institutionen und Initiativen vor Ort das Andere. Das frisst Zeit – und bei jedem guten Gespräch fällt schmerzhaft auf, mit wem man denn nun noch ... Weil sich im Bezirk noch viel unmittelbarer als auf der Landesebene Erfolge nur einstellen, wenn das »Mannschaftsspiel« gespielt wird.

Zumal in einem so komplizierten Wahlkreis wie dem meinen: Marzahn-Nordwest. Hier leben viele Menschen in äußerst problematischer sozialer Lage, hoher Arbeitslosigkeit, es gibt einen hohen Spätaussiedleranteil mit all den schwierigen Folgeerscheinungen – die stadttopographische Randlage kommt

quasi »strafverschärfend« hinzu.

Aus solchen Kiezen zieht man gewöhnlich eher weg als zu ihnen hin. Entsprechend hoch waren die Leerstandsquoten und die Verführung, aus dem »Stadtumbau Ost« den »Stadtabriss Ost« zu machen, war entsprechend groß. Weit über 1.600 Wohnungen sollten »auf Null zurückgebaut« werden. Für Wiesen und Sträucher hätte es Geld gegeben.

Das konnte verhindert werden – durch ein gutes Mannschaftsspiel zwischen Abgeordnetenhaus, BVV und Bezirksamt, Bürgerinitiativen, Medien, Eigentümergesellschaft und schließlich auch der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wurde aus dem seinerzeit von Stadtentwicklungssenator Peter Strieder geplanten Birkenwäldchen eines der sehenswertesten und international renommiertesten Stadtumbauprojekte Berlins überhaupt: die Ahrensfelder Terrassen. Gut 30 Millionen Euro Landeszuschüsse wurden hier in den Umbau gesteckt. Und es entstanden 409 Wohnungen, denen man die ursprünglichen Elfgeschosse nicht mehr ansieht. Ein ähnliches »Mannschaftsspiel« versuchen wir zur Zeit im Ringen gegen eine völlig unsinnige Linienführung einer Umgehungsstraße für den Ahrensfelder Abschnitt der B 158. Die würde übrigens die Mittel, die in die Ahrensfelder Terrassen geflossen sind, ziemlich entwerten.

Das zu spinnende »Netzwerk« war hier noch größer als im Falle der »Terrassen« – es erstreckt sich inzwischen auf Bürgerinitiativen des Landes Brandenburg bis hin in das brandenburgische Ministerium für Raumordnung und Verkehr. Zumindest konnte erreicht werden, dass die Planungsverfahren erst einmal

gestoppt sind und eine neue Phase des Nachdenkens eingesetzt hat. Ich bin froh darüber, dass sich in Marzahn-Nordwest zeigt, dass auch unmittelbares Vor-Ort-Tätigsein eines Landtagsabgeordneten sinnvoll sein kann. Der ganz direkte Kontakt zu den Menschen im Wahlkreis gerade auch jenseits der üblichen Podiumsdiskussionen – die immer ein bisschen den Geruch von Kanzelabkündigungen haben – ist für mich das Salz in der politischen Suppe. Und der schönste Lohn für ein gut laufendes Mannschaftsspiel ist dann der Satz »Mit Ihnen möchten wir gerne weiterarbeiten.« – für den ich hier Dank sagen will. ■

# WIR HABEN ETWAS BEWEGT

Evrim Baba



Die Gleichstellung von Frauen in Berlin hat in den Jahren der rot-roten Koalition Fortschritte gemacht und immer wieder haben frauenpolitischen Initiativen, Konzepte und Projekte der Linkspartei.PDS-Fraktion dazu beigetragen.

Unser Leitbild ist die solidarische Stadtgesellschaft. Ein zentraler Punkt dabei ist das »Gender Mainstreaming«, die Gleichstellung der Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Das ist für unsere Fraktion eine zentrale Frage der Gerechtigkeit und der Demokratie.

Auch in Berlin werden die Rahmenbedingungen für linke Gleichstellungspolitik aus der Ambivalenz einer verfassungsgemäß garantierten Gleichstellung von Mann und Frau und der rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Realität in der Bundesrepublik gebildet. Frauen werden nach wie vor diskriminiert, und dazu tragen auch viele Bundesgesetze bei. Auch wenn linke Frauenpolitik in einem Bundesland diese Rahmenbedingungen nicht außer Kraft setzen kann, haben wir gezeigt, dass der Handlungsspielraum ausreicht, um frauenpolitische Ziele zu erreichen.

Gerade auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik werden durch die Bundesgesetze enge Grenzen gesetzt. Dennoch entwickeln wir gezielt für Berufsrückkehrerinnen und Nichtleistungsempfängerinnen, die sonst durch den Rost fallen, Angebote. So werden beispielsweise zusätzliche Qualifizierungsprogramme angeboten, die den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern sollen.

Unsere Entscheidung, Frauenpolitik sowohl als eigenständiges Politikfeld mit eigenen Ressourcen als

auch als Querschnittsaufgabe aller Ressorts zu begreifen, hat sich als richtig erwiesen. Danach haben wir die parlamentarische Arbeit ausgerichtet, eigenständig und fachübergreifend organisiert.

Koordiniert wird die frauenpolitische Fraktionsarbeit im feministischen Arbeitskreis. Über den Rahmen der parlamentarischen Ausschüsse hinaus haben wir uns in der Veranstaltungsreihe Frauenblick GRENZENLOS mit Interessierten, Betroffenen und Expertinnen und Experten beraten. So gelingt es, über den Kreis der Frauenbewegung hinaus Akzeptanz für frauenpolitische Probleme zu gewinnen und frauenpolitische Forderungen durchzusetzen.

Gleichsam als roter Faden ziehen sich emanzipatorische Forderungen und Vorgaben durch die Bereiche Berliner Politik.

## Wie Gender zum Mainstream wurde

Die gleich zu Beginn der Legislaturperiode beschlossene Einführung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting wurde Regierungsprogramm. Mit der hochrangig besetzten Landeskommission und der Geschäftsstelle für Gender Mainstreaming hat Berlin unter Rot-Rot bundesweit stark beachtete Ergebnisse vorgelegt.

Der so genannte Gender Check vor der Einbringung von Gesetzen und Beschlüssen ist Pflicht. Geschlechtsspezifische Nutzenanalysen und Aufschlüsselungen von Haushaltsposten sorgen für Transparenz. Die Herausforderung besteht darin, auf der Basis des nun Erreichten zu einem geschlechtergerechten Umsteuern zu

kommen und Genderkompetenz zu verbreitern. Dies bedeutet die Reflexion der unterschiedlichen Lebensrealitäten von Männern und Frauen, vor allem ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und ihrer Anteile an bezahlter und unbezahlter Arbeit. Konkret geht es um die besondere Förderung von Frauen, wo sie benachteiligt und Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Hier haben wir wichtige Schritte eingeleitet. Wir haben beispielsweise dafür gesorgt, dass inzwischen in den Aufsichtsräten der Landesunternehmen deutlich mehr Frauen sitzen als früher.

In der Privatwirtschaft dagegen findet sich nach wie vor nur ein Bruchteil von Frauen in den obersten Führungsetagen. Da es auf Bundesebene noch immer kein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft gibt, wurde von Frauensenator Wolf die Landesinitiative »Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Berliner Wirtschaft« ins Leben gerufen. Damit soll Frauen eine Karriere in der Wirtschaft erleichtert werden.

## Frauenprojekte mit Planungssicherheit

Es ist der Linkspartei.PDS-Fraktion gelungen, den Frauenetat in den Haushaltsverhandlungen gegen weitgehende Kürzungsabsichten zu verteidigen und bei der Haushalts- und Fachpolitik Akzeptanz für die autonome Organisation von Frauen zu finden. Nicht zuletzt dadurch hat sich in Berlin eine vielseitige und gut vernetzte Fraueninfrastruktur entwickelt. Die Angebotspalette umfasst Frauenhäuser, Zufluchtwohnungen und Beratungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen, es gibt besonde-



### Mehr kooperatives Handeln an den Hochschulen

Im Hochschulbereich ist Berlin, was den Anteil von Frauen an Spitzenpositionen, Habilitationen und Promotionen anbetrifft, Spitze. In einem Ranking des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) nimmt die FU den ersten Platz der Gesamtbewertung ein, bei den künstlerischen Hochschulen die Hochschule für Schauspielkunst. Das Land belohnt die Berufung von Frauen in der leistungsbezogenen Mittelverteilung an die Hochschulen und achtet darauf, dass Frauen nicht nur in den Berufungskommissionen sitzen, sondern dass auch gezielt nach berufungsfähigen Frauen Ausschau gehalten wird. Neben dem Engagement der Frauenbeauftragten und den Hochschulen hat das Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre dazu beigetragen.

Das Abgeordnetenhaus hat sich auf Drängen der Linkspartei.PDS-Fraktion auch über den Geltungszeitraum des Bund-Länder-Programms hinaus durch Verpflichtungsermächtigung zu seinem Landesanteil für diese Förderung bekannt. Seit fünf Jahren hat dieses Berliner Programm enorm zur Qualifizierung von Frauen in der Wissenschaft beigetragen. Dabei wird deutlich: Frauensenator Wolf und Wissenschaftssenator Flier ziehen hier an einem Strang.

Ein Blick auf die letzten Jahre verdeutlicht: Aktiv und konkret – so sah und sieht linke Gleichberechtigungspolitik der Linkspartei.PDS-Fraktion in Berlin aus. Vieles ist erreicht worden, in den Schwerpunkten wie als Querschnittsaufgabe. Wir sind auf einem guten Weg. ■

re Beratungs- und Unterstützungsangebote für Migrantinnen und Frauenzentren, die aus dem Etat gefördert werden.

Mit dem Doppelhaushalt 2004/2005, in dem zunächst vorgesehene Kürzungen von einer Million Euro auf 300.000 Euro reduziert werden konnten, gab es erstmals Planungssicherheit durch zweijährige Verträge. Mit dem Doppelhaushalt 2006/2007 wurden nun jährlich fast 8,9 Millionen Euro für soziale und ähnliche Frauenprojekte festgeschrieben.

Die Linkspartei.PDS-Fraktion hat sich bei den Haushaltsberatungen von Anfang an für Transparenz und Mitbestimmung eingesetzt. Die parlamentarischen Vorgänge und Se-

natsvorschläge wurden öffentlich diskutiert und Wege für Lösungen gesucht. Besonders schwierige Auseinandersetzungen hatten wir im Bereich der Antigewaltarbeit, besonders um die Zukunft des 2. Frauenhauses in Spandau, aber auch hier gelang es, akzeptable Lösungen zu finden.

Berlin verfügt heute noch immer über 326 Plätze in den sechs Frauenhäusern, das sind trotz leerer Landeskassen nur neun Plätze weniger als 2004. Es gibt darüber hinaus Notplätze, die bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden können. Und es werden außerdem 42 Zufluchtwohnungen mit insgesamt 115 Plätzen für Frauen und zirka 140 Plätzen für Kinder vorgehalten.

# SÜNDENFALL BÜRGERSCHAFT

Gernot Klemm



Das Tempodrom am Anhalter Bahnhof gilt seit Jahren als ein krasses Beispiel von Günstlingswirtschaft und Verantwortungslosigkeit des »alten Berlins«. Die Aufarbeitung dieses Falls hatte daher symbolische Bedeutung für den gesamten Mentalitätswechsel in der Stadt.

Ausgelöst wurde der »Fall Tempodrom« im November 2003 durch eine Strafanzeige des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Fraktion, Frank Henkel, gegen den Senator für Stadtentwicklung, Peter Strieder (SPD). Ihm wurde vorgeworfen, eine Zahlung der Investitionsbank Berlin im Jahre 2002 an das Tempodrom veranlasst und damit öffentliche Gelder veruntreut zu haben.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS hat von Anfang an die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses begrüßt. Was dieser Ausschuss ermittelt hat, ist ein schrilles Gemälde über das geschäftliche Gebaren der Berliner Senatsverwaltung und landeseigener Unternehmen in den Zeiten der Großen Koalition.

## Rettungsaktionen von vielen gewollt

Die Fakten lagen schnell auf dem Tisch: Die alte Tempodrom GmbH musste im Zuge des Regierungsumzuges von ihrem angestammten Standort im Tiergarten weichen. Daraufhin konnte man sich 1995 einen neuen Bauplatz am Anhalter Bahnhof in Kreuzberg sichern und gründete eine gemeinnützige Stiftung Neues Tempodrom (SNT), die von Irene Moessinger und Norbert Waehl geleitet wurde. Da Spenden nicht wie erhofft flossen, verließ man sich immer stärker auf verschiedene öffentliche Förderprogramme.

Als man im Jahr 1998 bereits Mittel aus dem Umweltförderprogramm und der Klassenlotterie akquiriert hatte, wechselte man 1999 kurzfristig das Architektenteam und begann unter großem Zeitverzug im Februar 2000 mit dem Bau.

Um den steigenden Finanzbedarf zu sichern, besorgte man sich noch einen Kredit der Landesbank Berlin über 25 Millionen DM, abgesichert durch eine Landesbürgerschaft.

Bis zur Eröffnung des Tempodroms im Dezember 2001 erhöhten sich die ursprünglich geplanten Bau- und Anlaufkosten von 43,6 auf 62 Millionen DM. Kurz vor der Eröffnung des Tempodroms wurde der frisch ins Amt gekommene rot-grüne Senat erstmals mit der drohenden Insolvenz des Tempodroms konfrontiert.

Da die Einlösung der Landesbürgerschaft drohte, zahlte man aus Mitteln der Klassenlotterie, der Kulturverwaltung und der Investitionsbank 13,5 Millionen DM und glaubte damit, den Bestand des Veranstaltungsgebäudes endgültig gesichert zu haben. Das war aber nicht der Fall.

Eine erneute Insolvenzgefahr im Oktober 2002 konnte nur durch eine kurzfristige Zahlung von 1,5 Millionen Euro durch die Investitionsbank Berlin abgewendet werden. Als eine dritte Forderung über 900.000 Euro aufkam, griff der Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses im Januar 2003 ein und verweigerte die Zahlung für eine dritte »Rettungsaktion«. Es sollte ein Schlusstrich unter die unendliche Geschichte von öffentlichen Zuwendungen gezogen werden.

Was den Auslöser der Tempodrom-Affäre, die CDU-Strafanzeige, betrifft, so haben sich die Verdächti-

gungen als unhaltbar erwiesen.

Zunächst war festzuhalten, dass die beiden »Rettungsaktionen« vor allem vermeiden sollten, dass das Land für den Ernstfall zahlen muss. Im Vorfeld gab es umfangreiche rechtliche und wirtschaftliche Prüfungen und Diskussionen im Senat.

Mit der ersten Zuwendung ging eine personelle und organisatorische Neuordnung der gesamten Stiftung und die Entlassung der Vorstände Irene Moessinger und Norbert Wahl einher. An diesem Vorgang haben sich die Politiker von Bündnis 90/Die Grünen, namentlich die Senatorin Adrienne Goehler und der Senator Wolfgang Wieland aktiv beteiligt.

Die speziellen Vorwürfe gegen den damaligen Bausenator Peter Strieder führten zu Ermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft, die auch auf den Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin ausgeweitet wurden. Das Landgericht Berlin lehnte jedoch im Dezember 2004 die Eröffnung eines Gerichtsverfahrens ab.

Irgendein Zusammenhang zwischen Spenden an die SPD im Wahlkampf 2001 bzw. 2002 hat sich durch die Befragung von zahlreichen Zeugen zu diesem Thema und der Auswertung von 600 Akten aller beteiligten Verwaltungen und Unternehmen nicht ergeben.

Dass etwaige Vorwürfe auf Untreue oder Korruption haltlos waren, davon haben sich die Vertreter der Linkspartei.PDS-Fraktion im Untersuchungsausschuss sorgfältig überzeugt.

Neben der Klärung dieser unsinnigen Verdächtigungen hat der Ausschuss aber auch eine Reihe von echten Missständen aufgedeckt. Die folgenschwerste Entscheidung war



die Vergabe einer Landesbürgschaft im Wert von 80 Prozent des Kredits bzw. von 20 Millionen DM. Letztlich war der Kredit ausschlaggebend für die Insolvenz der Stiftung Neues Tempodrom, denn diese konnte seit Beginn des Veranstaltungsbetriebes nicht den Zins und die Tilgungsraten bedienen.

Aber erst die Landesbürgschaft reduzierte das Risiko der LBB und ermöglichte so den Kredit. Wie der Ausschuss ermittelte, gab es eine Reihe von Versäumnissen bei der Bewilligung der Bürgschaft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC), die im Auftrag des Landes den Bürgschaftsantrag prüfte, kooperierte eher mit der SNT, als dass sie den Antrag kritisch hinterfragte.

Auch die LBB bescheinigte in ihrer Stellungnahme den Tempodrom-Machern einen überzeugenden Businessplan und professionelles Management. Die damals CDU-geführten Senatsverwaltungen für Wirtschaft und Finanzen deckten ebenso nicht die Schwächen des Antrags auf. Auch die ersten Nachrichten über Baukostensteigerungen hielten sie nicht von einer Unterzeichnung der Bürgschaftsurkunde ab.

In der Folgezeit hat auch die weitere Kontrolle der ausgereichten Kreditmittel, zu der vor allem die LBB gegenüber dem Bürgen verpflichtet war, nicht funktioniert. Obwohl die Landesbank Berlin berechtigt war, an allen Sitzungen der Projektsteuerung teilzunehmen und detaillierte Informationen über das Baugeschehen besaß, hat sie die Baukostenüberschreitung nicht verhindert bzw. wenigstens rechtzeitig gemeldet.

Ein weiteres schweres Defizit des Tempodroms war die Vermischung

von öffentlichen und privaten Interessen. So waren die beiden Vorstände der SNT, Moessinger und Waehl, weiterhin Geschäftsführer des privaten Betreibers, der Tempodrom GmbH. Während die Stiftung an einer Einhaltung der Baukosten interessiert sein musste, wollte die Betreiber-Seite natürlich einen qualitativ möglichst hochwertigen Bau.

So griffen die Vorstände mehrmals, teilweise gegen den Rat des Projektsteuerers, in das Baugeschehen ein und verteuerten den Bau. Zudem wurde die Akquisition von Sponsoring-Einnahmen durch die Stiftung durch die andersartigen Interessen der GmbH behindert.

Schließlich war es auch bemerkenswert, wie die öffentlichen Stellen mit dieser rechtlichen Konstruktion umgingen. So erhielt die SNT einen ermäßigten Pachtzins für das Gelände am Anhalter Bahnhof zunächst aufgrund ihrer Gemeinnützigkeit. Als sie diesen Status aber im Frühsommer 2000 aufgab, um die Landesbürgschaft beantragen zu können, bewilligte das Bezirksamt Kreuzberg unter der Leitung des Bürgermeisters von Bündnis 90/Die Grünen, Franz Schulz, weiterhin den ermäßigten Pachtzins.

Ein drittes Beispiel für die bemerkenswerten Vorgänge rund um das Tempodrom war die Entschädigungszahlung von sechs Millionen DM für den Wegzug aus dem Tiergarten. Tatsächlich war der Pachtvertrag des Geländes im Tiergarten 1995 gekündigt worden. Die Tempodrom GmbH weigerte sich jedoch schlicht über Jahre hinweg umzuziehen, wogegen die CDU-geführte Senatsverwaltung für Kultur keine rechtlichen Schritte einlegte. Obwohl überhaupt keine Rechtsgrundlagen für Entschä-

digungsansprüche existierten, was einzelne Mitarbeiter der Senatskulturverwaltung auch schriftlich vermerkten, nahm man Verhandlungen auf, die schließlich in einem außergerichtlichen Vergleich mündeten.

### **Bürgschaftsverfahren des Landes neu geordnet**

Als wichtigste direkte Konsequenz aus den Vorgängen um das »Neue Tempodrom« hat die rot-rote Koalition das Bürgschaftsverfahren des Landes Berlin neu geordnet. Das Abgeordnetenhaus nahm am 9. Dezember 2004 einen Antrag der Fraktionen der SPD und der Linkspartei.PDS zur verbesserten Kontrolle bei der Bereitstellung von Bürgschaften an.

Der Geschäftsbesorgervertrag mit der PwC wurde vom Senat inzwischen gekündigt und neue Richtlinien für die Übernahme von Bürgschaften in Kraft gesetzt. Die Bürgschaftsquote wurde auf 70 Prozent der Darlehenssumme vermindert. Der Bürgschaftsausschuss des Landes wurde um drei Sachverständige, die von den im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen benannt werden, und um einen Vertreter der Wirtschaftsprüferkammer erweitert.

Mit der Vorlage des Abschlussberichts hat der Untersuchungsausschuss den Fall Tempodrom inzwischen hinreichend aufgeklärt. Die unmittelbaren Lehren aus diesem tragischen Fall eines ursprünglich kreativen kulturellen Experiments sind gezogen.

Die mittelbaren Lehren über ein effizientes und transparentes Zusammenwirken von Unternehmen und städtischer Verwaltung werden Berlin noch länger beschäftigen. ■

# CHANCEN GUT GENUTZT

Minka Dott



Als es 2001 hieß, Regierungsverantwortung zu übernehmen, war klar: Jetzt konnte und musste endlich auch Bewegung in die festgefahrene Drogenpolitik des Landes Berlin gebracht werden. Gestützt auf ein gut ausgebautes Drogenhilfesystem und viel fachliches Engagement in der Stadt, bot die Bildung einer rot-roten Koalition die Chance, eine modernere und wirksamere Drogenpolitik als zu Zeiten der Großen Koalition auf den Weg zu bringen.

So vermerkte die Koalitionsvereinbarung unter der Überschrift »Suchtprävention« sowohl die Unterstützung der Nichtraucherprogramme bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen als auch die Werbung um eine innovativere Alkoholtherapie. Wir haben Suchtpolitik als enge Verbindung von Prävention, ausstiegsorientierten Hilfen, Substitution und Gesundheitshilfen sowie der konsequentere Bekämpfung von Handel und Schmuggel verstanden.

Zu einem solchem Konzept gehörten auch Drogenkonsumräume, ärztlich verordnete Heroinverschreibungen, die Zulassung cannabishaltiger Arzneimittel sowie eine ausreichende Zahl von Therapie- und Nachsorgeplätzen. Die Koalition nahm sich vor zu prüfen, inwieweit der Besitz einer für den Eigenverbrauch bestimmten Menge sowie die Abgabe geringer Mengen weicher Drogen entkriminalisiert werden können.

## Drogenpolitik spürbar in Bewegung gekommen

Und heute, im Wahljahr 2006 kann die Linkspartei.PDS-Fraktion mit Fug und Recht sagen: Die Bilanz kann sich sehen lassen. Bereits seit 2003 arbeiten mehrere Drogenkonsum-

räume mit wachsender Akzeptanz. Weder die von der CDU beschworene Steigerung der Kriminalitätsrate noch der verstärkte Handel mit illegalen Drogen vor Ort haben sich eingestellt, Klagen aus der Nachbarschaft gibt es keine. Polizei und Staatsanwaltschaft sind in die Umsetzung einbezogen.

Die Mitarbeiter der entsprechenden Träger berichten von dem notwendig guten Klima, das der schwerstabhängigen also kranken Klientel ein Minimum an Würde erlaubt. Sowohl die psycho-soziale Begleitung als auch die Notfallhilfe zeigen bemerkenswerte Ergebnisse.

Eigentlich wäre eine Erweiterung des Angebots notwendig, diese ist jedoch derzeit nicht finanzierbar. Für die Originalsubstitution mit Heroin, die Zulassung cannabishaltiger Arzneimittel und die Umsetzung weiterer drogenpolitischer Forderungen hat der Bundesgesetzgeber unter Rot-Grün alle Erwartungen enttäuscht und keinerlei Voraussetzungen geschaffen. Die Erwartungen an eine Große Koalition im Bund sind daher ebenfalls gering.

So haben wir bei der Entkriminalisierung der Gebraucherrinnen und Gebraucher von Cannabis von unseren landesgesetzlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Bei einer Menge von bis zu zehn Gramm des Inhaltsstoffes THC, Spielraum ist bis zu 15 Gramm, muss der Besitz von Cannabis nicht mehr zwingend strafrechtlich verfolgt werden. Das entlastet die Anklagebehörden und die Polizei und erspart vor allem jugendlichen Erstkonsumenten die Erfahrung mit dem Gericht. Da Cannabis nach wie vor laut Betäubungsmittelgesetz zu den illegalen Drogen gehört, bedeutet diese Re-

gelung jedoch keine Legalisierung von Cannabis.

Wie die Unterstützung Erkrankter war auch die Qualifizierung der Suchtprävention notwendiger Schwerpunkt. Berlin fehlte ein ausgewogenes Gesamtkonzept, das die zersplitterten Aktivitäten bündelt. Um in Zukunft diesen Ansatz stärker betonen zu können, gibt es nach gründlichen Abwägungen nun eine Umstrukturierung der Drogenhilfandschaft.

Die Einrichtung einer Fachstelle zur Suchtprävention, die aus der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz ausgelagert und in freie Trägerschaft gegeben wurde, soll dazu beitragen, die ressortübergreifende Zieldefinition, die Konzipierung und Planung suchtpräventiver Aktivitäten weiter zu verbessern.

In den nächsten Jahren kommt es für die Linkspartei.PDS-Fraktion darauf an, durch Vernetzung der Aktivitäten von Bund, Land und Bezirken Reserven zu erschließen, die der Suchtvorbeugung zu mehr Wirksamkeit verhelfen.

## Resozialisierung als wirkungsvoller Opferschutz

Viele der zehn Berliner Justizvollzugsanstalten, darunter der geschlossene Männervollzug und die Jugendstrafanstalt, sind chronisch überbelegt. Wenn jemand nach einer Straftat zur Verbüßung seiner Freiheitsstrafe in den Justizvollzug muss, soll dies bewirken, dass er sich mit der Tat auseinandersetzt, Wiedergutmachung leistet und sich Voraussetzungen für eine straffreie Zukunft schafft. Die Gesellschaft hat Bedingungen dafür zu entwickeln, dass dies gelingen kann.

Oft jedoch stoßen der gesetzliche Auftrag zur Resozialisierung von Tätern und ein gesellschaftliches Bedürfnis nach Strafe oder Rache hart aufeinander. Besonders nach spektakulären Taten werden Forderungen verängstigter Bürgerinnen und Bürger, geschürt von Medien und vielen Politikern, nach härteren und längeren Strafen laut. So hatte auch die »öffentliche Meinung« einen nicht unwesentlichen Einfluss darauf, dass Bundesgesetze verschärft wurden und der Zuwachs von Gefangenen in Berlin zu einer Überbelegung der Haftanstalten führte.

### **Berliner Haftanstalten sind überbelegt**

Das Berliner Kammergericht stellte 2004 fest, dass die Mehrfachbelegung von Haftzellen gegen die

Menschenwürde verstößt, wenn keine abgetrennte Toilette vorhanden ist. Mehrere Klagen gegen das Land Berlin sind bereits anhängig.

Alle diese Tatsachen führten dazu, dass wir trotz Bedenken einer finanziellen Vorsorge für den Neubau einer Haftanstalt bis 2011 zugestimmt haben. Als Standort ist Großbeeren in der Diskussion.

Weiterhin legen wir jedoch den Schwerpunkt auf die Ausschöpfung der heutigen Möglichkeiten der Rechtspolitik. Dabei ist die Arbeit der Freien Träger im Justizbereich, der Sozialen Dienste der Justiz, der Opferverbände, des Runden Tisches für ausländische Strafgefangene, des Berliner Vollzugsbeirats und anderer hoch zu würdigen.

Haftvermeidungsprogramme der Freien Hilfe und der Straffälligen- und Bewährungshilfe wie »Schwit-

zen statt sitzen« ersparten nicht nur Haftkosten in Millionenhöhe, zusätzlich wurden zudem Werte erarbeitet und Opfer entschädigt.

Verständlicherweise besonders emotional aufgeladen war die Debatte um den Standort einer therapeutischen Nachsorgeeinrichtung für Sexualstraftäter. Jahrelang gefordert und von Fachleuten als wirksames Mittel der Kontrolle und des Schutzes vor Rückfällen empfohlen, hat sie nach langen Debatten ihre wichtige Arbeit in der Stadt aufgenommen. Die bei Anwohnerinnen und Anwohnern nicht zuletzt durch die oppositionelle CDU geschürten Befürchtungen bestätigten sich nicht.

Im Land Berlin sind im Durchschnitt 5.300 Männer und 200 Frauen in Haft. Wegsperrern allerdings hilft in den meisten Fällen nur zeitweilig und verschiebt die Verantwortung des Gemeinwesens auf den Staat. Täter bleiben auch Teil unserer Gesellschaft, wenn man sie nicht sieht. Fragen danach, warum sie schuldig wurden und wo Nährböden für Kriminalitätsentwicklung sind, haben nichts mit Gefühlsduselei oder Mitleid mit Tätern zu tun.

Der wirkungsvollste Opferschutz besteht in der Verhinderung von kriminellen Taten bzw. im straffreien Leben von Tätern nach Haftverbüßung. Eine Ellenbogengesellschaft allerdings, in der die soziale Ausgrenzung dramatisch zunimmt, lebt geforderte Grundsätze selbst nicht vor. Diese Verhältnisse zu ändern, betrachte ich als Herausforderung für die Linkspartei.PDS-Fraktion auch über 2006 hinaus. Dafür lohnt es sich weiterzumachen. ■



# VIELFALT GEFÖRDERT

## Giyasettin Sayan



Berlin ist eine multikulturelle Stadt mit zirka 500.000 Migrantinnen und Migranten, etwa 100.000 bereits Eingebürgerten sowie vielen ehemaligen Aussiedlerinnen und Ausiedlern. Das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben in Berlin hat in der Geschichte immer von der Vielfalt der Zuwanderung profitiert. So wurde es durch die Hugenotten, Böhmen, durch Polen und viele andere Zugewanderte geprägt.

Heute tragen Menschen aus 180 Nationen dazu bei, dass Interkulturalität und Toleranz zwischen den Menschen zu einem Markenzeichen Berlins geworden ist, was nicht nur eine große Anziehungskraft auf Besucherinnen und Besucher sondern auch auf Investorinnen und Investoren ausübt.

### Willkommens- und Integrationskultur geschaffen

Die Linkspartei.PDS-Fraktion hat zu Beginn der rot-roten Koalition Berlin als Stadt der Einwanderinnen und Einwanderer definiert und endlich einen Politik- und Mentalitätswechsel eingeleitet. Unsere Migrations- und Flüchtlingspolitik geht in vielen Punkten im modernen und humanen Sinn weit über das hinaus, was auf Bundesebene verhandelt wird und was andere Bundesländer bereit sind zu tun.

Den alten Zustand des politischen Stillstands, der Verweigerung der Realität und der Rechte von Migrantinnen und Migranten haben wir zugunsten einer Anerkennung der Vielfalt und ihrer Potenziale überwunden. Es ist nicht übertrieben zu behaupten: wir haben eine Willkommens- und Integrationskultur und Strukturen dafür bei Zuwanderung

und Einbürgerung geschaffen. Unser Ziel war und bleibt, den Integrationsprozess in der Stadt aktiv zu gestalten und das friedliche Zusammenleben in Berlin zu stärken.

In einem Schwung von Integrationsmaßnahmen wurde die Ausländerbehörde reformiert: unter anderem wurden Hilfeleistungen für Schülerinnen islamischer Herkunft in Notsituationen möglich gemacht, eine »AG Islam« bei der Senatsverwaltung für Bildung und eine Landesstelle gegen Diskriminierung eingerichtet. Aus dem Kopftuch-Gesetz, das zur weiteren Stigmatisierung von Musliminnen geführt hätte, haben wir ein Neutralitätsgesetz formuliert, das alle religiösen Symbole gleich behandelt.

Bei der Einbürgerung haben wir die bürokratischen Hürden, die oft von den Betroffenen beschrieben und kritisiert wurden, beseitigt. Das Personal in den Ämtern ist gezielt geschult worden und steht wie auch Aufklärungsmaterial nun mehrsprachig zur Verfügung.

Wir haben erreicht, dass sowohl das Land als auch die Bezirke neu gestellte Anträge nun innerhalb weniger Monate bearbeiten und entscheiden müssen. Damit und mit begleitenden Serviceleistungen haben wir Einbürgerung erleichtert und eine Willkommenskultur entwickelt.

Wir haben, so wie wir es den Wählerinnen und Wählern versprochen hatten, erstmals einen Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen in Berlin eingesetzt.

Hier sind alle Senatsressorts und vor allem die Flüchtlings-, Migrantinnenorganisationen und Sozialverbände vertreten. Der Landesbeirat hat 2003 mit der Arbeit angefangen. Der Beirat hat entscheidend zur Ent-

wicklung des Integrationskonzeptes des Senats für das Land Berlin beigetragen. In diesem Zusammenhang hat sich erstmals ein Rat der Migrantinnen und Migranten in Berlin und Brandenburg als Dachorganisation von etwa 64 Organisationen gegründet. Dadurch sollen die Vorstellungen und Wünsche der Migrantinnen und Migranten gebündelt und politisch vorgetragen werden.

### Teilhabe von Migrantinnen und Migranten verankert

Auf Vorschlag der PDS konnte 2002 erstmals im Rundfunkrat Berlin-Brandenburg ein Vertreter der Migrantinnen und Migranten gewählt werden. Wir werden unser Ziel der interkulturellen Öffnung aller öffentlichen Gremien, wie zum Beispiel bei der Polizei und Feuerwehr durch die Einführung der 10-Prozent-Quote, weiter verfolgen. Das haben wir auch im Integrationskonzept so festgehalten.

Wir haben durch viele Veranstaltungen und Anhörungen im Kulturausschuss die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Vielfalt der Kulturen gelenkt. Wir konnten feststellen, dass die Defizite oft in einem Mangel an finanzieller Förderung der interkulturellen Einrichtungen und Angebote sowie im Fehlen der Moderation derselben liegen. Wir verhinderten deshalb trotz der heiklen Finanzlage Berlins weitere Kürzungen im Etat für interkulturelle Aktivitäten. Die Linkspartei.PDS-Fraktion stellte den Konsens im Senat her, dass der Dialog zwischen den Kulturen weiter nach allen Kräften unterstützt werden muss.

Der rot-rote Senat hat erstmalig in Berlin ein Landesintegrationskon-



zept vorgelegt. Dieses geht weit über die bekannten bundes- und landespolitischen Konzepte hinaus. Damit sind wir richtungweisend und werden die Berliner Defizite in der Integrationspolitik offensiv angehen.

### **Integrationskonzept für die ganze Stadt vorgelegt**

Ausgehend von offen benannten Defiziten und der Zusammenfassung der schon in den letzten Jahren von der rot-roten Regierung fiskalisch und gesetzlich in die Wege geleiteten Maßnahmen entwickelt das Konzept einen völlig neuen Ansatz der Integrationspolitik: Gemäß der im rot-roten Koalitionsvertrag vorgegebenen Zielsetzung der »Quer-

schnittsaufgabe Integrationspolitik« wird nun eine Bündelung der Aufgaben vorgegeben, die ressort- und bezirksübergreifend ist.

Damit stellt das Integrationskonzept eine hohe Anforderung für den Senat und die Bezirke dar. Seine Umsetzung wird zur Verbesserung der Qualität des Zusammenlebens im Land beitragen. Die Partizipation von Migrantinnen und Migranten wird gewährleistet und die interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes ausgebaut. Dadurch kann Diskriminierung bekämpft werden und Integration in allen Lebensbereichen stattfinden.

In Berlin wollen wir auch zukünftig unsere politische Kraft vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeit

nutzen, das Integrationskonzept modellhaft umzusetzen. Das neue Schulgesetz sieht zahlreiche Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung der Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund vor. Unter anderem soll schon im Alter von vier Jahren eine erste Sprachstandserhebung stattfinden.

Für die Förderung von Deutsch als Zweitsprache sind über 700 neue Stellen bereitgestellt worden.

Der rot-rote Senat hat sich dafür eingesetzt, dass in den Jobcentern muttersprachliches Personal eingestellt wird, um Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlinge besser zu beraten. Ihre mitgebrachten Qualifikationen müssen bei der beruflichen Neuorientierung berücksichtigt und durch gezielte Weiterbildung für eine schnelle Integration auf dem Arbeitsmarkt genutzt werden.

### **Situation von Flüchtlingen verbessert**

Durch die Abschaffung der Chipkarte, mit der Flüchtlinge in früheren Jahren einkaufen mussten und der Möglichkeit, statt in Wohnheimen auch in eigenen Wohnungen leben zu können, konnte die schwierige Situation der Flüchtlinge verbessert werden. Der ehemaligen restriktiven Stigmatisierung haben wir menschlichere Bedingungen entgegengesetzt.

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren in der Migrations- und Flüchtlingspolitik viel erreicht. Daran will die Linkspartei.PDS-Fraktion auch über 2006 hinaus intensiv arbeiten. ■

# ANSPRUCH UND PRAXIS

Karin Hopfmann



Berlin ist eine Stadt der Zuflucht für Menschen in Not aus aller Welt. Hier lebten 2003 rund 57.000 Asylberechtigte, -bewerberinnen und -bewerber, Flüchtlinge mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis, Ausreisepflichtige ohne Rechtsstatus, Kontingentflüchtlinge und eine unbekannte Zahl Menschen in der Illegalität.

In der Koalitionsvereinbarung wurde ein anspruchsvolles Ziel formuliert: Die Rückkehr zu einer Flüchtlingspolitik, die sich an den völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechts- und Flüchtlingskonventionen orientiert. Zugleich ist die Landespolitik in der konkreten Verwaltungspraxis an die rechtlichen Rahmenbedingungen, das heißt, das Asyl- und Flüchtlingsrecht, das Aufenthaltsrecht, die Beschäftigungsverfahrensverordnung und die Sozialgesetzgebung gebunden. Politisch vereinbart war die Prüfung der Ermessensspielräume in aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen sowie zur Erweiterung des Zugangs von Flüchtlingen zu Beschäftigung und Ausbildung.

Am 1. Januar 2005 trat das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft. Neben positiven Regelungen und erweiterten Ermessensspielräumen im humanitären Aufenthaltsrecht blieben wesentliche Probleme ungelöst, wie zum Beispiel eine Bleiberechtsregelung für langjährig in Deutschland lebende Flüchtlinge ohne Rechtsstatus, so genannte Geduldete und Illegale. Die Koalitionsparteien PDS und SPD hatten sich deshalb auf ein Neun-Punkte-Programm zur Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes auf Landesebene geeinigt.

Parallel zu den politischen Vorgaben für das Verwaltungshandeln in den Innen- und Sozialbehörden beteiligte sich das Land Berlin an dem

vom Europäischen Flüchtlingsfonds finanzierten Projekt »Europa – Land des Asyls« zum Vergleich der Politiken, Verwaltungspraktiken und Projekte zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.

Berlin unterzeichnete eine Erklärung der BürgermeisterInnen europäischer Großstädte, die die Aufnahme und Integration von MigrantInnen und Asylsuchenden als positive Kraft in der städtischen Entwicklung und als integrationspolitische Aufgabe bewerten. Auf dieser Basis erarbeitete der Beauftragte des Senats für Integration und Migration erstmalig Empfehlungen zur Berliner Flüchtlingspolitik.

Der 2003 berufene Beirat für Integration und Migration diskutierte und bestätigte die Empfehlungen. Sie bildeten die Grundlage für das Handlungsfeld »Perspektiven für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen« im Integrationskonzept für Berlin.

## Umdenken in der Flüchtlingspolitik erreicht

Fazit unserer politischen Arbeit seit 2001 ist: Ein Paradigmenwechsel wurde vollzogen. Die Berliner Flüchtlingspolitik ist Bestandteil eines Gesamtkonzeptes der Integrationspolitik und wird – zumindest im Rahmen des politischen Willensbildungsprozesses im Parlament, in der Sozial- und in der Innenverwaltung – unter den Aspekten der humanitären Verpflichtungen des Landes Berlin für Asylbewerberinnen und -bewerber sowie Flüchtlinge und der Entwicklung der Potentiale für die Stadtentwicklung gesehen. Gemessen aber wird die Koalition an der alltäglichen praktischen Umsetzung der politischen Vorgaben.

Zu den ersten Entscheidungen des Senats 2002 gehörten die Abkehr vom Sachleistungsprinzip in der Auslegung des Asylbewerberleistungsgesetzes, das heißt die Ermöglichung der Auszahlung von Bargeld zum Lebensunterhalt für Asylbewerberinnen und -bewerber sowie geduldete Flüchtlinge und die Unterbringung in Wohnungen statt in Flüchtlingsheimen.

Die Initiative dazu kam von der Linkspartei-Fraktion und Senatorin Heidi Knake-Werner. Die Senatorin für Justiz Karin Schubert (SPD) setzte sich auf Bundesebene für die Rücknahme des Vorbehalts der Bundesrepublik Deutschland zur bedingungslosen Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein. Leider vergeblich: jugendliche Flüchtlinge werden ab dem 16. Lebensjahr rechtlich weiter wie erwachsene Flüchtlinge behandelt und damit gegenüber Inländern ungleich gestellt. Berlins Innensenator wies jedoch an, jugendliche Flüchtlinge unter achtzehn Jahren weitgehend nicht mehr in Abschiebehaft zu nehmen, wenn sie erreichbar untergebracht sind. Die Praxis der Altersfeststellung hebt die Weisung oft wieder aus und ist teilweise haarsträubend.

Die Vollziehung von Abschiebungen und die Abschiebehaft sind – völlig zurecht – immer wieder hinterfragte und kritisierte Praktiken. Als Durchsetzung von Verwaltungshandeln bei Bestehen einer Ausreisepflicht sind sie bundesgesetzlich geregelt, aber nicht in jedem Fall zwingend und notwendig.

Im Herbst 2001 beschloss das Abgeordnetenhaus einen Maßnahmenplan zur Verbesserung der Bedingungen in der Abschiebehaft Berlin-Köpenick und zur Vermeidung



von Abschiebungshaft. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe beim Stab des Polizeipräsidenten gebildet. Zudem wurden personelle Veränderungen in der Leitungsebene vorgenommen. Einige Forderungen wurden schnell umgesetzt wie die Einrichtung eines Besucherraumes anstelle von Besucherzellen mit Innenscheiben. Die vereinbarte Entfernung der Innengitter in den Zellen geht dagegen nur schleppend voran.

Wichtige Verbesserungen in der medizinischen Versorgung wurden erst nach schwerwiegenden Vorfällen in Angriff genommen. Die medizinische Betreuung durch den polizeiärztlichen Dienst ist aus unserer Sicht problematisch. Es gibt Projekte zur Fortbildung und Sensibilisierung des Bewachungspersonals in Zusammenarbeit mit freien Trägern der interkulturellen Arbeit, die Kommunikation nach außen ist offener, die Koordination der beteiligten Dienstbereiche der Polizei und die Zusammenarbeit mit dem Beirat und den Seelsorgerinnen und Seelsorgern wesentlich verbessert.

Die Praxis der Beantragung von Abschiebungshaft hat sich deutlich geändert, das zeigen die Zahlen: Die Belegung der ursprünglich 330 Haftplätze liegt unter fünfzig Prozent. Die Zahl der Abschiebungen hat sich von 2.911 (2001) auf 1.981 (2004) verringert. Das ist eine Feststellung, aber kein Grund zufrieden zu sein.

### **Spielräume des Aufenthaltsrechts teilweise genutzt**

Im Gegenzug hat sich die Zahl der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären Gründen erhöht. Ein langer Aushandlungsprozess führte zu Regelungen im Um-

gang mit schwer traumatisierten Bürgerkriegsflüchtlingen aus Ex-Jugoslawien und zur aufenthaltsrechtlichen Regelung für staatenlose Palästinenserinnen und Palästinenser aus dem Libanon.

Uneingelöst blieb die Forderung, das rechtliche Ermessen des Aufenthaltsgesetzes zu nutzen, um die fehlende Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete abgelehnte AsylbewerberInnen und Bürgerkriegsflüchtlinge auf Bundesebene (das Problem der Kettenduldungen) auf Landesebene zu kompensieren und für weitere Gruppen von Flüchtlingen eine Lösung zu finden.

Die in Berlin berufene Kommission für ausländerrechtliche Härtefälle hat im Bundesvergleich eine harte und insgesamt positive Arbeit geleistet: 2005 wurden 430 Fälle beraten (1.398 Personen), in 187 Fällen (674 Personen) Lösungen nach der Härtefallregelung, in 62 Fällen (116 Personen) nach anderen Vorschriften umgesetzt.

Problematisch sind die 104 Ersuchen (335 Personen) der Kommission an die Innenverwaltung, die nicht im Sinne des positiven Ermessens umgesetzt wurden.

Hier besteht oft ein Dissens zwischen der Fraktion der Linkspartei.PDS und dem Innensenator. So existentiell wichtig individuelle Härtefalllösungen für weitgehend integrierte Familien und Menschen in nachvollziehbaren Notlagen, sie sind Gnadenakte und Ausdruck fehlender politischer Lösungen, die wir nicht aushandeln konnten.

Einen gemeinsamen politischen Willen gab es in der Koalition, die Situation von Opfern häuslicher Gewalt, vor allem den Abschiebeschutz, zu verbessern, Frauenhan-

del und Zwangsverheiratung zu verhindern. Die Spielräume des Aufenthaltsgesetzes werden weitergehend genutzt.

Die gute Kooperation und kritische Begleitung, die uns seit Jahren mit den Mitgliedern des Flüchtlingsrates Berlin und seinen angeschlossenen Organisationen und Institutionen verbindet, ist unser unverzichtbares politisches Hinterland im Ringen um mehr Liberalität und Humanität in der Berliner Flüchtlingspolitik.

Auch in Zeiten defizitärer Haushaltskassen werden wir nicht zulassen, dass bei Menschenrechtsfragen in Kategorien von wirtschaftlicher Effizienz gedacht und humanitäre Politik zum Luxus erklärt wird. Darum haben wir gerungen und werden wir weiter ringen. ■

# WIE AUS WISSEN ARBEIT WIRD

## Benjamin-Immanuel Hoff



Mit dem Scheitern metropolitaner Träume, unübersehbar geworden durch das Milliardendefizit der Bankgesellschaft, wurde Berlin im Jahr 2001 schmerzhaft auf sich selbst zurückgeworfen. Um die tatsächlichen Potentiale der Stadt zu erkennen und zu befördern war nach Jahren der Großen Koalition vor allem politischer Realismus vonnöten. Damit ging die Koalition aus SPD und PDS im Januar 2002 an den Start.

Analysiert wurde, dass Berlins tragende Rolle im bundesdeutschen Städtenetzwerk zwar weniger Glamour erzeugt, aber Berlin in dieser Liga nicht um den Klassenerhalt zu fürchten braucht und mittelfristig Chancen zum Aufstieg hat.

Im zweiten Schritt nahmen die wirtschafts- und wissenschaftspolitischen Akteure der PDS im Senat, in der Abgeordnetenhausfraktion sowie in der Partei die Skizzierung entsprechender Schwerpunkte für die Wahlperiode bis 2006 vor.

### Verstärkte Förderung von wissenschaftlichen Projekten

Schnell wurde deutlich, dass die ökonomische Zukunft der Region nur noch in geringerem Maße in den traditionellen Industrien dafür aber stärker in Dienstleistungen und bei modernen Technologien sowie der Kooperation mit Osteuropa bestehen kann. Für die Arbeit der vergangenen Jahre wurden daraus im wesentlichen drei Schlussfolgerungen abgeleitet und sukzessive umgesetzt:

1. die Mittel der von Bund und Ländern finanzierten milliardenschweren »Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung regionaler Wirtschaftsstruktur« sollten verstärkt für innova-

tive und wissenschaftliche Projekte genutzt werden. Damit war ein Abschied von jahrzehntelangen Traditionen in der Förderpolitik verbunden, bei der verstärkt in Beton statt in Köpfe investiert worden war.

2. sollte Berlin an der langfristigen Entwicklung ausgewählter Kompetenzzentren festhalten und diese mit Brandenburg weiterentwickeln. Bis auf den Film- und Medienbereich waren die Ansiedlungsbemühungen großer Unternehmen bis 2002 nur begrenzt erfolgreich. Mit technologischen Netzwerken von Grundlagenwissenschaft, innovativen Unternehmen und Anwendern in der Wirtschaft, zum Beispiel bei der Biotechnologie, konnte es gelingen, Schritt für Schritt moderne, wenn auch zunächst kleine, neue industrielle Zweige in der Region aufzubauen.

3. sollten nicht zuletzt die Chancen der bestehenden Industrieunternehmen verbessert werden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kam bereits 2002 zu der Erkenntnis, dass diese Betriebe den Strukturwandel überwinden hätten. Ihre Perspektive liegt in der Verflechtung mit produktionsnahen Dienstleistungen und regionalem Leistungsaustausch. Dazu wurde von Wirtschaftsminister Harald Wolf gemeinsam mit den Industrieergewerkschaften ein neuer Industriedialog ins Leben gerufen.

### Drei Senatsressorts – Innovationspolitik aus einer Hand

Die PDS hatte in den Koalitionsverhandlungen 2001/2002 neben ihren Kompetenzressorts Gesundheit und Soziales sowie Arbeit und Frauen auch die Politikfelder Wirtschaft

und Wissenschaft sowie Kultur für sich beansprucht, um Innovationspolitik aus einer Hand betreiben zu können. Diese Herangehensweise hat sich als richtig herausgestellt.

Bereits im Sommer 2003 wurde unter Beteiligung des vielfältigen Berliner Wissenschafts- und Forschungsspektrums eine interessante Tagung zur Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft durchgeführt. Das Berliner Abgeordnetenhaus beschloss im Dezember 2003 den Antrag »Zukunftsfähige Innovationspolitik für Berlin und Brandenburg«. Im Februar 2005 legte der Senat ein Maßnahmenpaket vor.

Als Bestandteil entsprechender Initiativen beschloss der Senat von Berlin am 27. Februar 2004 einen Masterplan für den Biotechnologie-Park in Berlin-Buch als »Leitbild für einen Standort mit Visionen«. Im Ergebnis dessen wurden Doppelzuständigkeiten reduziert und die Fortentwicklung des Standortes sinnvoll gebündelt. Investoren und Unternehmen, die Beratung bei der Planung und Realisierung ihrer Investitionsvorhaben und Hilfestellung beim Umgang mit Behörden benötigen, können sich an die unter Rot-Rot gebildete Zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen (ZAK) wenden, um aus einer Hand die erforderliche Unterstützung zu erhalten.

Wirtschaftssenator Harald Wolf und die Berliner Wirtschaftsverbände starteten im Sommer 2004 gemeinsam das Projekt »Berlin 2004 bis 2014 – Eine Wachstumsinitiative«. Mit ihr wurden von Wirtschaft und Politik gemeinsam zu gestaltende Handlungsfelder definiert, für die konkrete Zielsetzungen und Umsetzungsschritte beschrieben und

vereinbart wurden. So hat der Senat beispielsweise ein von Wirtschaft und Politik erarbeitetes Tourismuskonzept mit klaren Zielsetzungen und Handlungsschritten vorgelegt. Zur Umsetzung verständigten sich die Partner – auch das ist neu in Berlin – auf eine verbindliche jährliche Überprüfung des Erreichten.

Zur nachhaltigen Stärkung der Finanzierung von Technologieunternehmen in ihrer Entstehungsphase wurde der »Venture Capital Fonds Berlin« konzipiert.

Berlin nimmt mit diesem Vorgehen bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Der Fonds hatte zunächst ein Volumen von 20 Millionen Euro (davon 13,75 Millionen Euro EFRE und 6,25 Millionen Euro Mittel der Investitionsbank Berlin). Planungsgemäß werden somit nach erfolgreichen Finanzierungen des Fonds sowie den

entsprechenden Engagements bei den Unternehmen mindestens 90 Millionen Euro für Technologieunternehmen in Berlin mobilisiert.

Die Zusammenarbeit der Technologiestiftungen Berlins und Brandenburgs wurde intensiviert. Vereinbart ist, die Arbeit in ausgewählten Innovationsfeldern, die zu den Kompetenzfeldern der Region zählen, aufeinander abzustimmen und gemeinsam weiterzuentwickeln.

Insbesondere der Patentverwertung wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. Im Mittelpunkt stand die Berliner Patentagentur ipal GmbH. Da immer noch sehr viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Hochschulen nur unzureichende Kenntnisse vom Thema »Patente« und von den Prozessabläufen bei der Anmeldung einer Erfindung besitzen, wurde die ipal

GmbH darin bestärkt, entsprechende Aufklärungsarbeit zu leisten und als Dienstleisterin zur Verfügung zu stehen. Als besonders hilfreich wurde dafür die Unterstützung durch die Erfinderberaterinnen und -berater an den einzelnen Hochschulen eingeschätzt und gefördert.

### **Augenmerk auf Wissenserwerb und Bildung von der Kita an**

Nicht zuletzt prüfte der Senat im Rahmen seiner Entbürokratisierungsstrategie auch, ob die Richtlinien des Landes zur Innovationsprojektförderung eventuell eine Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Unternehmen oder reine Unternehmenskooperationen in Berlin und Brandenburg behindern.

Diesen Ansatz will die Linkspartei.PDS-Fraktion in der kommenden Wahlperiode vertiefen. Das bedeutet, Sozialstaatspolitik in neuer Weise mit Wissens- und Innovationspolitik zu verknüpfen – auch unter den Bedingungen der extremen Haushaltsnotlage. Die »Wissens- und Innovationspolitik« muss deshalb weiter als bisher gefasst werden. Für uns kommt es darauf an, die Bildungspolitik – begonnen bei der vorschulischen Erziehung, über Schule, Berufsbildung, Hochschule bis hin zur lebenslangen Weiterbildung – künftig noch stärker als zentrales Feld einer Politik sozialer Gerechtigkeit im Themenfeld Wissens- und Innovationspolitik zu verstehen und gleichzeitig die weitere Professionalisierung innovativer Institutionen bzw. Netzwerke in Wissenschaft und Wirtschaft zu betreiben. ■



# DIE WELT ZU GAST BEI UNS

## Bärbel Holzheuer-Rothensteiner



Als am 27. November 2003 das Abgeordnetenhaus den Koalitionsantrag auf Erstellung eines »Tourismuskonzepts für die Hauptstadtregion Berlin« annahm, war noch nicht abzusehen, dass dies später einen wahren Boom an touristischen und Wirtschaftsaktivitäten auslösen würde.

Die Entwicklung Berlins als Touristenstadt, als Stadt der Kultur, der Museen, der Konferenzen, Messen und Kongresse war schon immer Thema der Wirtschaftspolitik und der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Deshalb gab es stets vielseitige Bemühungen, Berlin noch attraktiver für Besucher zu machen und mehr Gäste in die Stadt zu holen.

Gleichzeitig waren viele Probleme nicht gelöst: Die zu geringe Hotelauslastung, die Besucherkonzentration auf die Citylagen, die Probleme bei der Infrastruktur und Lenkung im Bustourismus, die fehlende Internationalität sowie mittelmäßige Qualität und bescheidener Service.

Viele touristische Vorhaben lagen schon jahrelang auf Eis, weil es nicht gelang, sie bezirks- oder länderübergreifend anzugehen, wie zum Beispiel den Ausbau des Wassertourismus oder die Installierung eines touristischen Wegeleitsystems.

Ein Gesamtkonzept für die Tourismusentwicklung sollte Wege aufzeigen, wie mit neuen Formen der Kooperation, der Festlegung von Zuständigkeiten, der Definition von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen diese Probleme gelöst und der Tourismus als wichtiger Wirtschaftsfaktor und Motor für Arbeits- und Ausbildungsplätze weiterentwickelt werden konnte.

Der PDS und auch mir als der Tourismusverantwortlichen im Wirtschaftsausschuss lag viel daran,

dass ein neues Konzept nicht allein die City Ost und die City West, nicht nur die großen Events und die Gäste in den Mittelpunkt rückt, die in teuren Hotels übernachten, teuer shoppen und teure Gastronomie und Kultur nachfragen. Gleichberechtigt sollten die Berliner Bezirke mit ihren Kiezen und Besonderheiten ins Blickfeld genommen werden, Angebote im Jugend- und Sporttourismus sollten verstärkt bzw. neu entwickelt und auch Jugendliche, Familien, ältere und behinderte Menschen als wichtige touristische Zielgruppen gesehen werden – verbunden mit dem Anspruch, dass Berlin seine Gäste mit Angeboten von bester Qualität und gutem Service empfängt und allen einen barrierefreien Zugang ermöglicht.

### Ein touristischer Masterplan entstand

Zur Erarbeitung des Tourismuskonzepts begann der Senat in den darauffolgenden Monaten unter Einbeziehung aller wichtigen Akteure im Tourismus erst einmal eine Bestandsaufnahme. Unter anderem wurde das Bettenangebot in Bezug auf Preise, Qualität, Quantität und Auslastung in den einzelnen Berliner Bezirken untersucht. Es wurden Stärken und Schwächen, Problemfelder und Entwicklungschancen definiert, Ziele formuliert, erforderliche Umsetzungsschritte aufgezeigt sowie Zuständigkeiten, Kooperationserfordernisse, Prioritäten, Zeitrahmen, Finanzierungsverantwortungen und -möglichkeiten erfasst.

Das Ergebnis war ein touristischer Masterplan für Berlin, ein Tourismuskonzept für die Hauptstadtregion, das Vorschläge enthält für

kurzfristig zu realisierende Projekte wie auch langfristig erreichbare Ziele.

Ausgangspunkt wurden die drei Säulen Berlins als internationale Metropole, als deutsche Hauptstadt und als Zentrum einer Hauptstadtregion und der Grundsatz, dass die Stadt nur dann voran kommt, wenn alle Akteure kooperativ und arbeitsteilig zusammenwirken - die am Runden Tisch Tourismus beim Regieren den Bürgermeister Beteiligten ebenso wie diejenigen, die im Rahmen des touristischen Stadtmarketings zusammen agieren. Dazu zählen die Senatsverwaltungen, die Berlin Tourismus Marketing GmbH (BTM), die Bezirke und auch die Akteure der Hauptstadtregion Berlin und das Brandenburger Umland.

In das Tourismuskonzept aufgenommen wurde unsere Anregung, nicht mehr nur ganz allgemein mit Messen, Kongressen und Events für Berlin zu werben. Sondern auch mit konkreten touristischen Produkten zu konkreten Reiseanlässen und für Zielgruppen mit spezifischen Interessen.

Und es wurden Vorschläge gemacht unter anderem für die Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsdienstleistungen, für die Hotellerie und Gastronomie, den Hauptstadt-, Städte- und Shoppingtourismus, den Kultur- und Eventtourismus, den Geschäfts-, Tagungs-, Kongress- und Messtourismus, für den Gesundheits-, Wasser-, Rad- und Sporttourismus, für die Verbesserung der Gästeinformation und des Services, für das Qualitätsmanagement und die Angebotsausrichtung an individuellen Gästebedürfnissen.

Auf einer Pressekonferenz im Frühjahr 2004 stellten Wirtschafts-



senator Harald Wolf und der Geschäftsführer der Berlin Tourismus Marketing GmbH, Hans-Peter Nerger, das Tourismuskonzept für die Hauptstadtregion Berlin vor und forderten alle beteiligten Akteure auf, das gemeinsam erarbeitete Konzept strategisch auch zu nutzen und die Zusammenarbeit zu optimieren. Schon ein Jahr später, im Mai 2005, wurde im Rahmen der »Wachstumsinitiative Berlin 2004 bis 2014« die Initiative »Wirtschaft und Politik für Tourismus in der Hauptstadtregion Berlin« präsentiert, an der sich neben der BTM, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, dem Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg und der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin Brandenburg UVB auch die Senatswirtschaftsverwaltung, die Investitionsbank Berlin und die Wirtschaftsförderung Berlin beteiligen. Ein derart konzentriertes Zusammengehen hatte es zuvor nie gegeben.

### **Besucher mit Wasser und Grün gelockt**

Als Projekte wurden unter anderem der Ausbau Berlins als Tagungs- und Kongressmetropole, die Verbesserung der Bahnverbindungen, die Ausweitung des Angebots an Kultur, Sport und Großveranstaltungen und auch die Fortführung des Wassertourismus durch ein wassertouristisches Leitsystem, Wassertaxis und Floating Homes und sowie der Start einer Service- und Qualitätsoffensive verabredet.

Schon bei der Vorstellung der Initiative konnte Hans-Peter Nerger von der BTM von den ersten Erfolgen einer gemeinsamen Strategie berichten: Mit 13 Millionen Über-

nachtungen war 2004 bereits zum besten touristischen Jahr geworden. Das Jahr 2005 hat diese Ergebnisse erneut übertroffen und der Ansturm an Gästen aus aller Welt reißt auch 2006 nicht ab.

Die Berliner Aktivitäten im Tourismus wurden von den Tourismuspolitikerinnen und -politikern der Linkspartei.PDS intensiv befördert. Zielgruppentourismus, Jugendtourismus, Wassertourismus, barrierefreier Tourismus – das waren Konzepte, deren Erfolge über Brandenburg hinaus auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern auf großes Interesse gestoßen sind. Neue Pläne wurden gemacht für eine länderübergreifende Zusammenarbeit zum Beispiel im Bereich Reittourismus.

Anlässlich der Vorstellung des Tourismuskonzepts in Marzahn-Hellersdorf konnte der Stadtrat für ökologische Stadtentwicklung, Heinrich Niemann, eindrucksvoll schildern, welchen touristischen Reiz durch sein Grün Marzahn-Hellersdorf jenseits der Platte entfalten konnte und wie ökologische Stadtentwicklung und »sanfter Tourismus« im Bezirk miteinander verbunden wurden.

Am 16. Februar 2006 konnte in einer Antwort auf eine Große Anfrage der Koalition zu den Tourismus-Potentialen und -chancen für Berlin auch Wirtschaftssenator Wolf mit Blick auf die vergangenen drei Jahre konstatieren: Es ist in der Tat eine Erfolgsbilanz! Das für 2010 formulierte Ziel, nämlich 15 Millionen Übernachtungen von Gästen in Berlin zu erreichen, ist bereits 2006 erreicht worden.

Selbst das touristische Wegleitsystem, das drohte, fast eine unendliche Geschichte zu werden,

steht nun auch in den Außenbezirken Berlins kurz vor dem Abschluss. An 14 Projekten wird aktuell gearbeitet, unter anderem an der Verbesserung der Bahnverbindungen, an den Wegweisern im Radwegesystem, an der Verbesserung der Servicequalität im Tourismus und der Attraktivität der Geschäftsstraßen. Auch das Wassertourismus-Konzept wird umgesetzt.

### **Gästedaten 2006 auf Rekordhoch**

Berlin ist auf einem guten Weg. Inzwischen beziehen zirka 170.000 Beschäftigte ihr Einkommen voll aus dem Tourismus, etwa 5.900 Azubis werden im Gastgewerbe ausgebildet. Der Umsatz der Tourismuswirtschaft, der 2003 noch 5,84 Milliarden Euro betrug, ist auf fast acht Milliarden Euro gestiegen.

Die letzten drei touristischen Jahre waren sehr erfolgreich, und die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft wird diesen Trend noch verstärken. Berlin ist gut vorbereitet, mit einer Qualitäts- und Serviceoffensive, mit einem kulturellen Rahmenprogramm, mit Fanmeile und vielem mehr. Die Linkspartei.PDS-Fraktion wird dazu beitragen, dass alle Berlinerinnen und Berliner auch von den guten Seiten der Tourismusentwicklung in der Stadt profitieren können. ■

# ALS WÄRE NICHTS GEWESEN

Freke Over



Mit dem Ende der Wahlperiode neigt sich auch der Untersuchungsausschuss zur Berliner Bankenfäule seinem Ende entgegen. Nach mehr als 120 Zeugen, 90 Sitzungen, 700 Seiten Abschlussbericht gibt es verschiedene Erkenntnisse: Die Vorstände der Bankgesellschaft haben versagt, sie haben das schnelle Geld aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft gerne genommen um Expansion und neue Geschäftsfelder finanzieren zu können und um Löcher zu stopfen, die sich aus anderen schlechten Geschäften auftaten, ohne sich um die Risiken für die Zukunft zu scheren.

So kam es, dass ein kleines Licht aus Nürnberg, namens Dr. Schoeps, zum Herr über eines der größten Immobiliengeflechte in der Bundesrepublik werden konnte.

Die Fonds und ihre Zeichner, ja sie haben verdient, aber doch vor allem an den Steuerabschreibungen, mit denen sie sich dann auch noch die hohen weichen Kosten (Provisionen, Garantiegebühren, Verwaltungskosten etc.) der Fonds virtuell ausgleichen mussten. Sie verdienen nicht an den Immobilien der Fonds, denn die waren eh nur Mittel zum Zweck und daher war ihre Qualität nachrangig. Es sollte schnell Geld gemacht werden mit der Auflage und dem Verkauf der Fonds, die Provisionen sollten das Geschäftsergebnis retten. Selbst die Gebühren für Mietgarantien und Andienungsrechte nach 25 Jahren wurden sofort vereinnahmt und nicht, wie sonst üblich, für später zurückgelegt.

Das alles führte dazu, dass das Land Berlin jetzt das wirtschaftliche Risiko für einen Haufen Schrottimobilien tragen muss, für die noch 23 Jahre zu zahlen ist.

Die Aufsichtsräte, die das Land Berlin in den Aufsichtsgremien der Bank vertraten, haben alle, aber auch wirklich alle falschen oder schlechten Entscheidungen der Vorstände abgesegnet. Wer es von diesen Verantwortungsträgern »nicht gewusst« hat, wollte es tatsächlich auch nicht wissen.

Dass sich Berlin durch die damalige Finanzsenatorin Anette Fugmann-Heesing auch noch aus der schlängelnden Bank zum Ausgleichen des Haushaltsdefizit bedienen konnte, in dem sie zukünftige Gewinnansprüche des Landes an der Bank an selbige veräußerte, verbesserte weder die Lage des Landes noch der Bank.

Deutlich wurde im Untersuchungsausschuss auch: Das Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen (BA Fin früher BA Kred) unter seinem Chef Jochen Sanio hatte beide Augen fest verschlossen über fünf Jahre bei stetig steigendem Wissen über die Schieflage der Berliner Bankgesellschaft und ihren schöpferischen Umgang mit dem Kreditwesengesetz wirklich keine Konsequenzen gezogen. Gehandelt wurde durch Sanio erst, als es zu spät war.

Die Verantwortung und den Schaden musste allein das Land Berlin tragen. Sanio drohte lieber in Debatten zur Entscheidung über die Risikoabschirmung den Berliner Abgeordneten mit Bankenschließung und Ausnahmezustand.

Auch wenn ich persönlich anders als meine Fraktion die Risikoabschirmung bis heute für den falschen Weg halte, am finanziellen Desaster für Berlin änderte sie nichts. Denn, das hat die Arbeit des Untersuchungsausschusses gezeigt, die Konstrukteure der Bank und ihres Fondsgeschäfts hatten von Anfang

an die wirtschaftlichen Haftungsketten zum Land Berlin rechtssicher gestrickt.

Und so zahlen die Bürger die Zechen für den größtenwahnsinnigen Versuch der Herren Landowsky und Staffelt, aus einer »Kreisspardose«, einer kleinen Privatbank und einer Sammelstelle für Bundessubventionen einen »global player« am Bankenmarkt zu schmieden.

Am Ende des Untersuchungsausschusses bleibt festzustellen, dass die grob fahrlässige bis vorsätzliche Vernichtung öffentlichen Eigentums nicht strafbar ist. Verantwortliche Banker stehen derzeit zwar vor Gericht, müssen aber wegen anderer Delikte belangt werden. Gegen einige wurden Geldstrafen verhängt.

Gerade bei der Bankgesellschaft hat sich gezeigt, dass es eben gerade keine kriminelle Bande war, die hier eine Bank ausgeraubt hat, sondern die ganz normale Berliner Mischung aus Größenwahn, Selbstgefälligkeit und Vetterwirtschaft zu Zeiten der Großen Koalition. Man wollte auch einmal Großbanker sein und meinte, so dem Ende des Geldregens aus Bonn ein Schnippchen schlagen zu können. Nur wenige haben sich kriminell bereichert, aber viele haben gut daran verdient.

Und uns ist wieder einmal vor Augen geführt worden, dass die Vermischung der Interessen von Politik und Wirtschaft nicht unweigerlich Gewinn für die Berliner Bürgerinnen und Bürger abwirft.

Nun kann man sagen, das haben wir auch schon vorher gewusst, aber wichtiger ist, Schlüsse zu ziehen, damit der Stadt Vergleichbares künftig erspart bleibt. ■

# CHRONIK

## Chronik

# WER WAS WANN

### 2001

**FEBRUAR** | Der Berliner Bankenskandal wird öffentlich.

**MÄRZ/APRIL** | Der Bankenskandal wird mit einer CDU-Spendenaffäre in Verbindung gebracht.

**MAI** | Klaus-Rüdiger Landowsky muss als CDU-Fraktionschef zurücktreten. Harald Wolf, PDS-Fraktionsvorsitzender, schlägt Neuwahlen vor. PDS, Bündnis 90/Die Grünen und FDP starten ein Volksbegehren für Neuwahlen.

**JUNI** | Die CDU-SPD-Koalition zerbricht. Nach einen Misstrauensvotum gegen den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen nimmt ein rot-grüner Übergangssenat die Arbeit auf. Neuwahlen werden beschlossen. Gregor Gysi (PDS) bewirbt sich als Regierender Bürgermeister.

**SEPTEMBER** | Die Terror-Anschläge in den USA am 11. September bringen weltweite Verunsicherung. Im Bundestag bekunden SPD und Grüne »bedingungslose Solidarität«. Die Berliner PDS fällt in Umfragen zurück.

**OKTOBER** | Am 22. Oktober wird gewählt. Die CDU verliert, die PDS kommt berlinweit auf 22,6 Prozent. Die SPD sondiert mögliche Koalitionen. Petra Pau führt als Landesvorsitzende die PDS-Delegation.

**NOVEMBER** | Die SPD beginnt Koalitionsverhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen und der FDP.

**DEZEMBER** | Der PDS-Landespartei-

tag wählt Stefan Liebich zum Vorsitzenden. Die »Ampel«-Versuche von SPD, Grünen und FDP platzen. SPD und PDS beginnen Koalitionsverhandlungen. Der Zwischenstand wird auf einer Basis-Konferenz der PDS erörtert.

### 2002

**JANUAR** | In den Koalitions-Verhandlungen wird der gemeinsame Wille bekräftigt, den überschuldeten Haushalt zu sanieren. In der Stadt regt sich Widerstand: gegen die Abschaffung der berittenen Polizeistaffel und für die Zukunft des Benjamin-Franklin-Klinikums. Parteitage der SPD und der PDS beschließen den gemeinsamen Koalitionsvertrag. Das Abgeordnetenhaus wählt die rote Regierung mit Heidi Knake-Werner, Thomas Flierl und Gregor Gysi (alle PDS).

**FEBRUAR** | Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss müht sich um Klarheit im »Bankenskandal«, eine Ermittlungsgruppe bei der Staatsanwalt beginnt ihre Arbeit. Gegen zwei Akteure beim Berliner Bankenskandal, die AUBIS-Manager Wienhold und Neuling, wird Haftbefehl erlassen. Gegen Kaution kommen sie frei.

**MÄRZ** | Die PDS hat eine Expertenkommission zur Berliner Hochschulmedizin angeregt. Sie erarbeitet ein Konzept, das die Bedenken des »Benjamin Franklin« aufnimmt und vom Senat angenommen wird. Damit löst Wissenschafts-Senator Flierl eine Zusage ein.

**APRIL** | Das Abgeordnetenhaus steht

vor einer schwierigen Entscheidung: entweder die Berliner Bankgesellschaft in den Konkurs gehen zu lassen oder aufgehäufte Risiken der Bank abzuschirmen. So oder so zahlen die Steuerzahler heftig drauf. Die PDS-Fraktion entscheidet sich für die Risikoabschirmung.

Die Schriftstellerin Daniela Dahn mit der Louise-Schroeder-Medaille geehrt. Die CDU protestiert.

**MAI** | Das Abgeordnetenhaus beschließt mit den Stimmen von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen: Nikolai Bersarin, 1945 erster sowjetischer Stadt-Kommandant von Berlin, soll wieder Ehrenbürger werden.

**JUNI** | Die Ermittlungen zur Bankgesellschaft werden verstärkt.

Der Hauptausschuss sichert Mittel, um 6.000 Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu vermitteln. Im Abgeordnetenhaus wird der Doppelhaushalt für die Jahre 2002/2003 verabschiedet.

**JULI** | Gregor Gysi tritt überraschend als Bürgermeister und Wirtschaftsminister zurück.

**AUGUST** | Der bisherige Fraktionsvorsitzende der PDS im Abgeordnetenhaus, Harald Wolf, wird neuer Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen. Stefan Liebich, PDS-Landesvorsitzender, kandidiert für den Fraktionsvorsitz.

**SEPTEMBER** | Die PDS verfehlt bei der Bundestagswahl die 5-Prozent-Hürde deutlich. Nur die beiden Berlinerinnen Gesine Lötzsch und Petra Pau werden in den Wahlkreisen Lichtenberg bzw. Marzahn-Hellersdorf direkt in den Bundestag gewählt.

**OKTOBER** | Die PDS erneuert ihre Forderung an die rot-grüne Bundesregierung zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Ein PDS-Parteitag in Gera verstärkt innerparteiliche Turbulenzen.

In Berlin präsentieren SPD und PDS das Konzept für eine effektivere Gebäudewirtschaft (Facility Management).

SFB und ORB fusionieren zum RBB. Dagmar Reim wird die erste Intendantin eines öffentlich-rechtlichen Senders. Die PDS im Bundestag lehnt die Hartz-Gesetze der Bundesregierung ab.

**NOVEMBER** | Das Land Berlin muss für 2002 mit 700 Millionen Euro und für 2003 mit 300 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen rechnen. Die PDS erneuert ihre Forderung an die Bundesregierung, eine Vermögenssteuer ein- und eine kommunale Finanzreform durchzuführen.

Die Berliner PDS-Fraktion unterstreicht ihre Gesprächsbereitschaft mit den Gewerkschaften für einen Solidar-Pakt im Öffentlichen Dienst.

**DEZEMBER** | Der Senat erlässt eine Rechtsverordnung für »Drogen-Konsum-Räume«.

Die Koalition vereinbart: Die Berlinische Galerie erhält einen neuen Standort.

Kleinstunternehmen sollen durch Darlehen der IBB besser unterstützt werden.

Die öffentliche Debatte über den Entwurf eines neuen Schulgesetzes beginnt.

Die schlagzeilenträchtige Müllentsorgung und deren Kosten werden transparenter gestaltet, neue Anlagen und Abfallmengen werden ausgeschrieben.

Eine Basiskonferenz der Berliner PDS berät über »Bilanz und Perspektiven von Rot-Rot in Berlin«.

### 2003

**JANUAR** | Ein Folgevertrag für Stadtteilzentren zwischen dem Land Berlin und dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband tritt in Kraft. Auf Bitte von Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner öffnet die BVG erstmals U-Bahnhöfe für frierende Obdachlose.

Die PDS-Fraktion lehnt Bundespläne für eine Zinsabgeltungssteuer als »Geschenke für Reiche« ab.

Der Berliner Liegenschaftsfonds und ein Leipziger Investor einigen sich auf den Erhalt des vakanten Sport- und Erholungszentrums (SEZ). Die PDS-Fraktion lehnt eine »lineare Erhöhung« der Kita-Beiträge als ungerecht ab.

Senatsmitglieder der PDS geben ihre Parlaments-Mandate zurück, neue Mitglieder rücken in die Fraktion nach.

**FEBRUAR** | Mit den Gewerkschaften beginnen Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst in Berlin.

Rot-Rot führt ein Bildungsprogramm für Kitas ein.

Die Koalition beschließt, die Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau zu beenden und zugleich ein Programm zum Schutz betroffenen Mieterinnen und Mieter.

Berliner PDS-Politikerinnen und Politiker unterzeichnen einen »Europäischen Friedensappell«. 500.000 Menschen demonstrieren in Berlin gegen den drohenden Irak-Krieg.

**MÄRZ** | Der Landesparteitag der PDS diskutiert über »Bilanz und Perspek-

tiven« von Rot-Rot sowie über die »Trennung von Amt und Mandat«. Er verabschiedet unter anderem ein Programm »für ein weltoffenes, tolerantes Berlin«.

**APRIL** | Bundeskanzler Schröder stellt seine »Agenda 2010« vor. Die PDS im Bundestag lehnt sie als unsozial ab. Die PDS führt einen außerordentlichen Friedens-Parteitag durch. Wirtschaftsminister Harald Wolf eröffnet die Zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen (ZAK).

**MAI** | Die Koalition beschließt eine Neuregelung für Lernmittel an Berliner Schulen. Sozial Schwache brauchen auch weiterhin keinen Eigenbeitrag leisten.

Die PDS im Bundestag fordert erneut eine Volksabstimmung zur künftigen EU-Verfassung.

**JUNI** | Mit den Gewerkschaften wird ein neuer Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst in Berlin abgeschlossen.

Die PDS wählt auf einem Sonderparteitag in Berlin Lothar Bisky zum neuen Vorsitzenden. Die Berliner PDS stellt einen Dokumenten-Band »Die Klasse in Aufruhr« zur Geschichte des 17. Juni 1953 vor.

**JULI** | Der Bundestag beschließt gegen die Stimmen der PDS den beschleunigten Aufbau des Berliner Stadtschlösses. Kultursenator Flierl engagiert sich für eine kulturelle Zwischennutzung des asbestbereinigten Palastes der Republik.

Die Berliner Bankeninitiative startet ein Volksbegehren. Sie will die Risikoabschirmung rückgängig machen und die Bankgesellschaft auflösen.

## Chronik

# WER WAS WANN

**SEPTEMBER** | Das Abgeordnetenhaus beschließt Flierls Modell der »Opern-Stiftung«. Es wurde mit dem Bund vereinbart und sichert trotz Haushaltsnotlage den Bestand der drei großen Opern. In Berlin findet auf Anregung von Senatorin Heidi Knake-Werner die erste »Lange Nacht des Verbraucherschutzes« statt.

Der PDS-Landesparteitag beschließt unter anderem ein Leitbild »Der Bezirk als Bürgerkommune«. Es soll modellhaft in Lichtenberg praktiziert werden.

Das Land Berlin klagt in Karlsruhe auf Hilfe bei der Entschuldung.

**OKTOBER** | Der Landeshaushalt für die Jahre 2002/2003 wird für verfassungswidrig erklärt. CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen hatten geklagt. Das Urteil setzt einen noch engeren Rahmen für die Ausgaben des Landes Berlin. Der Haushaltsentwurf für 2004/2005 muss neu beraten werden.

Die PDS gibt sich auf einem Parteitag in Chemnitz ein neues Programm. Auf einem bundesweiten Aktionstag protestiert auch die Berliner PDS gegen die unsoziale »Agenda 2010«.

**NOVEMBER** | Das Abgeordnetenhaus beschließt ein »Gesetz über die Einrichtung eines zentralen Personalüberhangmanagements« (Stellenpool). Die Fraktionsvorsitzenden der PDS und die PDS im Bundestag verabschieden eine gemeinsame Erklärung gegen die Hartz-Gesetze der Bundesregierung. Kultursenator Flierl weiht am Potsdamer Platz einen Karl-Liebke-Neck-Sockel ein.

**DEZEMBER** | Das Landespflegegeld-Gesetz wird geändert, bleibt aber mit

seinen zum Teil bundesweit einmaligen Leistungen erhalten. Das Blindengeld wird abgesenkt.

Studentinnen und Studenten protestieren auf einem Landesparteitag gegen Studienkonten-Modelle, die auch in der PDS umstritten sind.

Der Bundestag beschließt gegen die Voten der PDS eine Steuerreform, die zu Lasten der Länder geht. Rot-Rot in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern stimmen den Hartz-Gesetzen im Bundesrat nicht zu.

## 2004

**JANUAR** | Die neuen sozial gestaffelten Kita-Gebühren und das Schulgesetz treten in Kraft.

**FEBRUAR** | Die »Grauen Panther« starten ein Volksbegehren für vorgezogene Neuwahlen in Berlin. Dem schließen sich die Gewerkschaft der Polizei und Taxifahrer an.

**MÄRZ** | SPD und PDS einigen sich auf einen Kompromiss im so genannten Kopftuch-Streit. Dort, wo das Tragen sichtbarer Symbole verboten wird, gilt es für alle Religionen.

Das Abgeordnetenhaus beschließt neue Regeln, die den Besitz von Cannabis partiell entkriminalisieren.

Senator Harald Wolf und die PDS im Bundestag bekräftigen die Forderung nach einer Umlage-Finanzierung zur Förderung der Berufsausbildung.

Die PDS-Fraktion wendet sich gegen bundespolitische Forderungen, die Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst zu verlängern. Innensenator Körting (SPD) erklärt das Volksbegehren der Bankeninitiative für verfassungswidrig.

**APRIL** | Das Abgeordnetenhaus beschließt einen Doppelhaushalt für die Jahre 2004/2005.

Der Landesparteitag der PDS lehnt Studienkonten ab.

Die BVG hat Sozialtickets gestrichen, nachdem der Senat Subventionen gekürzt hatte, außerdem das Arbeitslosen- und Senienticket ohne jeden Anlass. Die PDS-Senatoren Harald Wolf und Heidi Knake-Werner verhandeln weiter mit der BVG um die Wiedereinführung von ermäßigten Tickets.

Senator Peter Strieder (SPD) tritt in Folge der so genannten Tempodrom-Affäre von allen Ämtern zurück. Nachfolgerin wird die bisherige Staatssekretärin Ingeborg Junge-Reyer (SPD).

Die Koalitionsfraktionen bringen Anträge zur Schaffung eines Korruptionsregisters und für einen Corporate Governance Kodex, der mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen zum Ziel hat, auf den Weg.

Senator Harald Wolf spricht auf dem Ostermarsch in Fretzdorf gegen das Bombodrom.

Der PDS-Vorstand berät Maßnahmen zur Stärkung der direkten Demokratie.

**MAI** | Der »1. Mai in Kreuzberg« verläuft weitgehend ohne die üblichen Krawalle. Das bürgerschaftliche Engagement im Bezirk und das besondere Agieren der Polizei fanden Zustimmung.

Die PDS-Fraktion spricht sich für den Erhalt und die Sicherung des Carousel-Theaters aus.

Die Fraktionen von SPD und PDS unterbreiten den anderen Fraktionen Vorschläge zur Änderung der Verfassung von Berlin zur Einführung von Volksentscheiden in den

Bezirken und zur Absenkung des Wahlalters.

**JUNI** | Die PDS-Fraktion stimmt der im Koalitionsvertrag vereinbarten Veräußerung einer Wohnungsbaugesellschaft an private Investoren zu. Der GSW-Verkauf ist ein Notlagenverkauf. Die PDS verbindet die Zustimmung mit umfangreichen Mieterschutzmaßnahmen.

Mit dem neuen Antidiskriminierungsgesetz übernimmt Berlin die Vorreiterrolle bei der Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Identitäten.

Die Fraktion der PDS spricht sich einstimmig gegen einen Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide (Bombodrom) aus.

Vivantes bleibt als kommunales Krankenhausunternehmen erhalten. Der rot-rote Senat stimmt dem durch den Aufsichtsrat beschlossenen Sanierungskonzept zu.

Die denkmalgerechte Sanierung des Studentendorfes Schlachtensee wird durch den Verkauf an die dortige Genossenschaft gesichert.

In der Diskussion um eine Ansiedlung des Bundesnachrichtendienstes BND an der Chausseestraße befürwortet die PDS-Fraktion einen Alternativstandort.

Der Vermittlungsausschuss des Bundesrates einigt sich auf einen Kompromiss zu Hartz IV. Der PDS-Landes- und Fraktionsvorsitzende Stefan Liebich bezeichnet die Regelungen als »eine sozialpolitische und arbeitsmarktpolitische Fehlkonstruktion«.

Das neue Zuwanderungsgesetz des Bundes wird beschlossen. Die Berliner PDS-Fraktion kritisiert das Gesetz, weil es keine moderne Migrationspolitik ermöglicht und die

bundesrechtlichen Rahmenbedingungen verschlechtert.

**JULI** | Aufgrund der Ablehnung durch die PDS stimmt Berlin im Bundesrat den Hartz IV-Regelungen und dem Zuwanderungskompromiss nicht zu.

Die PDS-Fraktion spricht sich für den Erhalt des ORWO-Hauses als einen Ort der lebendigen und jungen Musikszene aus.

2004 werden in Berlin deutlich mehr Ausbildungsplätze im Arbeiter- und Angestelltenbereich des Öffentlichen Dienstes angeboten, als im Berliner Tarifvertrag vereinbart.

**AUGUST** | Die Montagsdemos gegen Hartz IV erreichen in Berlin ihren Höhepunkt. Sie werden von der PDS unterstützt.

Nach nur einjähriger Bauzeit wird die Berlinische Galerie eröffnet. Für die neue Ausstellungsattraktion der Berliner Museumslandschaft wurde ein ehemaliges Glaslager in der Alten Jakobstraße umgebaut.

Zum 100. Geburtstag von Werner Seelenbinder erreicht die PDS, dass das Stadion Neukölln künftig seinen Namen tragen wird.

**SEPTEMBER** | Auf ihrer Klausur in Szczecin stellt die PDS-Fraktion ihre Konzepte für eine kommunale Beschäftigungspolitik und zur Förderung des Gesundheitsstandorts Berlin vor. Gäste sind die Chefs der IHK und der Handwerkskammer.

Angesichts der schlechten PISA-Ergebnisse deutscher Schüler fordert die PDS-Fraktion die Stärkung frühkindlicher Förderung und längeres gemeinsamen Lernen in einem Klassenverbund.

Der Entwurf von SPD und PDS für das Hundegesetz sieht keinen gene-

rellen Leinenzwang für Hunde vor.

Durch die Einrichtung bezirklicher Ordnungsämter werden deutliche Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger, für Vereine und die Wirtschaft geschaffen.

Die Zukunft des carrousel-Theaters ist endgültig gesichert.

Bei einer friedlichen Demonstration zehntausender Menschen gegen die »Agenda 2010« kommt es zu einem gewalttätigen Polizeieinsatz. Die PDS-Fraktion kritisiert das Einschreiten und hält am Deeskalationskonzept fest.

**OKTOBER** | Die Fraktionen von PDS und SPD verständigen sich mit dem Senat auf die Wiedereinführung eines Sozialtickets ab Januar 2005.

Ein halbes Jahr nach ihrem Ausstieg aus dem Tarifvertrag, und obwohl sie sich am Volksbegehren zur Abwahl von Rot-Rot beteiligt, bietet die GEW dem Berliner Senat eine Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen an.

Mädchen und Frauen, denen Gefahr droht zwangsverheiratet zu werden, sollen unter anderem in Berliner Schulen und Ämtern künftig besser geschulte und sensibilisierte Ansprechpartnerinnen und -partner finden.

Gegen den Vorschlag, Christoph Hein als Direktor der Opernstiftung zu ernennen, gibt es in der Stadt erbitterten Widerstand.

**NOVEMBER** | Zum 15. Jahrestag der Maueröffnung fordert der Landes- und Fraktionsvorsitzende Stefan Liebich, mehr Gemeinsames zu schaffen, dabei aber die Teilung nicht zu vergessen.

Berlins Innenverwaltung und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

## Chronik

# WER WAS WANN

einigen sich über eine Vereinbarung zu tarifpolitischen Eckpunkten für die Beschäftigten des Landesbetriebes für Informationstechnik (LIT).

In Halbe wollen Neonazis zum Volkstrauertag demonstrieren. Die Fraktion der PDS ruft dazu auf, die antifaschistische Kundgebung zu unterstützen.

Nach dem Mord an einem niederländischen Filmemacher werden erneut Debatten über das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft geführt. Die PDS-Fraktion spricht sich gegen eine Politik mit der Angst aus und verweist auf Erfolge rot-roter Integrationspolitik in Berlin.

Mit PDS- und SPD-Mehrheit wird das Berliner Hochschulrahmengesetz novelliert.

Senatorin Heidi Knake-Werner beruft für Berlin erstmals eine Patientenbeauftragte.

**DEZEMBER** | SPD und PDS modernisieren das Studentenwerkgesetz.

Braune Kameradschaften wollen in Treptow-Köpenick für ein »Jugendzentrum Berlin Süd-Ost« demonstrieren. Die PDS-Fraktion ruft zu Protest auf.

Der Leichtathletik-Weltverband IAAF entscheidet, die Weltmeisterschaft 2009 in Berlin auszutragen.

Rot-Rot hat die Arbeit der Stadtteilzentren in Berlin erneut für drei Jahre gesichert.

Der Hauptausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus gibt Mittel für die Einrichtung einer Fachstelle für Suchtprävention frei.

Die BVG stimmt der Wiedereinführung des Sozialtickets zum halben Monatskartenpreis zu.

Das Berliner Oberverwaltungsgericht bestätigt die Entscheidung der rot-roten Koalition zur Beendigung

der unsozialen Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau.

Das Volksbegehren gegen den rot-roten Senat scheidet an zu wenigen Unterschriften.

## 2005

**JANUAR** | Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz fordert die PDS, dem wachsenden Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Der Frauenanteil in Aufsichtsräten der Berliner Landesunternehmen ist unter dem rot-roten Senat von sechs auf 28 Prozent gestiegen.

**FEBRUAR** | Der Wissenschaftler Rolf Reissig legt unter dem Titel »Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand« eine Studie vor, die den Kurs der PDS in der Stadt stützt und viel diskutiert wird.

Die Gründung des »Schul- und Leistungssportzentrums Berlin« aus den vier Sportschulen der Stadt ist beschlossen.

Die rot-rote Koalition einigt sich auf ein Maßnahmenpaket gegen Zwangsverheiratungen.

Die PDS-Fraktion beschließt, dass der Senat den Gesetzentwurf zum Straßenausbaubeitrag weiter verbessern muss und benennt Kriterien für soziale Ausgewogenheit und Mitbestimmung der Anlieger.

Für »Mehr Demokratie« auf Bezirksebene werden zwei Gesetzesanträge über die Einführung von Bürgerbegehren und -entscheiden ins Parlament eingebracht.

**MÄRZ** | Die Zukunft des Behinderten-Fahrdienstes Telebus ist geklärt und gesichert.

Die rot-rote Koalition verbessert die Kontrollmöglichkeiten bei der Vergabe von Landesbürgschaften.

Durch die Freigabe von Landesmitteln nach Vorlage eines Evaluationsberichts sichert die rot-rote Koalition die Berliner Atelierförderung.

Wissenschaftssenator Thomas Flierl einigt sich mit den Berliner Universitäten auf Hochschulverträge.

Die rot-rote Koalition entscheidet, dass Freie Träger für den symbolischen Preis von einem Euro sanierungsbedürftige Kitas können.

**APRIL** | Die Berliner PDS stellt auf ihrem Parteitag das Konzept für eine »Soziale Stadt« vor.

Die Berliner und Brandenburger PDS-Fraktionen setzen sich auf einer Sitzung für die Entwicklung einer integrativen Oder-Region ein.

Cannabisbesitz in geringer Menge zum Eigenverbrauch wird in Berlin durch eine neue Verordnung weiter entkriminalisiert.

Die Unternehmen, an denen das Land Berlin beteiligt ist, verzeichnen verbesserte Ergebnisse in allen Bereichen.

Michael Schindhelm wird Generaldirektor der Opernstiftung.

PDS-Senator Flierl stellt das Gedenkkonzept Berliner Mauer vor, das viel Anerkennung findet.

**MAI** | Insbesondere durch das Engagement von PDS-Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer und der MyFest-Initiative erlebt Kreuzberg den friedlichsten 1. Mai seit fast zwei Jahrzehnten.

PDS-Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner setzt eine Wohnregelung durch, die verhindert, dass es in Berlin zu massenhaften Umzügen von Alg II-Empfangenden kommt.

Am 60. Jahrestag der Befreiung feiert die Stadt ein großes Fest der Demokratie und Tausende Berlinerinnen und Berliner verhindern durch ihre Präsenz einen Nazi-Aufmarsch in Berlins Mitte.

Die parlamentarische Debatte über das rot-rote Integrationskonzept beginnt.

Der 10. Karneval der Kulturen zieht wieder Hunderttausende Menschen an.

Die Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft ver.di und dem Berliner Senat über Einsparungen bei der BVG als Voraussetzung für die langfristige Sicherung des kommunalen Unternehmens sind festgefahren. Die PDS-Fraktion lehnt Privatisierungsmodelle ab.

Nach der verlorenen Landtagswahl in NRW kündigt Bundeskanzler Gerhard Schröder überraschend vorgezogene Bundestagswahlen für den Herbst an.

**JUNI** | Durch einen Tarif-Kompromiss des Senats und ver.di wird ein Streik bei der BVG verhindert und eine Bestandsgarantie des Landesunternehmens bis 2020 erreicht.

Die PDS-Fraktion kritisiert die Pläne der Deutschen Bahn, Fernzüge künftig nicht mehr an den Bahnhöfen Zoo und Ostbahnhof halten zu lassen.

Vertretern der Yorkstraße 59 wird ein umfassendes Angebot vorgelegt, das einen Umzug des Projektes aus dem Künstlerhaus Bethanien und damit den Erhalt der Initiative in einem Ersatzobjekt ermöglichen würde.

Die rot-rote Koalition beschließt die Kita-Reform, mit der unter anderem Kitas verbindlich zu Bildungseinrichtungen werden.

Am diesjährigen Christopher-Street-Day nimmt die Berliner PDS mit einem eigenen Wagen teil.

**JULI** | In Berlin treffen sich erstmals alle PDS-Fraktionsvorsitzenden mit den DGB-Chefs der neuen Länder.

Die Hochschulverträge von 2006 bis 2009 werden unterschrieben.

**AUGUST** | Die PDS benennt sich um. Die Berliner Fraktion heißt nun »Die Linkspartei.PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus«.

Auch in Berlin kandidieren für die Linkspartei.PDS bei der Bundestagswahl unabhängige Kandidaten und Mitglieder der neu gegründeten WASG.

Senatspläne zur Privatisierung der Grünflächenunterhaltung in Berlin werden von der Linkspartei.PDS-Fraktion abgelehnt.

Eine Untersuchung ergibt, dass infolge von Hartz IV die Kinderarmut ein neues Rekordniveau erreicht hat.

Die Linkspartei.PDS-Fraktion unterstützt die Initiative der Jüdischen Gemeinde Berlins, den Jüdischen Friedhof in Weißensee von der UNESCO zum Weltkulturerbe ernennen zu lassen.

**SEPTEMBER** | Das Land Berlin kauft Fondsanteile der Bankgesellschaft zurück. Damit reduziert sich das Risiko weiter, dass das Land die Ausschüttungen an die Fondszeichner in voller Höhe bezahlen muss.

Die Linkspartei.PDS-Fraktion spricht sich erneut für ein Abrissmoratorium für den Palast der Republik aus.

Der Bombardier-Konzern entscheidet, seine Schienenverkehrs-Aktivitäten in Berlin zu konzentrieren.

Bei den Bundestagswahlen zieht die Linkspartei.PDS mit 8,7 Prozent wieder als Fraktion in den Bundestag ein.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS im Abgeordnetenhaus unterstützt die Beschäftigten des Bildröhren-Werkes in Oberschöneweide in ihrem Protest gegen die Schließungspläne des Samsung-Konzerns.

Ebenfalls in Oberschöneweide beginnt der Bau des neuen Campus für die FHTW.

Der Entwurf zum Straßenausbau-beitragsgesetz wird im Senat eingebracht. Die Linkspartei.PDS-Fraktion verbindet ihre Zustimmung mit der sozial gerechten Ausgestaltung des Gesetzes sowie der besseren Beteiligung von Anliegern.

**OKTOBER** | Seit ihrer Einführung durch Linkspartei.PDS-Kultursenator Thomas Flierl sind mehr als 2.100 der 3-Euro-Kulturtickets an Alg II-Empfangende verkauft worden.

Die Tarifverhandlungen für die Charité Universitätsmedizin sind ins Stocken geraten. Die Koalitionsfraktionen regen ein Schlichtungsverfahren an.

**NOVEMBER** | Das Unimed-Gesetz wird verabschiedet. Damit kann die Charité sich zu einem innovativen Gesundheitsstandort weiter entwickeln.

Mit der Förderabsage durch SPD-Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer erleidet das bürgerschaftliche Engagement für das Stadtbad Oderberger Straße einen herben Rückschlag. Die Linkspartei.PDS-Fraktion kritisiert die Entscheidung und unterstützt weiter gehende Überlegungen für eine Stiftung.

Die Linkspartei.PDS äußert Kritik am vorgelegten Gesetzentwurf

## Chronik

# WER WAS WANN

für das neue Unterrichtsfach Ethik und beschließt, in Verhandlungen mit der SPD auf Änderungen hinzuwirken.

Auf Vorschlag der PDS- und der SPD-Fraktion wird die Förderung der »Werkstatt der Kulturen« erhöht.

Das letzte Kitajahr vor Schulbeginn wird 2007 kostenfrei. Auf Betreiben der Linkspartei.PDS und der SPD werden zusätzlich 10,8 Millionen Euro in den Haushaltsplan des Landes eingestellt.

Nach Gesprächen mit Linkspartei.PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf erklärt Sony Europe, seine deutsche Vertriebszentrale bis April 2006 nach Berlin verlegen zu wollen.

Pläne der Deutschen Bahn, ihre Konzernzentrale nach Hamburg zu verlegen, werden nach Intervention des rot-roten Senats fallen gelassen.

Das BVG-Sozialticket ist auch für 2006 und 2007 gesichert. Die Fraktionen von Linkspartei.PDS und SPD haben Zuschüsse im Landeshaushalt vereinbart.

Auf Bundesebene einigen sich CDU und SPD auf einen Koalitionsvertrag. Angela Merkel wird zur Bundeskanzlerin gewählt.

**DEZEMBER** | Auf dem Landesparteitag wird Klaus Lederer zum neuen Vorsitzenden der Linkspartei.PDS gewählt.

Die Koalition beschließt den Doppelhaushalt 2006/2007 für Berlin. Die Konsolidierung wird fortgesetzt. Es gelingt dennoch, zum Beispiel die selbstverwalteten Frauenprojekte zu stärken.

Wirtschafts- und Arbeitssenator Harald Wolf stellt ein Arbeitsmarktmodell vor, das darauf abzielt, Unterstützung durch Hartz IV in Lohn zu

verwandeln und dadurch Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

In der Berliner Wirtschaft hat 2005 eine leichte konjunkturelle Erholung eingesetzt.

## 2006

**JANUAR** | Auf Initiative von Linkspartei.PDS-Kultursenator Flierl können Berlinerinnen und Berliner, die von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Grundsicherung leben müssen, die öffentlichen Bibliotheken des Landes kostenlos nutzen.

SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin verfügt Haushaltssanktionen gegen die Sozialverwaltung, weil Linkspartei-Senatorin Heidi Knake-Werner rund 20.000 sozialhilfeberechtigten Heimbewohnern je 30 Euro Weihnachtsgeld zugestanden hat.

Der rot-rote Senat beschließt eine Vereinbarung über einheitliche Qualitätsstandards für alle Berliner Kindertagesstätten, unabhängig von ihrer Trägerschaft.

Die Königliche Porzellan Manufaktur (KPM) wird an einen neuen Besitzer verkauft und entgeht der drohenden Insolvenz.

Auf ihrer Fraktionsklausur stellt die Linkspartei.PDS ihr Konzept für die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems in Berlin und die Einführung einer integrativen Schule nach skandinavischem Modell vor. Wissenschaftssenator Thomas Flierl präsentiert Leitlinien für die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes unter dem Titel »Für innovative, selbstbestimmte und offene Hochschulen«.

In der Diskussion um eine Deutschpflicht auf Schulhöfen stellt die Linkspartei.PDS-Fraktion fest, dass ein

Sprachenverbot auf Berliner Schulhöfen keine Integrationsprobleme löst, unterstützt aber die Initiative von Schulen, bei der Sprachförderung eigene Wege zu gehen.

Eine Entscheidung der Senatsfinanzverwaltung, rund sieben Millionen Euro aus der Tempodrom-Bürgschaft an die Landesbank Berlin (LBB) auszuzahlen, wird von der Linkspartei.PDS-Fraktion kritisiert. Die Entscheidung wird wenig später revidiert.

Der Bundestag stimmt erneut mit großer Mehrheit für den Abriss des Palastes der Republik.

**FEBRUAR** | Angesichts der Arbeitsmarktzahlen erneuert Senator Harald Wolf seine Forderung nach einem klugen Mindestlohnkonzept.

Der rot-rote Senat beschließt die Einführung eines Pflichtfachs Ethik an den Berliner Schulen. Zuvor wurden Einwände der Linkspartei.PDS-Fraktion für mehr interkulturelle Bildung berücksichtigt.

Die Beziehungen zwischen dem Land Berlin und der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg werden in einem Staatsvertrag geregelt.

Pläne zum Verkauf von mindestens 13.000 Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) werden bekannt. Die Fraktion der Linkspartei.PDS wendet sich einstimmig gegen die geplanten Privatisierungen.

Beim Besuch des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte in Deutschland wird Kritik an der sozialen Ungerechtigkeit des dreigliedrigen deutschen Schulsystems geäußert.

Der Senat beschließt, kartellrechtlich gegen die Preiserhöhungen der GASAG vorzugehen.

Senator Harald Wolf nimmt für Berlin den Preis »UNESCO-Stadt des Designs« entgegen.

**MÄRZ** | Der rot-rote Senat verständigt sich darauf, zur Abwendung der Insolvenz der Wohnungsbaugesellschaft Mitte zunächst lediglich 3.000 Wohnungen zu verkaufen, davon 1.300 an ein anderes kommunales Unternehmen oder eine Genossenschaft. Erneuert wurde durch die Linkspartei.PDS-Fraktion die Forderung nach einem Gesamtkonzept für die Wohnungsunternehmen des Landes.

Die WASG in Berlin beschließt nach einem knappen Ergebnis ihrer Urabstimmung, allein zur Wahl im Herbst anzutreten.

In der Föderalismus-Debatte äußert die Linkspartei.PDS-Fraktion deutliche Kritik an den Verabredungen zur Bildungs- und Hochschulpolitik sowie an den Plänen zum Strafrecht. Begrüßt wird die Aufnahme der Hauptstadt Klausel ins Grundgesetz, die endlich mit einem klaren Bekenntnis aller Länder zu Berlin als Hauptstadt verbunden ist.

Das Land Berlin verabschiedet als erstes Bundesland ein Seniorenmitwirkungsgesetz.

Mit den Stimmen der Koalition wird das erheblich verbesserte Straßenausbaubeitragsgesetz verabschiedet. Gleichzeitig werden Verbesserungen beim langjährig existierenden Erschließungsgesetz im Sinne der Anlieger erreicht.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts macht den Weg für den Flughafen Berlin-Brandenburg International BBI in Schönefeld frei und leitet die Schließung von Tegel und Tempelhof ein. Anwohnerinnen

und Anwohner des neuen Standorts haben durch ihre Klagen einen umfassenden Lärmschutz und ein Nachtflugverbot erreicht.

Der designierte Spitzenkandidat der Linkspartei.PDS in Berlin, Harald Wolf, erneuert seine Kritik an den Plänen der Bundesregierung zur Mehrwertsteuererhöhung.

Nach heftigen Debatten über den Umgang mit ehemaligen Stasi-Mitarbeitern hat die Linkspartei.PDS ihre kritische Haltung an den Menschenrechtsverletzungen in der DDR erneuert, sich vor die Opfer gestellt und sich für eine schnelle Umsetzung der vom Bezirk Lichtenberg und der Gedenkstätte Hohenschönhausen geplanten stadträumlichen Markierung um das damalige MfS-Untersuchungsgefängnis ausgesprochen.

Die rot-rote Koalition beschließt gegen den Protest der Kirchen die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs Ethik zum kommenden Schuljahr. Die Schulen erhalten zudem die Möglichkeit, über die Kooperation mit den Kirchen selbst zu entscheiden.

Auf Initiative von Wirtschaftsminister Harald Wolf beschließt der rot-rote Senat das neue Betriebe-Gesetz. Danach müssen die Vorstände von Landesunternehmen ihre Gehälter künftig offenlegen. ■

## Inhalt

Stefan Liebich	Editorial	1
Margrit Barth	Kita & Bildung: Auf den Anfang kommt es an	2
Carl Wechselberg	Haushalt & Finanzen: Teufelskreis durchbrochen	4
Heidi Knake-Werner	Sozial & Solidarisch: Jeder Mensch zählt	6
Udo Wolf	Demonstrationsrecht & Verbote: Es braucht Zivilcourage	8
Jutta Matuschek	Mobilität & Verkehr: Starke Politik für Schwache	10
Marian Krüger	Öffentlicher Dienst & Haushalt: Lehrmeisterin Wirklichkeit	12
Elke Breitenbach	Hartz IV & Wohnen: Umzüge vermeiden	14
Peter-Rudolf Zotl	Demokratie & Verwaltung: Teilhaben und Mitentscheiden	16
Vera Vordenbäumen	Integration & Stadtentwicklung: Gemeinsam sind wir Stadt	18
Steffen Zillich	Sicherheit & Bürgerrechte: Vorfahrt für Besonnenheit	20
Siglinde Schaub	Schule & Zukunft: Veränderung geht weiter	22
Klaus Lederer	Landesunternehmen & Daseinsvorsorge: Saniert statt privatisiert	24
Carola Bluhm	Werte & Religionen: Ein Fach für alle	26
Stefan Liebich	Hochschule & Charité: Unimedizin auf gutem Weg	28
Ingeborg Simon	Senioren & Mitwirkungsrecht: Dabeisein im Alter	30
Michail Nelken	Wohnen & Wohnungsunternehmen: Mehr Defizite als Erfolge	32
Gabi Hiller	Kultur & Wirtschaft: Berlin begeistert Kreative	34
Uwe Doering	Straßenausbau & Erschließung: Sorgen ernst genommen	36
Delia Hinz	Umwelt & Naturschutz: Lebenswertes Berlin	38
Harald Wolf	Arbeit & Zukunft: Geld intelligent einsetzen	40
Norbert Pewestorff	Arbeitsplätze & Samsung: Helfen und Hoffen	42
Marion Seelig	Polizei & Reformen: Bürokratie eingespart	44
Walter Kaczmarczyk	Sportstätten & Bäder: Am besten im Verein	46
Stefanie Schulze	Soziales & Gesundheit: Rasenmäher hat ausgedient	48
Thomas Flierl	Opern & Gedenkstätten: Kultur jetzt – nicht zuletzt	50
Martina Michels	8. Mai 2005: Tag der Befreiung	52
Wolfgang Brauer	Kulturpolitik & Kiezkultur: Das Mannschaftsspiel zählt	54
Evrin Baba	Frauen & Gleichstellung: Wir haben etwas bewegt	56
Gernot Klemm	Tempodrom & Untersuchungsausschuss: Sündenfall Bürgerschaft	58
Minka Dott	Drogenpolitik & Justizvollzug: Chancen gut genutzt	60
Giyasettin Sayan	Integration & Partizipation: Vielfalt gefördert	62
Karin Hopfmann	Flüchtlingspolitik & Integration: Anspruch und Praxis	64
Benjamin-Immanuel Hoff	Wirtschaft & Innovation: Wie aus Wissen Arbeit wird	66
Bärbel Holzheuer-Rothensteiner	Wirtschaft & Tourismus: Die Welt zu Gast bei uns	68
Freke Over	Bankgesellschaft & Untersuchungsausschuss: Als wäre nichts gewesen	70
Chronik		71